Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,60 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Berchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Berchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106843 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Mittwoch, den 1. April 1925 | 5. Jahrgang * Nr. 63

Thälmann Kandidat auch im zweiten Wahlgang

Schärfere Hervorhebung der proletarischen Klassenfront gegen Jarres und Marx

Berlin, 31. März.

Die Zentrale der KPD. hat in ihrer heutigen Sitzung einstimmig beschlossen, auch für den zweiten Wahlgang Ernst Thälmann als Präsidentschaftskandidaten aufzustellen. Die Verhandlung, die bereits zwischen den bürgerlichen Parteien im Gange sind, zeigen deutlich, daß diese Wahl noch viel weniger als andere parlamentarische Wahlen eine Entscheidung des Volkes bedeutet. Das praktische Ergebnis der Wahl kann, wie auch der erste Wahlgang zeigte, kein anderes sein, als daß die Bourgeoisie sich den ihr genehmsten Präsidenten aussucht, den geeignetsten Mann, um den Dawes-Plan durchzuführen, auf den sich alle bürgerlichen Parteien von den Völkischen bis zu den Sozialdemokraten geeinigt haben.

Desto notwendiger ist es, daß das klassenbewußte Proletariat durch eine selbständige Wahlbeteiligung demonstriert, daß es nicht an Posten im bürgerlichen Klassenstaat interessiert ist, sondern an der Sammlung der Massen zum Kampfe gegen die reaktionäre Bourgeoisie, ihren Staat und die ihr ergebene Sozialdemokratie. Die Partei wird ihre Kräfte anspannen, um die mit ihr Sympathisierenden davon zu überzeugen, daß Stimmenthaltung ebenso wie die Stimmabgabe für einen bürgerlichen Kandidaten Verrat an den Interessen des arbeitenden Volkes, daß allein die Stimmabgabe für den kommunistischen Kandidaten im Interesse der werktätigen Massen notwendig ist.

★

Der Beschluß der Zentrale der KPD. ist zu begrüßen. Gerade der zweite Wahlgang wird auf das deutlichste aufzeigen, daß über gewisse Parteiunterschiede hinaus die Bourgeoisie als Ganzes einig ist gegen das Proletariat, und daß die Sozialdemokratie nur als Anhängsel der bürgerlichen Front gelten kann. Trotz ihres Erfolges ist die SPD. längst bereit, ihre Anhänger zur Stimmabgabe für einen Bürgerlichen, wahrscheinlich für Dr. Marx, abzukommandieren. Beim 2. Wahlgang wird es nur noch bürgerliche Kandidaten geben! Bei diesem 2. Wahlgang wird also noch viel deutlicher durch die Kandidatur Thälmanns die Klassenfront der Arbeiter aufgerissen!

Die Arbeiterschaft muß sich bei der Entscheidung im 2. Wahlgang, ob Jarres oder Marx, dessen bewußt sein, daß diese beiden in der praktischen Politik ein Herz und eine Seele gewesen sind und es auch in Zukunft sein werden. Marx war Reichskanzler ein und desselben Kabinettes, in dem Jarres als Innenminister gesessen hat. Beide haben sich durchaus als die Beauftragten der deutschen Schwerindustrie gefühlt, als sie den Ruhrindustriellen die Millionen in den Rachen geworfen haben. Zwischen beiden den Unterschied von Republik und Monarchie zu konstruieren, was jetzt die SPD.-Führer mit Hochdruck betreiben werden, um die sozialdemokratischen Arbeiter an die Wahlurne für Marx zu treiben, das ist angesichts der Tatsache, daß beide ausgesprochene Dawes-Politiker sind, eine Angelegenheit, die man als eine „akademische Frage" bezeichnen kann. Ob Marx, der Mann der Sozialdemokratie, oder Jarres, der Held der Schwarzweißroten — in der Person beider verkörpert sich in erster und in entscheidender Linie die Bourgeoisie, Monarchismus und Republikanismus sprechen hier eine untergeordnete Rolle.

Nur der Arbeiter Thälmann führt auch im 2. Wahlgang die rote Front des Klassenkampfes. Jetzt muß jeder klassenbewußte Prolet erst recht durch die Stimmenabgabe für Thälmann zu dieser roten Front stehen. Jetzt wäre eine Wahlmüdigkeit und eine Stimmenthaltung erst recht eine Verleugnung der proletarischen Interessen und eine Stärkung der bürgerlichen Front.

Noch keine Landtagsauflösung

Der Zentrum-Fußtritt für die SPD.: Trotz Verzicht auf eigene Präsidentschafts-Kandidatur zugunsten von Marx nicht Otto Braun sondern Hoepker-Aschhoff zum Ministerpräsidenten gewählt

(WTB.) Berlin, 31. März.

Im Preußischen Landtag wurde der Demokrat Hoepker-Aschoff bei der Stichwahl mit 213 Stimmen gegen Dr. Peters, den Kandidaten der Rechten und früheren Entwaffnungskommissar, der 177 Stimmen erhielt, zum Ministerpräsidenten gewählt. Der Kommunist Pieck vereinigte auf sich 43 Stimmen.

★

Die Vorgänge, die sich gestern im Preußischen Landtag abspielten, sind ein getreuliches Spiegelbild des Kuhhandels nicht nur um den Ministerpräsidentenposten, sondern auch um den Reichspräsidentensitz.

Der Landtag, der um 2 Uhr zusammentreten sollte, vertagte sich zunächst auf 5 Uhr nachmittags. Offensichtlich waren sich die Weimarer Parteien nicht einig darüber, wer im Hinblick auf die wahrscheinliche Reichspräsidentschaftskandidatur von Marx Ministerpräsident in Preußen werden sollte. Es steht fest, daß von der sozialdemokratischen Parteileitung das Zentrum ersucht wurde, auf seine Landtagsfraktion in dem Sinne einzuwirken, daß diese ihre Stimmen dem Sozialdemokraten Otto Braun gebe. Das steht im ursächlichen Zusammenhang mit dem Rückzug der Kandidatur Otto Brauns beim zweiten Wahlgang zugunsten von Marx.

Aber schon diese sozialdemokratische Bescheidenheit veranlaßte das Zentrum, seinen unentwegten Koalitionsbrüdern von der Sozialdemokratie einen Fußtritt zu versetzen. Man wurde sich nicht einig. Otto Braun wurde nicht aufgestellt, sondern das Zentrum entschloß sich, für den Demokraten Hoepker-Aschoff zu stimmen, der dann auch nach einem ergebnislosen Wahlgang in der Stichwahl gewählt worden ist.

Hündischer kann man wahrhaftig eine Partei nicht mehr behandeln, als die SPD. hier behandelt worden ist. Obgleich die sozialdemokratischen Führer für den Ruhrgelder-Marx bei der Reichspräsidentenwahl einzutreten bereit sind, haben die Zentrumsleute den Otto Braun nicht einmal einen ehrenvollen Abgang als preußischer Ministerpräsident gewährt. Wie sie schon im Reichstag zusammen mit den Monarchisten und Deutschnationalen die Regierung gebildet haben, genau so schwenken sie jetzt auch in Preußen, zwar etwas vorsichtiger als im Reich, aber immerhin nach rechts ab.

Wir sind überzeugt, daß alle Prügel der Zentrumspfaffen die Sozialdemokratie nicht hindern wird, in hündischer Unterwürfigkeit dem Ruhrgelder-Marx den Reichspräsidentensitz zu apportieren. Die sozialdemokratischen Arbeiter können an dem Kuhhandel im Preußischen Landtag deutlich erkennen, wie man ihre Stimmen wegwirft, als wären sie ein Dreck. Die sozialdemokratischen Führer, die vorgeben, zur Demokratie zu schwören, beugen sich vor dem angeblichen republikanischen Bürgertum auch dann, wenn die SPD. zahlenmäßig dieses Zu-Kreuze-Kriechen nicht nötig hat!

Im übrigen wird wahrscheinlich durch die Wahl Aschoffs das alte Spiel im Landtag von neuem beginnen. Auch Aschoff wird sich erst sein Kabinett zusammenstellen und mit ihm vor den Landtag treten müssen, um sich sein — Mißtrauensvotum zu holen. Es ist nicht klar ersichtlich, warum bei solcher Sachlage die Deutschnationalen und die Weimarer Parteien, die seit der Präsidentenwahl so tun, als ob sie Neuwahlen möchten, nicht schon in der gestrigen Sitzung auf eine Auflösung hingearbeitet haben. Sollte man besonders bei der Sozialdemokratie nicht doch Bedenken haben darüber, ob auch bei Parlamentswahlen dieselbe Stimmenzahl wie am 29. März für die SPD. zu holen ist! Die Barmat-Partei traut sich trotz großer Worte offensichtlich doch nicht zu, einen Wahlgang zu riskieren, der schärfer als in der Personenwahl des Reichspräsidenten das ganze Barmat-System der Heilmann und Konsorten in die öffentliche Diskussion werfen müßte.

Wir Kommunisten fragen natürlich nicht danach, wie das Rechenexempel im einzelnen aussieht, das sich uns bei etwaigen Neuwahlen darstellt. Wir haben bis jetzt unentwegt die Auflösung dieses komödienhaften Preußischen Landtages gefordert und werden es selbstverständlich auch weiterhin tun. Weil wir nicht mit bloßen Zahlen operieren, sondern weil von uns jeder Wahlkampf in erster Linie benutzt wird, um für den Kommunismus zu werben, werden wir alle Kräfte anspannen, um die Auflösung des Landtages zu erzwingen.

Wie geht es den Herren Mördern?

Fühlen sie sich immer noch so wohl, als hätten sie nicht neun Proletarier ermordet, sondern ein anständiges Frühstück zu sich genommen? Stecken sie immer noch in der grünen Uniform, um bei der nächsten besten Gelegenheit von neuem auf Arbeiter losgelassen zu werden?

Nun, es ist ja kein Wunder, daß die Mörder Pietzler und Schulze sich wie Helden vorkommen. Man lügt ja in einer solch unverschämten Weise, daß

die Gemordeten und nicht die Mörder schuldig

sind, daß es fast ein Wunder wäre, wenn die Mordbuben Pietzler und Schulze nicht selbst daran glaubten. Man zieht ja den Herrn Obermörder Pietzler als Sachverständigen und Kronzeugen zu allen Sitzungen von sogenannten Untersuchungskommissionen hinzu.

Die Staatsanwaltschaft scheint nicht daran zu denken, trotz des erdrückenden Beweismaterials, diesen Herren Mördern auch nur ein Härchen auf dem Haupt zu krümmen.

Da ist nur zu natürlich, daß die gefeierten Mörderhelden sich in die Brust werfen, über die Gemordeten ein Hohngelächter anstimmen, an die Gräber der Gemordeten eilen und Leichenschändung verüben, indem sie die roten Kranzschleifen abschneiden!

Aber den Mördern soll es noch einmal mit aller Deutlichkeit gesagt sein:

Die Arbeiterschaft Halles denkt gar nicht daran, das ungeheuerliche Verbrechen, das jemals verübt worden ist, zu vergessen. Die hallische Arbeiterschaft wird nicht ruhen und rasten, bevor nicht die Mörder dorthin kommen, wohin sie gehören:

Ins Zuchthaus!

Garantiepakt, Leipziger Prozeß und Präsidentenwahl

K. V. Halle, 1. April.

Wir hatten am 27. März unter der Ueberschrift Thälmann-Bündnis mit Sowjet-Rußland, Jarres, das Haupt des antibolschewistischen Kriegsbündnis mit der Entente, einen längeren Artikel über die gegenwärtige außenpolitische Weltkonstellation geschrieben. Dieser Artikel beschäftigte sich mit dem Sicherheitspakt, der aus einer gewissen Verschwommenheit heraus sich in allerletzter Zeit ganz deutlich mit klaren Konturen auf dem Schachbrett der Außenpolitik abhebt. Wir hatten in diesem Artikel klar aufgezeigt, daß der Sinn dieses Sicherheitspaktes den Angriffskrieg gegen Sowjet-Rußland bedeutet. Von den verschiedenen Zitaten der ausländischen Presse, die wir damals brachten, sei noch einmal der französische regierungsoffiziöse „Temps" zitiert, der ganz deutlich und klar den Sinn und Zweck des Sicherheitspaktes wiedergibt, indem er schrieb:

„Man merkt, daß Deutschland aus Anlaß seines Eintritts in den Völkerbund und zum Abschluß eines Garantiepaktes die Frage seiner endgültigen Orientierung für oder gegen Rußland grundsätzlich zu stellen gedenkt. Es ist vollkommen klar, daß für Deutschland die Unterzeichnung eines Paktes, der den Artikel 16 des Völkerbundes enthält (dieser Artikel sieht die gemeinsamen Kriegsmaßnahmen aller Völkerbundsmitglieder gegen den gemeinsamen Störenfried, d. h. Sowjet-Rußland, vor) die Verletzung des Geistes, wenn nicht des Buchstabens des deutsch-russischen Rapallo-Vertrages bedeutet."

Die Besprechungen für diesen Sicherheitspakt sind entgegen den Zusagen der Regierung in einem Zeitpunkt erfolgt, wo die Oeffentlichkeit, wo vor allem die Presse, sich auf die bevorstehende Reichspräsidentenwahl konzentrierte. Sie sind so heimlich geschehen, daß die deutsche Oeffentlichkeit von diesen Dingen erst durch die ausländische Presse erfahren hat. Daß sich die deutsche Regierung einer derartigen Geheimdiplomatie befleißigt, beweist, wie wichtig diese Dinge sind, daß sie ihre Zusagen, die Frage des Garantiepaktes erst nach der Präsidentenwahl aufzurollen, nicht hielt, zeigt an, daß man gewillt ist, die Konsequenz des Garantiepaktes, den Kreuzzug gegen Sowjet-Rußland mit möglichster Beschleunigung zu führen.

•

Karl Marx hat einmal den Satz geprägt: daß die Außenpolitik nichts anderes sei, als die verlängerte Innenpolitik. Man kann diesen Satz durchaus umkehren, ohne seinen Sinn zu verdiegen. Man kann sagen, die Außenpolitik formt auch die Innenpolitik und wirkt sich auf das stärkste in ihr aus. Zweifellos steht der Sicherheitspakt und seine Folgen im engen Zusammenhang mit der Politik der Bourgeoisieregierungen, der einzelnen Länder gegen die kommunistischen Parteien, die heute und in der nächsten Zeit wohl in einem noch verschärfteren Maße sich auswirken wird. Jeder Tag bringt erneut Beweise dafür, mit welcher Brutalität die Bourgeoisieregierungen in den einzelnen Ländern gegen die kommunistischen Parteien vorgehen. Der Grad der Repressalien gegen die Kommunisten ist so stark, wie er kaum je in den letzten sechs

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250401-10/fragment/page=0001

verflossenen Jahren gewesen ist. Wenn man in diesem Zusammenhang die neuesten Prozessberichte des Leipziger Spitzelprozesses verfolgt, wird man feststellen müssen, daß die Auswirkungen des Sicherheitspaktes, die Maßnahmen gegen Sowjet-Rußland, sich mit aller Deutlichkeit auch dort widerspiegeln. Der Leipziger Spitzelprozeß hat eine vollkommene Wendung genommen. Der nur formell angeklagte Felix Neumann, der Kronzeuge in jenem großen Prozeß und alle diejenigen, die mit ihm auf der Anklagebank sitzen, ziehen nicht mehr zur Diskussion. Was sich heute in Leipzig abspielt, das ist das Vorspiel zu dem großen Prozeß gegen die Zentrale, durch den man die Kommunistische Partei verbieten will. Wir wollen hier nach einmal kurz die Tatsachen zusammenfassen, die zu dieser Wendung des Prozesses geführt haben. Die oberste Gerichtsbehörde im Staatsgerichtshof zu Leipzig wirft plötzlich Berge von Anklagematerial in die Verhandlung hinein, die die Verteidigung bis heute noch nicht zu Gesicht bekommen, geschweige denn geprüft hat. Die Verteidigung hat daraufhin eine Reihe von Gegenzeugen beibringen wollen — eine Anzahl sozialdemokratischer Abgeordneter des sächsischen Landtages, den der Professor Gumpel, als Sachverständigen des Faszismus und seines Terrors gegen die Arbeiterschaft — eine Maßnahme, ohne die eine geordnete Rechtsprechung überhaupt nicht denkbar ist. Die Anklagebehörde des höchsten deutschen Gerichtshofes hat mit einer Brutalität sondergleichen diese Zeugenaussagen abgewürgt. Sie wim freies Feld haben, sie will das aus Spitzelberichten, aus allen Himmelsgegenden zusammengeschobene Material sich nicht zerpflücken lassen, damit der Prozeß gegen die Zentrale, der mit einem Verbot der Partei endigen soll, nicht gefährdet wird. Wir haben vor wenigen Tagen unter der Ueberschrift „Der Justizmord" die Verhandlungen des Leipziger Spitzelprozesses gebracht und wir raten unsern Lesern diese Dinge noch einmal ganz gründlich durchzulesen. Der sozialdemokratische Reichsanwalt v. Bagnato hat das Richtige getroffen, wenn er zu dem Vorgehen der Anklagebehörde folgendes kurz und bündig erklärte: „das Gericht begnügt sich mit der Anklage und geht zum Kopfabschreiben über." Ein anderer Rechtsanwalt, der Genosse Herzfeld, sagte in seinen Ausführungen zu dem Vorgehen dieser obersten Gerichtsbehörde des deutschen Reiches — und darin ist treffend der politische Kern dieser ganzen Tatsachen ausgedrückt: „Die Behörde, in deren Namen der Reichsanwalt ausdrücklich spricht, ist des [illegible] des Reichsjustizministers. Der Reichsanwalt hat nichts anderes zu tun, als die Anweisungen des Reichsjustizministers auszuführen, [illegible] sich, ob dabei die elementarsten Forderungen des Rechts mit [illegible] getreten werden."

Die Zusammenhänge zwischen dem Gepäck und dem Leipziger Spitzelprozeß sind klar. Bevor die [illegible]che Folge des Sicherheitspaktes, d. h. der Feldzug gegen Sowjet-Rußland Wirklichkeit wird, muß die Kommunistische Partei verbietet werden. Was sich in Leipzig abspielt, ist nur ein Glied in der Kette für die Verwirklichung des Sicherheitspaktes. Der Staatsgerichtshof ist lediglich eine Funktion dieser außenpolitischen Belange, der Reichsjustizminister nichts anderes, als der Dirigent, der seinen Untergebenen die nötigen Anweisungen in dieser Richtung gibt. Die Bourgeoisie weiß ganz genau, daß sie ihre Pläne gegen Sowjet-Rußland nicht verwirklichen kann, wenn eine starke Kommunistische Partei die Massen gegen einen Krieg der vereinigten Weltmächte gegen Sowjet-Rußland aufruft. Die Bourgeoisie will erst das Hindernis, das sich ihren Plänen entgegenstellt, niederringen, bevor sie ihren Feldzug gegen Sowjet-Rußland beginnt. Sie glaubt das am besten zu erreichen, indem sie dem Leipziger Prozeß jene ungeheuerliche Wendung gibt, dessen Krönung das Verbot der Partei ist. Eine Massenwirkung — so spekuliert sie — wird durch die Illegalität der Kommunistischen Partei nicht mehr möglich sein und dadurch lassen sich alle Pläne gegen Sowjet-Rußland wenigstens innerpolitisch leichter verwirklichen.

Wenn man den Garantiepakt und seine innerpolitischen Auswirkungen im Auge faßt, ergibt sich die Stärkung einer kommunistischen Massenpartei mit unabweisbarer Notwendigkeit. In diesem Zusammenhang ist die Wahlmüdigkeit am 29. März eine tief bedauerliche Tatsache, jene Wahlmüdigkeit, [illegible] die Kommunisten ihren größten Stimmenverlust zu verdeutlichen.

Wir wissen und haben es immer und [illegible] ausgesprochen, daß der Ausfall der Reichspräsidentenwahl [illegible] anderes ist, als eine revolutionäre Demonstration. Wir wissen auch, daß vielfach diejenigen, die sich gewendet haben, an dieser Demonstration teilzunehmen, d. h. für die Stimme enthielten, Genossen sind, die sonst in jeder Hinsicht ihren Mann stehen. Die Schwächung der Kommunistischen Partei, die am 29. März zum Ausdruck gekommen ist, entbindet nicht den tatsächlichen Kräfteverhältnis der Kommunistischen Partei. Aber man kann in der Politik sich nicht einen schwächeren Ausdruck geben, als er in der Wirklichkeit besteht. Prestigefragen, d. h. Fragen des äußeren Ansehens dürfen von der Kommunistischen Partei ebenso wenig vernachlässigt werden, wie alle anderen wichtigen Fragen. Die Schwächung des äußeren Ansehens der Kommunistischen Partei, die durch den starken Rückgang der Stimmen am 29. März eingetreten ist, ermutigt die Bourgeoisie nur zu einem noch brutaleren Vorgehen gegen die Kommunistische Partei und ihrer einzelnen Mitglieder, erleichtert der Bourgeoisie ihre schändlichen Pläne gegen Sowjet-Rußland. Jeder Kommunist, jeder, der mit der Kommunistischen Partei sympathisiert, wird in sich die Pflicht fühlen müssen, die Scharte wieder auszumerzen, und zwar möglichst bald. Innerlich und äußerlich muß die Kommunistische Partei sich mit aller Macht darauf vorbereiten, daß sie stark genug wird, die Pläne der Bourgeoisie gegen Sowjet-Rußland zerschlagen zu können. Sie hat äußerlich eine schwere Schlappe erlitten durch die geringe Wahlbeteiligung bei der Reichspräsidentenwahl. Sie wird am 26. April diese Schlappe wieder wettmachen. Indem die Proletarier am 26. April ihre Stimme abgeben für Thälmann, bekunden sie ihren Willen, den Garantiepakt der Bourgeoisie zu zerschlagen, den Feldzug der Weltbourgeoisie gegen Sowjet-Rußland im Keime zu ersticken. Das einzige Bollwerk, das die Pläne der Weltbourgeoisie auf dem Aufmarschgebiet gegen Sowjet-Rußland zerschlagen kann, ist eine achtunggebietende innerlich und äußerlich starke Kommunistische Partei, die die Hauptmassen der Arbeiter um sich schart. Arbeiter, zeigt am 26. April der Bourgeoisie die Zähne. Die Wahl für Thälmann bedeutet Euer Kampfgelöbnis bereit zu sein, Eure Macht in die Wagschale zu werfen, den Kreuzzug der Weltbourgeoisie gegen Sowjet-Rußland zu verhindern.

Warum die Mieten erhöht werden

Der preußische „Wohlfahrts"-Minister hat beschlossen, nachdem er die Miete für April um zehn Prozent erhöht hat, den Mietern auch mitzuteilen, aus welchen Gründen sie noch mehr geschröpft werden sollen. Er läßt also ernstlich verbreiten, daß von den zehn Prozent, vier Prozent zum Wohnungsneubau verwandt werden sollen. Die anderen sechs Prozent verbleiben dem Hausbesitzer, 1. für die Aufwertung der Hypotheken und 2. um den Hauswirten die Möglichkeit zu geben, nun die bekanntlich zum großen Teil sehr stark vernachlässigten Häuser und Wohnungen instand zu setzen, und instand zu halten.

Die amtliche Begründung des Ministers besagt also, daß die Reparaturen von den Mietern bezahlt werden und daß man schließlich aus ihrer Tasche die neuen Wohnungen bezahlt. Das ist sozialistische Wohlfahrt für die Hausbesitzer.

Die Justizguillotine gegen die Kommunisten

Ein sozialdemokratischer Lügenspitzel

Am Donnerstag, dem 26. März, stand der 24jährige Genosse Walter Schwarz unter der Anklage der Beteiligung an den Oktoberkämpfen 1923 vor der Strafkammer I in Hamburg. Der Staatsanwalt Reuter, der Spezialist für Kommunistenhaß, vertrat die Anklage. Diese setzte sich von A bis Z aus den Denunziationen des in der „Produktion" tätigen sozialdemokratischen Lageristen Windmoelle zusammen. Dieser „klassenbewußte" Kapitalistenknecht versuchte auch hier im Prozeß, gleich einem Polizeispitzel, mit seiner Frau und Schwiegertochter unseren Genossen zu belasten, indem er ihn verdächtigte, Dachschütze gewesen zu sein, ohne auch nur den Schatten eines Beweises dafür erbringen zu können. Nur auf die Aussage dieses Sozialdemokraten hin, den Genossen Schwarz mit einem Gewehr gesehen zu haben, wurde dieser zu drei Jahren Festung und 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

Sie „sollen" beraten haben

Leipzig, 31. März.

Das WTB berichtet: Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts begann heute ein größerer Hochverratsprozeß, der die kommunistische Bewegung in Bayern zum Gegenstand hat. Angeklagt sind der Gewerkschaftsangestellte Heinrich Farwig aus Berlin und der Eisenbahnschlosser Johann Schrödel mit sieben Genossen aus Nürnberg, Regensburg, Würzburg und Umgebung. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, im Oktober 1923 bei einer Zusammenkunft in Nürnberg Gewaltmaßnahmen beraten zu haben, um die damals im Gange befindliche Reichsexekutive gegen Sachsen lahmzulegen. Farwig wird beschuldigt, im Auftrage der Berliner Zentrale der KPD. nach Nürnberg gereist zu sein, um die Zusammenkunft zu leiten. Er wurde aber bei der Ankunft in Nürnberg festgenommen.

Klassenjustiz gegen das Reichsbanner!

In dem großen Striegauer Landfriedensbruchprozeß vor dem Schweidnitzer Schöffengericht hat am Montag der Staatsanwalt das Plädoyer gehalten.

Gegen den sozialdemokratischen Stadtrat Müller wurde eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren und gegen den Hauptlehrer Geburt eine solche von 8 Monaten beantragt.

Bei den übrigen Angeklagten bewegten sich die Strafanträge zwischen drei Monaten und einem Jahr 2 Monaten Gefängnis. Acht Angeklagte sollen nach Antrag des Staatsanwaltes freigesprochen werden.

Dem Prozeß liegen die Krawalle zwischen dem „Reichsbanner" und dem „Stahlhelm" zugrunde.

Es jetzt noch dem Ausgang des Prozesses die Sozialdemokratie immer noch in Deutschland den Justizterror und die faszistische Justiz leugnen will? Aber daran zu glauben, daß nun die SPD. endlich den Kampf gegen die Klassenjustiz und für die Amnestierung der politischen Gefangenen aufnimmt, hieße den Verrat von Arbeiterinteressen und die politische Charakterlosigkeit der SPD. unterschätzen. Sie wird weiter die Stütze des „republikanischen" Justizterrors bleiben!

Der Münchener Feme-Mordprozeß!

Die deutschvölkischen „Tschekisten" werden freigesprochen!

Am Montag wurde in dem Feme-Mordprozeß, der sieben Tage lang vor dem Münchener Schwurgericht stattfand, das Urteil gefällt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Die blauweiße Reaktion und die „republikanische" Justiz haben es dadurch verstanden, daß die breite Oeffentlichkeit über die deutschnationale Feme- und Mörderorganisation nicht aufgeklärt wurde.

Der frühere Oberleutnant Neunzert, der bekanntlich der Kurier zwischen Ludendorff und dem General Lossow war und der wiederholt in politische Prozesse — Hitler-Prozeß und Fuchs-Machhaus-Prozeß — eine große Rolle gespielt hat, war gemeinsam mit dem Studenten Balla des Mordes an dem Kellner Hartung angeklagt. Hartung hatte seine Kenntnis über die Einwohnerwehren und über die vorhandenen Waffen der Faszisten dazu verwandt, um Geld zu erpressen. Hartung hat bekanntlich dieselbe Rolle auch beim Spartakusbund hier in Halle zu spielen versucht. Er wurde erkannt und ausgeschlossen. Wegen derselben Delikte wurde er von der völkischen Tschekia ermordet.

Trotzdem der Staatsanwalt Ehrhardt die beiden Angeklagten der Mittäterschaft an dem Morde beschuldigte und die Todesstrafe sowie den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer beantragte, wurden die beiden völkischen Mörder freigesprochen.

Unfallversicherung vor dem Reichstag

Am Dienstag eröffnete Präsident Loebe die Sitzung, nachdem er einige Anträge formaler Art über die Genehmigung zur Strafverfolgung einzelner Abgeordneter verlesen und sie auf übliche Art und Weise in den dazu bestimmten Ausschuß überwiesen läßt.

Sodann schreitet man in die eigentliche Tagesordnung.

Von den 5 Punkten der Tagesordnung ist es der erste, welcher die Redner einzelner Parteien auf dem Plane erscheinen läßt. Es ist dies die erste und zweite Beratung des Entwurfs eines zweiten Gesetzes über

Aenderungen in der Unfallversicherung.

Von der Kommunistischen Partei nimmt das Wort dazu der Genosse Rädel. Er führt folgendes aus: „Die Tendenz der Unternehmer, alle sozialen Lasten abzuwälzen, tritt gegenwärtig so stark hervor, daß selbst der Regierungsvertreter im sozialpolitischen Ausschuß diese Tatsache registrieren mußte. Wenn nun der Regierungsvertreter weiter sagt, daß die Regierung den Arbeitern Rechnung tragen müsse, so kommt dieser Erkenntnis der Regierung in keiner Weise im vorliegenden Regierungsentwurf zum Ausdruck. Der Entwurf trägt vielmehr den Unternehmern Rechnung, indem die geringen Verbesserungen, die der Entwurf vorsieht, auf Kosten der Versicherten, also der Arbeiter vorgenommen werden sollen. Der Entwurf der Regierung bedeutet keinen Schritt nach vorwärts, sondern ist ein Bestandteil der sozialen Reaktion, er ist ein Umsondern ist ein Bestandteil der sozialen Reaktion, er ist eine Umgruppierung auf Kosten der Versicherten. Daran ändern auch die Schönheitspflästerchen nichts, mit denen man den Entwurf der Regierung geschmückt hat. Wenn die Regierung z. B. die Beseitigung der Wartezeit bei Uebernahme des Verletzten durch die Berufsgenossenschaften im Auge faßt, so will damit die Regierung eine Verbesserung schaffen. Wenigstens wird das so gesagt. In Wirklichkeit beabsichtigt die Regierung, den Verletzten vom ersten Tage an der Willkür der Berufsgenossenschaften auszuliefern. Die beabsichtigte Berufsfürsorge ist ebenfalls nur ein Mittel, von vornherein etwa in Frage kommende Renten zu drücken. Die beabsichtigte Erhöhung der Renten für die Schwerverletzten ist in Anbetracht der Tatsache, daß diese Erhöhungen auf Kosten der kleineren Renten gehen sollen, auch kein Mittel, mit dem man den Regierungsentwurf den Rentnern schmackhaft machen kann. Die geringen Erhöhungen der Renten für Schwerverletzte wichen auch nicht im geringsten daran, was man auf der anderen Seite den Rentnern, die weniger als 50 Prozent erwerbsunfähig sind, durch die im Entwurf der Regierung vorgesehene Regelung, stiehlt. Dieser

Rentendiebstahl

springt besonders bei den bis zu 20 Prozent Erwerbsunfähigen ins Auge, deren Renten in Zukunft ganz kassiert werden sollen. Die Spanne in den Rentensätzen zwischen unter 50 Prozent und über 50 Prozent Beschädigten wird in Zukunft so groß sein, daß ein wütender Kampf der Berufsgenossenschaft gegen die Rentner einsetzen wird mit dem Erfolg, daß in den seltensten Fällen die Erwerbsunfähigkeit über 50 Prozent festgestellt wird. Die Spanne zwischen einem 50proz. Unfallrentner und einem 40 proz. betrug bis jetzt 10 Mark im Monat. Diese Spanne wird sich in Zukunft zwischen 20 und 30 Mark bewegen. Bedenkt man, daß jetzt schon nur ein Fünftel aller Rentner über 50 Prozent erwerbsunfähig ist, so ergibt sich daraus, welch reaktionären Charakter dieser Regierungsentwurf hat. Wir fordern, daß für die Rentenberechnung für alle Rentner die tatsächliche Jahresarbeitsverdienst zugrunde gelegt wird. Und diese Rechnungsbasis muß sich je nach der fortschreitenden Erhöhung der Löhne automatisch mit erhöhen. Für die Hinterbliebenen fordern wir ebenfalls eine Rentenzahlung, die ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht. So darf vor allem auch nicht mehr die Hinterbliebenenrente in Wegfall kommen, wenn ein Unfallverletzter an einer Krankheit stirbt, die nicht als Folge des Unfalls anzusehen ist. Jede Witwe und jede Waise muß Rente bekommen. Bei der Aufwertung der alten fordern wir ebenfalls die Zugrundelegung des gegenwärtigen Jahresverdienstes der einzelnen Berufsgruppen als Berechnungsbasis. Die von der Regierung aufgestellte komplizierte Form der Rentenaufwertung muß sich gegen die berechtigten Ansprüche der Rentner auswirken, zumal den Berufsgenossenschaften die Möglichkeit gegeben wird, ihnen unangenehme Rentenberechnungen in ihrem Sinne zu korrigieren. Die bestehenden Mängel in der Unfallversicherung ist nicht Rechnung getragen worden. Besonders wichtig ist für uns die Frage der Unfallverhütung. Auch in dieser Hinsicht ist der Entwurf mangelhaft. Die Zahl der auf dem Schlachtfeld der Arbeit gebliebenen Opfer ist ungeheuer. Nach den amtlichen Nachrichten des Berufsversicherungsamtes ereigneten sich in gewerblichen Betrieben im Jahre 1923 346 950 Unfälle. Davon 5234 mit Todesfolgen. In den landwirtschaftlichen Betrieben ereigneten sich 50 218, 1874 hatten den Tod zur Folge. Also insgesamt 459 579 Unfälle. Den Tod fanden im ganzen 7534 Menschen. Man muß berücksichtigen, daß sich bisher die Statistiken immer als recht unzuverlässig erwiesen hatten. Aber schon diese Zahlen lassen erkennen, in welchem Ausmaß das Leben der Proletarier durch die kapitalistische Raubwirtschaft bedroht ist. Neuere Zahlen fehlen uns, aber schon eine oberflächliche Ueberprüfung der Zahlen der bei den letzten großen Katastrophen Verletzten und Getöteten beweist uns, daß

die Zahl der Verunglückten fortgesetzt im Steigen

ist. Schuld ist die Lotterwirtschaft in den Betrieben, das raffinierte Antreibesystem, sowie die über die Kräfte des Arbeiters hinausgehende verlängerte Arbeitszeit. Trotz mannigfacher Anträge zur Arbeitszeitfrage ist darüber weder hier im Plenum noch im Ausschuß verhandelt worden. Heute wirkt sich auch schon das aus, was wir bei früherer Gelegenheit hier erklärt haben, nämlich die Tatsache, daß die Regierung des heutigen Dawes-Deutschland die Arbeiter dem nationalen und internationalen Kapitalismus vollkommen ausliefern wird. Wenn irgend etwas beitragen kann, die Unfallgefahren in den Betrieben zu verhüten, so ist dies eine unausfassende Kontrolle durch die Arbeiter selbst. Im allgemeinen ist eine Verminderung der die Arbeiter bedrohenden Gefahren in hohem Maße davon abhängig, in welchem Ausmaß das werktätige Volk gegen die nationale und internationale Sklaverei Seite an Seite mit den Kommunisten in den Kampf tritt."

Nachdem noch eine Reihe einiger kleinerer Anträge den zuständigen Ausschüssen überwiesen wurden, und die Beratung über den Lehrgang der Grundschule zurückgestellt wurde, fand die Sitzung gegen 6 Uhr ihr Ende. Die nächste Sitzung beginnt Mittwoch, den 1. April, nachmittags 2 Uhr.

Die Schwerindustrie für die Hausagrarier

Die Deutsche Volkspartei hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach das Reichsmietengesetz aufgehoben und an seine Stelle ein Uebergangsgesetz mit Gültigkeit bis zum 30. Juni 1926 unter Berücksichtigung folgender Gesichtspunkte und unter Aufrechterhaltung eines gesunden Mieterschutzes gesetzt wird:

1. Die Miete ist ab 1. Juli 1925 die Friedensmiete.
2. 10 v. H. der Friedensmiete sind für Darlehen, zum Teil zu Neubauten und zum Teil zur Instandsetzung von Altwohnungen sowie zur Unterstützung zahlungsschwacher und zahlungsunfähiger Mieter zu verwenden."

Volle Friedensmiete für die stinkigen Löcher der Proleten, wirklich eine treffliche Illustration der „demokratischen" Republik!

Der Terror gegen die Balkankommunisten

Sofia, 31. März.

In einer Unterredung mit Pressevertretern gab der Innenminister über die Konsolidierung der Lage auf dem Balkan folgende Erklärung ab: Unser Kampf gegen den Kommunismus und gegen die Störer der inneren Ordnung des Landes kann von bedeutend größerem Erfolge gekrönt werden, falls unsere westlichen Nachbarn [illegible] An die Emigranten aus den Kommunisten nicht so große Unterstützungen und Gastfreundschaft gewähren würden. Die Emigranten verübten ähnliche Verbrechen auch an der rumänischen Grenze zu organisieren, welche dank der gegenseitigen Mitwirkung glücklich beseitigt worden sind. Man darf nicht außer acht lassen, daß der Kommunismus nicht nur allein Bulgarien bedroht, sondern durch einen Erfolg in Bulgarien könnten neue Friedensstörungen in Europa einsetzen.

Die Zersetzung der russischen monarchistischen Verbände

Reuter meldet:

Schanghai, 31. März.

Wie verlautet, hat der Kosakenführer Semjonoff mit der Sowjetregierung ein Abkommen geschlossen, das ihm gestattet, in Begleitung von 150 Soldaten der Weißen Armee nach Rußland zurückzukehren. Dieser Schritt wird als der Beginn der Auflösung der russischen monarchistischen Verbände im Fernen Osten betrachtet. Die Sowjetregierung hat die Angehörigen Semjonoffs als Geiseln zurückbehalten. Das Schiff, das Führer und Mannschaften nach Rußland bringen soll, hat heute vormittag Schanghai verlassen.

Posen. In zehn Kreisen Kongreßpolens sind die Landarbeiter wegen Lohnstreitigkeiten in den Streik getreten.

Brest. Die Dock- und Hafenarbeiter haben wegen [illegible] ungen die Arbeit niedergelegt. [illegible] fanden mehrere [illegible] und Demonstrationsversammlungen [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250401-10/fragment/page=0002

Der wahre Sinn des Garantiepaktes

Noch bevor der Garantiepakt unterzeichnet ist, lassen die Imperialisten die Friedensmaske fallen und enthüllen mit zynischer Offenheit die wahren und wirklichen **Kriegsziele** dieses angeblichen „Friedensinstruments".

Ein Leitartikel der **„Morning Post"** vom 10. Juni führt unter dem Titel: „Der Pakt und Rußland" aus, „daß die Vereinbarung zwischen Chamberlain und Briand sehr viel für den europäischen Frieden beitragen wird. Er ist der Ansicht, daß auch die Dominions den Pakt unterzeichnen werden."

Er fährt dann fort:

„. . . . Wenn der Pakt sich verwirklichen sollte, so wird er für Europa das bedeuten, was das Washingtoner Abkommen für die pazifischen Länder bedeutete. Zum wenigsten gewährt er eine Frist, im besten Falle, eine dauernde Beruhigung. Außerdem wird er neben seinen besonderen Zielen die ganzen internationalen Aussichten sehr beeinflussen. So vollendet er, was der Dawes-Plan begann, das allmähliche Verschmelzen Deutschlands mit den Nationen des Westens und das **Abbrechen oder das Abschwächen seiner Beziehungen zu Sowjet-Rußland.** Wenn Deutschland den Pakt unterzeichnet, dem Völkerbund beitritt, seine Streitpunkte mit Polen und der Tschechoslowakei einem Schiedsgericht unterwirft, dann ist es klar, **daß die Männer in der Wilhelmstraße sich vom Osten abwenden und dem Westen zuwenden müssen** und sich zusammentun werden mit den zivilisierten Nationen Europas. Es gibt allerdings eine große und mächtige Schule in Deutschland, die noch von dem Gedanken, entweder der Furcht vor Rußland, oder dem Wunsche seine Reichtümer auszubeuten, erfüllt ist, und deshalb auf der Grundlage eines wirtschaftlichen Vorrechts ein offensives politisches Bündnis baut. **Aber wenn Deutschland den Pakt loyal akzeptiert, sehen wir keinen Weg, was aus der Politik werden soll, die den Vertrag von Rapallo inspiriert hat.** Trotz der Anerkennung und der Handelsvereinbarungen und der Handelsabschlüsse, die einmal die eine, einmal die andere Finanzgruppe mit Moskau macht, sind wir doch Zeugen des allmählichen Anwachsens einer Bewegung, die am Ende die **diplomatische Isolierung von Sowjet-Rußland** bedeutet. Und wenn das geschehen sollte, so liegt das nicht an der Feindseligkeit der Großmächte gegenüber Rußland, sondern an der Unmöglichkeit, leidliche Beziehungen mit den bolschewistischen Usurpatoren aufrechtzuerhalten. Heute sind die Kommunisten **nicht so sehr Kommunisten als Banditen,** und sie predigen nicht sehr sehr ein Evangelium, als daß sie **den Frieden der Welt stören.** Sie schneiden sich selbst vom Verkehr mit allen zivilisierten **Nationen ab und selbst Deutschlands fängt an zu schwanken.**

Aber was auch Deutschland tun mag oder nicht tun mag, — und jetzt ist es ein Hasardspiel zu prophezeien — **England kann nicht sehr viel länger den Bolschewisten erlauben, die Gastfreundschaft zu mißbrauchen,** die ihren Agenten gewährt wird und einen unaufhörlichen Krieg zu führen gegen englische Interessen und Ideale im Ausland. **Das sogenannte Handelsabkommen ist nur ein Deckmantel für die Verbreiterung einer umstürzlerischen Propaganda** und sollte **bei der ersten Gelegenheit aufgehoben werden.** Wir appellieren an die konservativen Parlamentsmitglieder, dieses Material gegen unsere Todfeinde zu gebrauchen. Es wäre nie Staatsklugheit, vor den Bolschewisten zu kriechen oder sie zu rühmen; und es würde ganz töricht sein, diesen furchtsamen Kurs einzuhalten in einer Zeit, wo die internationale Flut sich gegen sie wendet."

„Vollendung des Dawes-Planes", „Abbrechen der Beziehungen mit Rußland", „Zertrümmerung des Rapallo-Vertrages", „Isolierung Sowjet-Rußlands", das ist, was nach englischer Absicht der Garantiepakt Deutschland bringen wird. Und dazu den allgemeinen Kreuzzug gegen die „Usurpatoren" und „Banditen" von Moskau, Ausweisung der russischen Gesandtschaft aus England, kurz gesagt, den **offenen Krieg.**

Die „Morning-Post" ist nicht ein abskures Winkelblatt, sondern ein offizielles Organ der imperialistischen, reaktionären, englischen Politik. Sie ist nicht nur ein Sprachrohr Baldwins, sondern, in diesem Punkte, auch der Amerikaner. Mögen auf anderen Gebieten die englischen und amerikanischen Interessen auseinandergehen, gegen Deutschland und Rußland **sind sie einig.**

Man kann ja die rasende Wut der englischen Ausbeuterklasse über die Ereignisse in China, die den „Frieden der Welt" (das heißt, was die Ausbeuter darunter verstehen) stören, einigermaßen begreifen. Denn dort unten in Schanghai scheint die „Flut" sich wirklich nicht gegen die angeblichen „Banditen von Moskau", sondern **gegen die wirklichen Banditen aus England zu wenden.** Aber daran sind doch schließlich die Herren Ausbeuter selbst schuld und nicht die Bolschewisten. Der tobende Wutausbruch der „Morning-Post" enthüllt nur, **wie verzweifelt die Situation des englischen Imperialismus** heute ist. Und Amerika, der treue Freund, tut perfiderweise alles, um England erst tiefer ins chinesische Schlamassel hineinzustoßen; jedenfalls hilft er ihm nicht daraus heraus!

Die deutsche Arbeiterschaft aber hat auf Grund solcher Enthüllungen allen Anlaß, sich mit allen Mitteln und Waffen gegen diesen ungeheuerlichen „Garantiepakt" zu verteidigen.

Dieser „Garantiepakt" garantiert den Krieg!

Wird die SPD. wirklich sich mit Haut und Haren dem reaktionären Imperialismus verschreiben? Nur weil sie von einem Haß gegen den russischen Arbeiter- und Bauernstaat erfüllt ist, der noch größer **und gemeiner ist, als die kreischende Wut der englischen Ausbeuter?**

Heute steht der Garantiepakt in seiner kriegdrohenden blutrünstigen Gestalt völlig nackt da. Es wäre bewußte und satanische Verräterei von der SPD., wollte sie noch länger dieses Werkzeug der Reaktion den Arbeitern anpreisen. Und dazu schweigen, wäre ein ebensolcher Verrat, bewußt und feig.

Das französische Proletariat wendet sich empört ab von der Sozialistischen Partei Frankreichs, weil diese das imperialistische Morden in Marokko gutheißt. Die englischen Gewerkschafter fallen ihren Ausbeutern drohend in den Arm und hindern sie, in China ein Gemetzel zu veranstalten.

• • •

Will allein die SPD. wirklich die deutschen Arbeitern bewußt an die imperialistischen Räuber als Schlachtvieh gegen Rußland verschachern?

Und werden die deutschen Arbeiter schweigend und wehrlos **diesen blutigen Verrat an ihnen und an der Sache des Weltproletariats hinnehmen?**

Die Einheitsfront gegen die Imperialisten

Eine gemeinsame Kundgebung der Kommunisten Englands und Frankreichs

(Inprekorr.) **Moskau,** 18. Juni. Das Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Englands, Brown, und das Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Frankreichs, Semard, erließen folgenden, **„Die Einheitsfront gegen die Imperialisten" betitelten gemeinsamen Aufruf:**

„Der telegraphische Aufruf der Kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschaftsinternationale an die 2. Internationale und an den Internationalen Gewerkschaftsbund enthält zwei konkrete praktische Vorschläge: Erstens, die Organisierung von **gemeinsamen Meetings und Geldsammlungen** zugunsten der chinesischen Streikenden sowie zugunsten der Opfer der imperialistischen Gewalttaten in China; zweitens die Einberufung einer **gemeinsamen internationalen Konferenz** zur Erörterung weiterer auf die Unterstützung des Heldenkampfes des chinesischen Volkes gerichteten Maßnahmen.

Durch die Annahme dieser zwei Vorschläge würde der Kampf Chinas um seine Unabhängigkeit zur Sache der Arbeiterklasse der ganzen Welt gemacht werden.

Die Imperialisten warten nicht. Sie arbeiten auf die körperliche Vernichtung ihrer Feinde hin. Jeder Tag jede Stunde gewinnt unter diesen Umständen eine gewaltige Bedeutung. Gleichzeitig müssen wir darauf gefaßt sein, daß die Exekutiv-Komitees der Organisationen, an die wir uns gewendet haben, versuchen werden, entweder einer Antwort auszuweichen oder die Vorschläge der Komintern und der Profintern für **polemische Zwecke** auszunützen. Indem mit einer solchen Möglichkeit gerechnet werden muß, ist es notwendig,

alle Maßnahmen zu ergreifen, um eine wirksame, gegen die Imperialisten gerichtete Front der Arbeiterklasse mit dem chinesischen Volke herzustellen.

In England werden bereits bestimmte Schritte zur Schaffung **einer proletarischen Einheitsfront** in nationalem Maßstabe unternommen. Die Aktion des englischen Proletariats ist von hervorragender Bedeutung; es ist ganz klar, daß die englische Regierung an der Spitze des gegen China gerichteten Feldzuges steht.

Vor weniger als einem Jahr waren unsere englischen Genossen nicht in der Lage, die Arbeiterorganisationen zur Unterstützung Chinas zu bewegen. **Auch in Deutschland** ist die Lage für die Taktik der Einheitsfront günstig zu nennen. Nicht nur die deutschen Arbeiter, sondern auch **breite deutsche Volksmassen** fühlen und verstehen es, daß China sich nicht nur gegen seine eigenen Unterdrücker, sondern auch zugleich

gegen die Unterdrücker des deutschen Volkes

erhoben hat.

In **Frankreich** ist die Lage eine schwierigere. Die französischen Sozialpatrioten erfüllen ihre imperialistische Aufgabe im Kampf gegen die Rifkabylen. Doch wird es ihnen wohl kaum gelingen, das Bestreben der ehrlichen französischen Proletarier zu überwinden.

Die die englisch-amerikanischen Gegensätze verschärfende Haltung der **Vereinigten Staaten,** die es auf englische Positionen in China abgesehen haben, schafft günstige Vorbedingungen, damit die **Workers Party** das amerikanische Proletariat für eine **gemeinsame** Bewegung zugunsten der Befreiung Chinas gewinnen kann.

Es versteht sich von selbst, daß die Exekutivkomitees der 2. Internationale und der Amsterdamer Internationale, trotz dem Erfolge unserer Einheitsfrontlosung in den proletarischen Massen aller Länder, den Versuch machen können, unseren Vorschlägen auszuweichen. Doch wird ihre Weigerung zu dem Ergebnis führen, daß sie nicht nur vor dem chinesischen Volke und vor den übrigen erwachenden orientalischen Völkern, sondern auch in den Augen derjenigen Arbeitermassen entlarvt sein werden, die ihnen noch vertrauen.

Im Kampf für die Verwirklichung unserer Vorschläge müssen wir beachten, daß wir uns in bezug auf Amsterdam in einer günstigeren Lage befinden, als in bezug auf die **2. Internationale.** Innerhalb der Amsterdamer Internationale gibt es eine festgeschlossene Minderheit, die offen und ehrlich die Einheit der Arbeiterbewegung anstrebt. Es besteht kein Zweifel darüber, daß sie unserem Versuch, eine breit angelegte und wirksame Unterstützungsaktion zugunsten des chinesischen Volkes zu organisieren, sympathisch gegenüberstehen wird. Daher ist es natürlich, daß wir im Verlaufe unserer Kampagne

den Gewerkschaften eine ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden

müssen. Dies ist um so notwendiger und möglicher, weil die Gewerkschaften eine so hervorragende Rolle im Kampfe des chinesischen Volkes spielen. Unsere Arbeit wird aber im großen und ganzen nur unter der Bedingung erfolgreich sein, wenn wir von dem Bewußtsein erfüllt sind, daß die Ereignisse in China von höchster Bedeutung für die ganze Menschheit sind. Wir wiederholen und betonen es: **Jeder Augenblick ist teuer!**

Massenkundgebungen für das kämpfende chinesische Volk

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 28. Juni.**

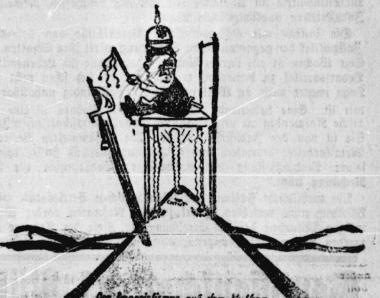
In den Pharussälen gestern Massenkundgebung für China, **einberufen von Komintang (chinesische Volkspartei), KPD. und RFB.** Viele tausende Arbeiter erschienen, der Saal war zu klein. Im Garten und auf der Straße Arbeiter Kopf an Kapf. **Ruth Fischer, Münzenberg und Vertreter der Komintang** sprachen unter brausendem Beifall. Anschließender Demonstrationszug wurde in der Stadt von Polizei gesprengt.

(Eig. Dahtm.) **Paris, 28. Juni.**

Die bürgerlichen Meldungen über angeblichen kommunistischen Ueberfall auf die chinesische Gesandtschaft in Paris sind gefälscht. In Wirklichkeit handelt es sich um eine **Demonstration der Komintang,** die in zwanzig Autodroschken vorfuhren, und um gesandte Sympathietelegramme an die Arbeiter und Studenten Chinas und an chinesische revolutionäre Zeitungen. Der Gesandte hat bisher mit keinem Wort gegen die Interpellation der imperialistischen Mächte protestiert. Daher die übrigens erfolgreiche Demonstration. Die französische Regierung hat scharfe Kontrolle der 2000 Chinesen in Paris angeordnet.

(Eig. Drahtm.) **Rom, 23. Juni.**

Die kommunistische Fraktion in der Italienischen Kammer hat Interpellation **gegen Beteiligung italienischer Kriegsschiffe bei der Unterdrückung der chinesischen Volksbewegung** eingebracht.



Der Imperialismus auf dem Vulkan.

„[illegible] das wird ja immer heisser!"

Der Hauptverband chinesischer Studenten in Deutschland zu den Berliner Verhaftungen

Arbeiter, gebt Eure Antwort!

Der **Hauptvorstand chinesischer Studenten in Deutschland** hat zu der Verhaftung von etwa 100 chinesischen Studenten anläßlich einer Chinakundgebung der **kommunistischen Studentenfraktion in Berlin** einen Protest erlassen, in dem der Vorfall noch einmal genau dargelegt und die brutale Behandlung im Berliner Polizeipräsidium geschildert wird. **Alle Verhafteten wurden zur Unterschrift folgenden Schriftstücks gezwungen:**

Wir haben mit Absicht, trotzdem uns das Verbot für Ausländer bekannt war, die Versammlung: „Studenten auf den Barrikaden", einberufen von kommunistischen Studenten, besucht. Wir verpflichten uns, in Zukunft so etwas nicht wieder zu tun.

Die Protesterklärung schließt: Wir chinesischen Studenten haben zu diesen Vorgängen folgendes zu äußern:

1. Wir protestieren, daß uns die **Berliner Polizei unserer akademischen Freiheit beraubt hat;**

2. **wir protestieren, daß die Berliner Polizei mit Absicht in der** Hauptsache **nur gegen Chinesen vorgangen ist;**

3. wir protestieren, daß uns die Berliner Polizei **mit Willen in eine Falle gelockt hat** (durch Entfernen der **Plakate** und durch Zurückrufen);

4. wir protestieren, daß uns die **Berliner Polizei wie Schwerverbrecher in Einzelhaft** gesteckt hat;

5. wir protestieren, daß die Berliner **Polizei durch besondere Mittel uns zur Unterschrift eines Schreibens veranlaßt hat,** das das Gegenteil von unsern Protokollaussagen enthält.

Das chinesische **Volk hat** bewiesen, daß **es** die **Freundschaft** zwischen Deutschland und China fördert. Wir möchten, daß auch Deutschland seine Worte der Freundschaft in die Tat umsetzt. Wir erwarten die **Antwort** des deutschen **Volkes** auf den Ueberfall der Berliner Polizei auf die chinesischen Studenten!

Ein chinesischer Konterrevolutionär in Verhandlungen mit der Luther-Regierung?

Berlin. Am Abend des 21. Juni ist auf dem Charlottenburger Bahnhof der chinesische General Hsu in Begleitung einer zehnköpfigen Kommission von Militärs, Politikern und Technikern eingetroffen. Der General Hsu, der im Jahre 1920 eine große Rolle **gespielt hat, ist ein Agent des japanischen Imperialismus,** Konterrevolutionär, Todfeind der Kantoner Regierung, **in ganz China verhaßt.** Wie die Berliner Bourgeoispresse berichtet, wird dieser **General von der Luther-Regierung mit einer offiziellen Feierlichkeit und vom Präsidenten Hindenburg in feierlicher Audienz** empfangen werden. Da der sozialdemokratische Polizeipräsident **von Berlin** Protestkundgebungen der in Berlin lebenden Chinesen befürchtete, ließ er den Bahnhof zum Schutz des Generals durch **Polizei** besetzen. Die hier lebenden Chinesen, die Kuomintang an **der Spitze, werden mit einer Protestadresse gegen den General Hsu an die Oeffentlichkeit treten. Es wird vermutet, daß der General in Deutschland zwecks Kriegsmateriallieferungen zur Niederschlagung der chinesischen Volksbewegung verhandeln wird. Als der General kürzlich in Paris eintraf, veranstalteten die dortigen Chinesen eine Protestkundgebung gegen ihn.**

Der kommunistische Wahlsieg in Frankreich

Paris, 22. Juni. Gestern fanden die Stichwahlen für die Generalräte des Seine-Departements mit Ausnahme von Paris statt. Nach den Stichwahlen verteilen sich die Sitze auf die Parteien wie folgt: Sozialisten und Radikale 45; Linksrepublikaner und gemäßigte Republikaner (Nationaler Block) 61; Kommunisten 14. Der frühere Generalrat bestand aus 62 Mitgliedern des Nationalen Blocks, 33 Mitgliedern des Linkskartells und 7 Kommunisten. Das Linkskartell hat 12 Sitze und die Kommunisten 7 Sitze gewonnen.

Kundgebung gegen den Zankoff-Mord in Schweden

Wie in Deutschland: Verboten durch einen sozialdemokratischen Innenminister

Stockholm. Die KP. Schwedens hat in diesen Tagen eine Massenversammlung einberufen zum Protest gegen den weißen Terror in Bulgarien. Die Polizeibehörde von Stockholm hat diese Versammlung **verboten** mit der Begründung, daß es nicht zulässig sei, gegen einen befreundeten Staat Demonstrationen abzuhalten. Die nach zwei Tagen abgehaltene **Antifaszisten-Versammlung,** die mehrere tausend Arbeiter vereinigte, wurde auch **unter starker polizeilicher Bewachung abgehalten.** Wie bekannt, hat Schweden zurzeit eine **sozialdemokratische Regierung,** deren Innenminister Moeller die Verantwortung für das Verbot und die Schikanen trägt. Moeller ist langjähriger Sekretär der Sozialdemokratischen Partei Schwedens gewesen und derselbe, der auf der letzten Tagung des Genfer Arbeitsbureaus die Aufhebung des Verbots für Nachtarbeit in den Bäckereien in Vorschlag gebracht hatte.

Kommunistenverfolgung

(Eig. Drahtm.) Wien, 20. Juni.

Die jugoslawische Regierung richtet an die österreichische eine Note mit dem üblichen Schwindel über eine Kommunistenzentrale in Wien. Wiederum wird die Sowjetgesandtschaft der kommunistischen Propaganda beschuldigt. Die Regierung Paschitsch verlangt, daß Oesterreich jede kommunistische Propaganda verbietet. Das Ganze bedeutet eine Verschärfung der Hetze gegen das Asylrecht in Oesterreich.

Auf den Besitz des Staatsapparats kommt es an!

Nur noch faszistische Beamte

(TU.) **Rom,** 22. Juni. Das Parlament nahm **heute** gegen die Stimmen der Opposition den Gesetzentwurf des **Abgeordneten** Rocca an, der der Regierung das Recht gibt, **Verwaltungsbeamte** wegen ihrer politischen Gesinnung in den Ruhestand zu versetzen. **Das Gesetz soll zur völligen Tränkung der Beamtenschaft mit faszistischem Geist führen. Die Einführung des Gesetzes findet vorläufig noch nicht statt, da der Senat, dem es zur Genehmigung vorgelegt werden muß, erst Anfang Dezember zusammentritt.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250401-10/fragment/page=0003

Mitteldeutsche Betriebsräte-Konferenz in Halle

Wir bringen hiermit den ausführlichen Bericht zu unserer gestrigen kurzen Mitteilung über die Kampfbereitschaft der mitteldeutschen Arbeiterschaft. Der Bericht ging uns gestern erst nach Redaktionsschluß zu.

Die mitteldeutsche Arbeiterschaft steht inmitten schwerer Kämpfe. Rücksichtslos ist das Unternehmertum vorgegangen, um seine Positionen zu sichern. Mit den verwerflichsten Mitteln hat man die mitteldeutsche Arbeiterschaft niederzudrücken versucht und die Metallarbeiter als Träger des führenden Berufszweiges vermögen ein Liedlein von der Erfüllungsfreudigkeit des Unternehmertums zu singen. Dies hat die mitteldeutsche Arbeiterschaft für genügend unterhöhlt gehalten, um den Druck verstärken zu können. Es hat sich jedoch geirrt. Das bewies die gestern in einmütiger Entschlossenheit tagende Konferenz der Betriebsräte der gesamten mitteldeutschen Metallindustrie, die von den Angestellten und Arbeitern gemeinsam beschickt war. Deutscher Metallarbeiterverband und Afa.-Bund hatten gemeinsam eingeladen und führten die Konferenz, die in für Mitteldeutschland nie gesehener Einheitlichkeit verlief, die Front der Arbeiter gefestigt hat und als Auftakt zu werten ist für weitere erfolgreiche Kämpfe der mitteldeutschen Arbeiter und Angestellten und zur Festigung und zum Wachstum der freigewerkschaftlichen Organisationen beider Richtungen.

Wir lassen einen Gesamtbericht folgen, bringen jedoch für heute aus technischen Gründen lediglich die auf Grund des Referats des Bezirksleiters Rößler vom DMV. eingebrachte Entschließung, die von allen Kollegen ohne Ansehen der Richtung und ohne Diskussion einstimmig angenommen wurde.

Entschließung

„Die am 21. Juni 1925 in Halle im „Volkspark" tagende, von allen Verwaltungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes im Bezirk Halle stark beschickte Konferenz der Betriebsräte der Metallindustrie nimmt Kenntnis vom Stande der Lohnbewegungen im allgemeinen und der in den Tarifgebieten Anhalt, Halle und Magdeburg im besonderen. Das Verhalten der Organisationsvertreter bei der Verhandlung für genannte Gebiete wird gutgeheißen. Die Einstellung der Metallindustriellen zu den geforderten Löhnen entspricht ihrer seit Jahr und Tag geübten Haltung. Unter Anwendung aller Mittel, besonders der Ausnützung der Krise und der Hilfe der Schlichtungsinstanzen, haben sie den Lohn auf der denkbar niedrigsten Stufe gehalten. Trotzdem die Metallarbeiter in der Leistungsfähigkeit und bezüglich der Schwere der Arbeit hinter keinem Berufszweige anderer Industrien zurückstehen, im Gegenteil durch ihre Qualitätsarbeit der Metallindustrie im Auslande erst Geltung verschaffen, verweigern die Industriellen auskömmlichen Lohn.

Die innen- wie außenpolitischen Verhältnisse und besonders die Zollpolitik der gegenwärtigen Regierung wirft ihre Schatten voraus. Seit Wochen ist ein starkes Anziehen der Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel zu bemerken, wodurch der an sich schon recht niedrige Lohn immer mehr an Wert verliert und vollständig unhaltbar geworden ist. Eine bedeutende Aufbesserung des Lohnes ist eine gebieterische Notwendigkeit und liegt auch im volkswirtschaftlichen Interesse. Sie ist von der Industrie tragbar. Die versammelten Vertreter der Metallarbeiter erwarten vom Schlichtungsausschuß Halle, daß er bei seiner Beschlußfassung den notwendigen Bedürfnissen der Arbeiter Rechnung trägt."

Die vorbildliche Haltung der mitteldeutschen Betriebsräte wird ihre Wirkung nicht verfehlen, zumal in dem Referaten vorher Winke zur tätigen Mitarbeit bei der Erreichung der Ziele der Arbeiter gegeben worden waren. Bei ungenügendem Entgegenkommen seitens des Unternehmertums wird der Kampf von etwa 50 000 Metallarbeitern kaum zu vermeiden sein.

Delitzscher DEV.-Versammlung an Reichsregierung, Reichstag und Landtag

Entschließung

Die Eisenbahner Delitzschs fordern bei der kommenden Amnestie die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen (im weitesten Sinne), die bis jetzt abgeurteilt oder bei denen das Verfahren eingeleitet ist. Eine andere Handhabung wäre keine volle Amnestie, sondern eine Erschütterung des Rechtsgefühls, die bei der Mehrheit des Volkes schlimme Folgen nach sich ziehen würde. Die Vollamnestie darf auf keinen Fall nur bis 1. Oktober 1923 gehen, sondern muß sich bis zum Tage der Inkraftsetzung 1925 erstrecken.

Immer mehr Stimmen für die Gewerkschaftseinheit

(Eig. Drahtm.) **Buer**, 20. Juni. Am Mittwoch, dem 17. Juni, fand im „Volkshaus" **Bottrop** eine **Betriebsrätevollversammlung** statt. Anwesend waren die Betriebsräte der Schachtanlage Troster 1, 2 und 3, Ahrenberg-Fortsetzung, Rheinbaben und Verwelheim. Es wurde Stellung genommen zu den brennendsten Tagesfragen, und es herrschte in der Versammlung die einmütige Auffassung, daß der neueröffneten Offensive der Unternehmer die **geschlossene Front der Arbeiter** entgegengestellt werden muß. Eine Entschließung, welche sich für die **Herstellung der Gewerkschaftseinheit**, zum Kampf für **Friedens-Reallohn, für Siebenstundenschicht unter Tage und für die Achtstundenschicht über Tage**, für die **Erweiterung der Betriebsratsrechte** und für die **Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter** selbst, ausspricht.

*

Neuß, 20. Juni. Die am Donnerstag stattgefundene **Sitzung des ADGB., Ortsausschuß Neuß**, beschloß nach eingehender Diskussion einstimmig **mit den Stimmen der sozialdemokratischen Kollegen**, eine **Delegation nach Sowjet-Rußland** zum Studium der dortigen Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und Bauern zu entsenden. Die Delegation soll von Neußer Arbeitern finanziert und die Kollegen aus großen Betrieben gewählt werden.

Vor einem großen Bergarbeiterkampf in England

London. Die drohende Krisis in der Kohlenindustrie nimmt in der Londoner Presse viel Raum ein. Nach der „Morning Post" werden die Zechenbesitzer den Bergarbeitern am Freitag formell mitteilen, daß das augenblicklich zwischen ihnen bestehende Abkommen am 31. Juli ablaufen müsse. Dies bedeute jedoch nicht notwendigerweise die Verkündung einer Aussperrung am 31. Juli. Sie, die Zechenbesitzer, würden jetzt Vorschläge machen, die die Grundlage von Verhandlungen in der Zeit bis zum 31. Juli bilden könnten. Laut „Daily Chronicle" besteht wenig Hoffnung auf eine Einigung über die Arbeitszeit und die Arbeitslöhne.

Internationales Eisenkartell

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 20. Juni.

Nach einer Meldung des „Vorwärts" sind die Verhandlungen zwischen den Vertretern der deutschen, saarländischen, luxemburgischen und französischen Schwerindustriellen über die Bildung eines internationalen Eisenkartells zum Abschluß gekommen, nachdem Deutschland anderen Ländern weitestgehende Zugeständnisse gemacht hat.

Der ADGB. fordert Massensturm gegen den Zollwucher

Organisiert den Sturm der Betriebe und Verbände

Die Regierung Braun-Severing hat soeben im Reichsrat **für den Zollwucher** gestimmt. Durch die Preußenstimmen allein schon ist der Reichsrat unter dem Kommando des Grafen Kanitz für die schamloseste Bewucherung der werktätigen Massen gewonnen. Nur der Reichswirtschaftsrat hat sich, verklausuliert, gegen etliche Zölle gesperrt — aber nur — weil er praktisch nichts zu sagen hat, im Unterschied zum Reichsrat, der sogar vom Reichstag angenommene Gesetze zu Fall bringen kann. Vom Reichswirtschaftsrat braucht die Reichsregierung und die Ausbeutermehrheit des Reichstags nichts zu nehmen, außer „Kenntnis". Einfluß hat er keinen, er kann also gegen die Ausbeuter stimmen, soviel er will, ohne ihnen Schaden zu tun. Daher seine „heroische" Stellungnahme.

Die Gefahr wird immer größer. Nur der geschlossene Massenkampf, **der außerparlamentarische Massenkampf der Klassenorganisationen des Poletariats** kann die Gefahr abwehren. Denn im Parlament ist kein Kampf möglich gegenüber der zweifellosen Ausbeutermehrheit. Die Großbourgeoisie wird sich die an den Zöllen nicht interessierten bürgerlichen Schichten kaufen.

Die Notwendigkeit des Massenkampfes ist anscheinend nicht nur eine Einsicht der Kommunistischen Partei. Der ADGB. schreibt in seinem offiziellen Organ, der „Gewerkschaftszeitung" Nr. 24 wörtlich:

„Der Kampf gegen die Wiedereinführung der Agrarzölle und gegen die Erhöhung der Industriezölle muß von der ganzen werktätigen Bevölkerung mit allen Mitteln geführt werden. Die ersten Kundgebungen gegen die Wucherzollvorlage sind in einer Anzahl großer Städte bereits erfolgt. Die Bewegung muß aber von den großstädtischen Kreisen aus bis in die letzten Betriebe und Bureaus, bis in die letzten Wohnungen und Hütten getragen werden. Nur wenn sich ein Sturm — von unten auf — in Deutschland erhebt, werden Regierung, Unternehmertum und die ihr gefügigen Parteien im Reichstag von dem Beutezug ablassen, der mit der neuen Zollvorlage in Aussicht genommen worden ist."

Diese Kampfform ist richtig, sie ist durchaus notwendig im Interesse der Arbeiterklasse und der gesamten Mittelschichten.

Aber seit diese Zeilen am 13. Juni erschienen, ist **eine Woche vergangen, ohne daß der ADGB. praktisch auch nur eine Hand gerührt hat**, um den Massensturm zu entfesseln. Nichts ist zu sehen vom Einsatz auch nur eines Mittels zum Kampf gegen den Zollwucher, geschweige denn vom Einsatz aller Mittel.

Die Arbeiter, Angestellten, Beamten, die den Zollwucher bezahlen müssen von ihrem Lohn, müssen selbst den Sturm entfachen!

Betriebe, Verbände, Bureaus — heraus zum Sturm!

Holzarbeiter-Aussperrungen im Rheinland

(Eig. Drahtmeld.) **Düsseldorf**, 23. Juni.

Im **Bergischen Land** sind bisher **1000 Holzarbeiter** ausgesperrt. In **Köln** etwa 800, in **Bonn** 900 und in **Düsseldorf** nahezu alle Holzarbeiter. Die Unternehmer gehen anscheinend nach einem bestimmten Plan vor und richten sich auf einen **längeren, zähen Kampf** ein. Anscheinend wollen sie zunächst die schwächeren Teile der Arbeiterschaft niederzwingen, dann kommen die übrigen an die Reihe!

Wieder ein Gruben-Unglück

(Eig. Drahtm.) **Alten-Essen**, 20. Juni. Auf der Zeche Zollverein Schacht IV—V stürzte beim Untermauern eines Gewölbes das hängende ein und begrub drei Arbeiter unter sich. Zwei wurden schwer verletzt, einer getötet.

Genossenschafter! Rüstet zum internationalen Genossenschaftstag am 5. Juli

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001 Artur Sämisch Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Oberbezirk Mitte. Der Informationsabend für Donnerstag, 25. Juni, in der „Goldenen Kette" muß besonderer Umstände halber ausfallen.

Oberbezirk Osten. Die Funktionäre des Oberbezirks Ost haben bis Montag, den 22. Juni, beim Distriktsführer die Sammellisten abzurechnen. Dienstag abend 8 Uhr tritt die Kommission im „Turnerschlößchen" zusammen.

Große Funktionärsitzung am Mittwoch, 24. Juni, abends 8 Uhr, im „Volkspark". Das Erscheinen aller Funktionäre ist dringend notwendig.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Merseburg. Große Funktionärsitzung Mittwoch, 24. Juni, 8 Uhr, „Funkenburg".

Unterbezirk Wittenberg-Bitterfeld

Kwitzsch. Mitgliederversammlung Donnerstag, 25. Juni, 8 Uhr, „Gute Quelle".

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Frauen-Mitgliederversammlung Mittwoch, 24. Juni, abends 8 Uhr, in der Herberge. Alle Genossen müssen unbedingt erscheinen.

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Ortsgruppe Halle

Alle Kameraden, die an der Fahrt nach Magdeburg am 28. Juni freiwillig sich beteiligen wollen, melden sich sofort bei ihrem Werbebezirksführer. Fahrpreis 5,50 Mark.

Spielleute. Heute abend 7 Uhr, Hettstedter Bahnhof, **Appell, Ueben und Versammlung.** Wer ohne Entschuldigung fehlt, wird abgelöst. Mitgliedskarten mitbringen.

Sprechchor. Alle zum Sprechchor gehörenden Kameraden treten am Dienstag, dem 23. Juni, abends 8 Uhr, im „Volkspark", kleiner Saal, Eingang Kl. Gosenstraße, an.

Bezirk 1 (Osten). Donnerstag, 25. Juni, abends 8 Uhr, „Erholung", Martinsberg, Werbebezirks-Funktionärsitzung.

Abteilung 17. Dienstag, 23. Juni, abends 8 Uhr, „Eiche", Pflichtversammlung.

Abteilung 7 und 7 a. Mittwoch, 23. Juni, abends 8 Uhr, im „Fröhlichen Zecher", Abteilungsversammlung. Bei Nichterscheinen erfolgt Ausschluß.

Jungsturm

Jungsturm. Die Abteilungen 15 a, 6, 5, 15, 3, 1, 2 und 4, welche mit ihrer Juni-Abrechnung noch im Rückstande sind, haben sofort bei Gessing, Hackebornstraße 5, abzurechnen.

Unterbezirk Bitterfeld

Bitterfeld. Donnerstag, 25. Juni, abends 7 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung. Kameraden, die nicht erscheinen, werden zur Rechenschaft gezogen.

Beehna. Mittwoch, 24. Juni, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung; ½8 Uhr Vorstandssitzung im Gasthof „Erholung". Wichtige Tagesordnung.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Jungsturm. Dienstag, den 23. Juni, Funktionärsitzung. Treffpunkt ½8 Uhr RosalStyweg. Jeder Funktionär hat zu erscheinen, andernfalls Ausschluß.

Weißenfels. Mittwoch, 24. Juni, Mitgliederversammlung. Antreten ½8 Uhr am Rosalstyweg. Auf Nichterscheinen folgt Ausschluß.

Unterbezirk Zeitz

Zeitz. Mittwoch, 24. Juni, 8 Uhr, Herberge, Singestunde.
Zeitz. Mittwoch, 24. Juni, Pflichtversammlung. Antreten ½8 Uhr „Herberge".

AKVH

Allgemeiner Konsumverein Halle und Umgeg., eGmbH.

Genossenschafter! Hausfrauen!

Sonntag, den 5. Juli 1925:

3. Intern. Genossenschaftstag

Mittags 1 Uhr: **Demonstrationszug**

Anschließend:

Waldfest auf der Bischofswiese

— Näheres in den Verteilungsstellen —

235

Astoria, Weißenfels

Dienstag bis Donnerstag. Das gewaltige Uebersee-Abenteuer:

Die Insel der Versuchung!

Ein Sensations-Großfilm der „Ufa" in 6 atemraubenden Akten. Wilde Kampfszenen mit den Bewohnern eines entlegenen Weltteils sind verwoben mit Romantik und Liebe

Ferner: **Fix und Fax als Zahnbrecher**

Außerdem: **Die beliebte Auslandswoche**

Ab Freitag:

Rasputin!

Sein gesamter Werdegang bis zu seiner Ermordung

960

Jugendschriften empfehlen die **Buchhandlungen** Harz 42/44 Lerchenfeldstr. 14

Bekanntmachung

Am schwarzen Brett im Wagegebäude (Marktplatz 24) befindet sich eine Bekanntmachung betreffend die **Festsetzung eines Bebauungs- u. Höhenlageplanes** für einen Teil des **Beesener Weges** sowie für das Gelände südlich der Siedlung an der Artillerie-Kaserne zwischen Merseburger Straße und Beesener Weg

Halle, den 18. Juni 1925 — **Der Magistrat**

Achtung! Hausfrauen!

Ich liefere Milch

à Liter für **28** Pf. frei Haus

Anmeldungen nehmen entgegen:
1. **Alb. Braun**, Reilstraße, Seifen-Spezialhaus; 2. Herr **Marks**; 3. Herr **Merker, Trotha**, Papierhandlung; 4. Frau **Jedermann, Trotha**, Trothaer Straße 36

1948

Anton Cichoszewski

Halle a. d. S., Thomasiusstr. 12, Hof III führt alle **Maßarbeiten** und **Reparaturen** in **Schuhwaren** aus und bittet die Genossen um Berücksichtigung bei vorkommenden Fällen

Bekanntmachung

Der genehmigte I. Nachtrag zur Besteuerung des Herbergswesens hängt an der Rathaustafel zur Veröffentlichung aus

Eisleben, den 18. Juni 1925 — **Der Magistrat**

Zeitungsträger

für **Gräfenhainichen** p. sof. gesucht
Meldungen bei Herrn **Weiner**, Vor der Pforte 1, 1 Tr.

Zeitungsträger

für **Nietleben** gesucht. Zu melden bei **Meerettig**, Passendorfer Straße

Zeitungsträgerin

für **Wolferode** bei Eisleben ges. Meldungen bei **Karl Thiele**, Kunstbergstraße 37

Stadt-Theater

Dienstag 7 Uhr **„Siegfried"** Ende 11½ Uhr
Mittwoch 7½ Uhr **Schneider Wibbel** mit den Damen: Ziegler, Grether, den Herren: Herlt Haller, Tiedemann, Erdmann, Xylander
Donnerstag 7½ Uhr **„Cosi fan tutte"**

Abbruch

Pfälzerstraße 16
Wegen Räumung
Brennholz
in Fuhren u. einzeln per Zentner **1,50**

Weißenfels 877
Am Saalestrand
Heute
Schlachtefest
Emil Illig.

Patent- u. Auflege-Matratzen Chaiselongues u. Bett-Chaiselongues und zwar gut und billig bei evtl. Zahlungserleichterung alles im **Bettenhaus Bruno Paris** Kleine Ulrichstraße 2 Eing. Kanzleigasse 2 Minuten v. Markt

Schulstr. 13 1. Etg.
Anzüge in gr. Ausw. Hosen, Sommerjacketts **Gummimäntel Windjacken** für Damen u. Herren Auch auf Teilzahlung

Kleine Anzeigen haben im „Klassenkampf" den besten Erfolg.

Reichsbund deutscher Mieter

Ortsgruppe Merseburg

Mittwoch, den 24. d. M., abends 8 Uhr im **Restaurant „Tivoli"**

Mitgliederversammlung

959 Gäste willkommen!
Zahlr. Erscheinen erwartet **Der Vorstand**

Alle Parteischriften empfehl. die **Volksbuchhandlungen** Harz 24/44 und Lerchenfeldstr 14.

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27

(Volkspark) ca. 5000 Bände

Geöffnet Dienstag und Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr
Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhandlung, Harz 42/44

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen ein

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 1045, 1047, 2251. Unsere Vertreter stehen zu Diensten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250401-10/fragment/page=0004

Klassenkampf

Betriebsratswahl des Leuna-Werkes

Am 2. April soll im Leuna-Werk eine neue Betriebsvertretung gewählt werden. Es soll auf ein Jahr darüber entschieden werden, in wessen Hände die Interessenvertretung der Arbeiterschaft gelegt wird. Wenn es nach dem Willen der Leuna-Könige geht, soll das Antreibe- und Akkordsystem im Leuna-Zuchthaus weiter bestehen und möglichst verschärft werden.

Gegenüber diesen Maßnahmen muß eine geschlossene und einheitliche Front der Leuna-Proleten errichtet werden.

Diese einheitliche Front wollen die Gewerkschaftsbureaukraten verschlagen. Sie erklären die freigewerkschaftliche Liste (Opposition) für eine wilde, weil auf dieser Liste in der Hauptsache oppositionelle Arbeiter kandidieren..

Dabei wurde diese Liste vom Fabrikarbeiterverband als freigewerkschaftliche Liste anerkannt.

Und trotzdem erhalten diejenigen Kollegen, die auf dieser Liste als Betriebsrat kandidieren, von der Bezirksleitung des DMV. (gez. Rößler) ein Schreiben,, in dem der **Rücktritt der Kollegen von dieser Liste gefordert wird.**

Diese Maßnahme des DMV. ist für die organisierte Arbeiterschaft ein Schlag ins Gesicht.

Die Bezirksleitung des DMV. will die Arbeiterschaft provozieren. Mit welchem Recht kann Rößler die Liste der Opposition als eine wilde und die der Sozialdemokraten als die freigewerkschaftliche Liste erklären?

Die von den Sozialdemokraten aufgestellte Sonderliste ist in keiner freigewerkschaftlichen Funktionärkonferenz aufgestellt worden. Die Aufstellung dieser Liste ist das Werk einiger Sozialdemokraten. Die Bezirksleitung müßte sich mit viel größerem Recht an die SPD.-Leute wenden und diese zwingen, zurückzutreten.

Die Vertreter der dritten Liste sind Werkspitzel, die die Arbeiter zum Schlachtvieh der Leuna-Könige machen wollen.

Keine Stimme darf für die Vorschlagslisten 2 und 3 abgegeben werden.

Die wenigen Stunden, die uns noch zur Verfügung stehen, müssen ausgenutzt werden zur verstärkten Propaganda der Vorschlagsliste Nr. 1, die allein die Gewähr dafür bietet, daß die Interessen der Arbeiterschaft wirksam vertreten werden.

Die Betriebsratswahl muß ein wuchtiges Bekenntnis der Revolutionierung der Leuna-Proleten sein.

Deshalb gilt am 2. April für die Leuna-Arbeiter die Parole:

Jede Stimme der Vorschlagsliste 1

Freie Gewerkschaften (Opposition)

Gewerkschaftsbewegung

Württemberger Arbeiter fordern die Gewerkschaftseinheit

In der letzten Woche haben in Württemberg eine ganze Reihe von Versammlungen stattgefunden, die sich vor allem mit dem Problem der Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit befaßten. Die vereinigten Gewerkschaften von Backnang, Gmünd, Metzingen, Böblingen, gewerkschaftliche Versammlungen in Ludwigsburg, Göppingen und Eßlingen haben sich mit dieser Frage befaßt und es fand die Idee der Notwendigkeit zur Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit, national und international, überall begeisterten Ausdruck. Die Gmünder Versammlung hatte eine Resolution angenommen, die in einer mehr oder minder ausführlichen Form auch auf den anderen Versammlungen einstimmig zur Annahme gelangte. Um wenigstens die grundsätzlichen Fragen anzudeuten, die eben die Arbeiterschaft in bezug auf die Notwendigkeit der nationalen und internationalen Gewerkschaftseinheit berühren, lassen wir nachfolgend die Resolution folgen, die in der von den vereinigten Gewerkschaften zu Gmünd einberufenen Versammlung angenommen wurde.

Die Resolution lautet:

Die heute tagende, gutbesuchte und vom Ortsausschuß des ADGB. einberufene öffentliche Kundgebung begrüßt mit Freude das Unternehmen des englisch-russischen Einheitskomitees der Gewerkschaften, eine einheitliche, revolutionäre Aktionsgrundlage für die internationale Gewerkschaftsbewegung zustande zu bringen.

Angesichts der schärfsten Offensive des internationalen Kapitals, die sich in Deutschland in der Beseitigung des Achtstundentages, in der rücksichtslosen Reduzierung des Reallohnes im Interesse der kapitalistischen Reparationspolitik, in den Arbeitermorden von Dortmund, Reinsdorf und Halle in der brutalsten Weise äußert, ist

die Einigung der Amsterdamer und Moskauer Gewerkschafts-Internationalen das dringendste Erfordernis der Stunde

Die Versammelten erblicken in der Bildung eines gewerkschaftlichen Kampf-Dreibundes der deutschen Metallarbeiter, Transportarbeiter und Bergarbeiter nach englischem Muster die Voraussetzung zur Führung großer Massenkämpfe für die Hebung des Reallohnniveaus der deutschen Arbeiterklasse und erwarten, daß vom ADGB. sowie von den Vorständen der genannten Organisationen auf raschestem Wege die Bildung dieser Kampfhafts betrieben wird.

Die Versammelten erklären sich erneut bereit, mit allen Kräften an der Stärkung ihrer gewerkschaftlichen Organisationen mitarbeiten zu wollen und erwarten von den dem ADGB. angeschlossenen Berufsverbänden

die Wiederaufnahme der von ihnen Ausgeschlossenen sowie die Wiedereingliederung der abgesplitterten Teile.

Es lebe die revolutionäre Kampfeinheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung!

Es lebe der Kampf um die Hebung der Existenz der deutschen Arbeiterklasse!

Abfahrt der russischen Einheitsdelegation nach England

Moskau, 28. März.

Gestern abend reiste die Delegation des Allrussischen Gewerkschaftsrats nach London, zum Zwecke von Verhandlungen mit der Delegation des Generalrats des britischen Tradeunionkongresses in der Frage der koordinierten Aktion zur Wiederherstellung der Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Die von Tomski geführte Delegation besteht aus Glebow, Awisow, Michailow, Lepse, Tschernyschewa.

An die zweitausendköpfige Menge, die sich auf dem Bahnhof versammelt hatte, richtete Tomski eine Rede und drückte darin die feste Ueberzeugung aus, daß die englischen und russischen Gewerkschaften die Einheit sichern werden. Er wies darauf hin, daß die Sowjetgewerkschaften es für unmöglich hielten, eine Entscheidung über den Vorschlag des Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsbundes zu treffen, ohne vorher die Frage mit den britischen Brudergewerkschaften zu besprechen.

Die Massenbewegung und die Lage in Schweden

Von Arvid F. Vretling (Stockholm)

Die heutige Lage in Schweden ist dadurch gekennzeichnet, daß die Kapitalisten eine großzügige Offensive gegen die Arbeiterschaft begonnen haben. Die Aussperrung, die 130 000 Arbeiter der wichtigsten Industriezweige trifft, ist das Signal zu großen sozialen Kämpfen. Aber die Bourgeoisie verfolgt mit ihrem Kampfe nicht nur wirtschaftliche Ziele, sondern macht einen politischen Vorstoß gegen die sozialdemokratische Regierung und die Kommunistische Partei.

Die im Herbst stattgefundenen Wahlen in Schweden führten zum Sturz der rechten bürgerlichen Trygger-Regierung. Es gelang der Sozialdemokratie, wieder die Regierungsmacht in die Hände zu bekommen. Aber die Regierungsübernahme durch die Sozialdemokratie in Schweden bedeutet keinesfalls einen parlamentarischen Sieg, basierend auf einer Mehrheit im Reichstag, sondern die augenblickliche Regierung ist jetzt wie früher eine Regierung von Gnaden der Bourgeoisie. Die Kapitalisten haben sehr wohl verstanden, ihre Politik und ihre Taktik an die vorhandene Lage anzupassen. Sie haben ganz genau gewußt, daß Konflikte mit der Arbeiterschaft unvermeidlich sein werden, daß die Verteuerung der Lebensmittel die Lage der Arbeiterklasse verschlimmern mußte und daß es deswegen besser wäre, eine sogenannte Arbeiter-Regierung zu bilden, um die Arbeiter mit Illusionen zu füttern und sie dadurch ruhig zu halten. Hinter der Kulisse der bürgerlichen Demokratie und mit Hilfe der Führer der Sozialdemokratie ist es viel leichter, die Knechtung der Arbeiter durchzuführen.

Und wahrlich, die sozialdemokratische Regierung hat ihre Rolle als Lakai der Bourgeoisie sehr gut gespielt. Die bürgerliche Losung der Sozialdemokraten „Ruhe im Lande" haben die Kapitalisten benützt, um in Offensive gegen die unvorbereiteten Arbeiter vorzustoßen. Die Auswirkungen des Dawes-Planes zwingen die schwedischen Unternehmer, ihre Industrieprodukte durch Herabsetzung der Arbeitslöhne zu verbilligen. Als die Kapitalisten über die Notwendigkeit ein Geschrei erhoben, ihre Industrie auf dem Weltmarkt konzurrenzfähig zu machen, sagten die Gewerkschaftsbonzen im Bunde mit der Regierung: Jawohl, es stimmt; und somit warnte man die Arbeiter, einen Kampf aufzunehmen.

Als zu Neujahr die Kollektivverträge zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Textil- und Metallindustrie abgeschlossen wurden, war eine Niederlage der Arbeiter klar. Die Bonzen haben im Einverständnisse mit der Regierung alles getan, um einem offenen Kampfe auszuweichen. Das Resultat dieser Kompromißtaktik ist, daß die Arbeiter durch das Ueberkommen in ihren Reallöhnen auf den bisherigen Stand herabgedrückt wurden, da die Lebensmittelteuerung sehr schnell vor sich geht.

Einige Gruppen der Arbeiterschaft führen seit langem einen isolierten Kampf gegen die Ausbeuter. Das ist der Fall bei den Kohlentransportarbeitern in Stockholm, den Elektromonteuren, den Arbeitern der Porzellanindustrie usw. In diesen Kämpfen, wie auch bei den Streiks der Land- und Waldarbeiter, wurden in großem Umfange Streikbrecher und faszistische Organisationen eingesetzt. Im nördlichen Schweden ist es zu regelrechten Schlachten zwischen den Arbeitern und Streikbrechern gekommen. Diese Tatsache hat den Führer der Finanzkapitalisten im Reichstag, Admiral Lindman, veranlaßt, eine Interpellation einzubringen, worin er fragt, ob die Regierung gewillt sei, die Arbeitswilligen, das heißt die Streikbrecher, zu schützen. Der Innenminister Möller und der jetzige Ministerpräsident Sandler haben natürlich eine „kautschukartige" gegeben. Der Ministerpräsident hat sich aber doch deutlich genug gegen die kämpfenden Arbeiter ausgesprochen, indem er sagte, daß es in der Arbeiterbewegung ja viel Schlamm gebe, der in der gegenwärtigen Zeit der verschärften Klassenkämpfe zum Vorschein komme. Das heißt, daß die Arbeiter, die kämpfen und den Streikbrecherterror nicht dulden wollen, der Schlamm der Arbeiterbewegung sind!

Diese Interpellation im Zusammenhange mit dem neuen Heeresordnungsvorschlag ist ein Prüfstein für die Regierung. In der Militärfrage haben sich ja die Sozialdemokraten schon dem Vorschlag der Liberalen Partei stark genähert und damit ihre eigenen Wahlversprechungen ganz und gar vergessen. Die Politik der Sozialdemokraten in der Militärfrage ist eine klare Politik der Bourgeoisie. Nach dem Vorschlage der Sozialdemokraten wird das Militärbudget eine Höhe von 120 Millionen Kronen haben. Diesem Vorschlag stellten die Kommunisten die Losung „Arbeiter- und Bauernmiliz" entgegen. Aber die Bourgeoisie ist mit dem Vorschlage der Sozialdemokraten und Liberalen nicht zufrieden. Sie will noch mehr Millionen auf den Altar des bürgerlichen Militarismus legen. Das Bündnis mit Finnland und den baltischen Ländern gegen die Sowjetunion, die Bewaffnung des bürgerlichen Staates und seiner faszistischen Organisationen gegen die Arbeiter und Kleinbauern sind die Zwecke der Rüstungshetze.

Gleichzeitig setzte eine noch nie dagewesene Hetze gegen die „Moskautreue" ein. Die sogenannte Kommunistische Partei des Renegaten Höglund und die Sozialdemokraten sind der Bourgeoisie gute Helfershelfer, wenn es gilt, diese Hetze zu unterstützen. Der Renegat Höglund ist schon in dem stinkenden Sumpf der Sozialdemokratie politisch gelandet und hat sich nur eine Aufgabe gestellt, unserer Partei so viel wie möglich Schaden zuzufügen; dabei verwendet er die schlimmsten und lügenhaftesten Massen. Aber die Sekte des Renegaten Höglund war schon bei ihrer Geburt zum Tode verurteilt. Er hat keinen Einfluß in den Massen und ist ein Grammophon der phrasenrevolutionären Schlager eines Paul Levi und anderer verunglückter Politiker.

Die Bourgeoisie nützt natürlich diese Verräterpolitik der Höglundianer und der Sozialdemokraten sehr gut aus, um gegen die „gefährlichen" Bolschewiki schärfer vorgehen zu können. Die idyllischen Zustände in Schweden sind nur in der Phantasie Höglunds vorhanden. Gegen die aktive Bekämpfung der Streikbrecher und gegen die antimilitaristische Propaganda des KJV. wird gerichtlich vorgegangen. Viele Arbeiter wurden wegen ihres Kampfes gegen die Streikbrecher verurteilt; dies traf auch den Sekretär des Jugendverbandes und noch zwei Genossen, welche sechs Monate, beziehungsweise einen Monat Gefängnis bekommen haben. Und diese Hetze wird fortgesetzt. Jetzt werden offen „Schützenkaders zur Bekämpfung der Bolschewiki" gegründet.

Alles dies zeigt deutlich genug, daß die Bourgeoisie jetzt alles in der Hand hat, um eine großzügige Offensive gegen die Arbeiter zu unternehmen. Die jetzige Regierung ist nach dem Tode Brantings nicht so gefestigt (im bürgerlichen Sinne), daß sie von der Bourgeoisie genügend respektiert wird. Deshalb wird der Kampf gegen sie im Zusammenhang mit der Aussperrung geführt.

Die Aussperrung durch die Unternehmerverbände hat unter den Massen große Erregung hervorgerufen. Die Regierung hat sofort eingegriffen — nicht, um die Arbeiter zu unterstützen, sondern sie hat eine Schlichtungskommission ernannt, der nur bürgerliche Leute angehören. Als Vorsitzender wurde der jetzige Gesandte in Helsingfors, Elmkvist, ernannt. Das erste Resultat dieser Schlichtungskommission war die Verschiebung des Inkrafttretens der Aussperrung bis 16. März. Jetzt wie früher werden die Regierung und die Gewerkschaftsbonzen alles tun, um ein Kompromiß zu erreichen und dadurch die „Ruhe im Lande zu bewahren". Das bedeutet, daß man schon im voraus die Niederlage der Arbeiterschaft predigt. Aber die Arbeiter haben auch ihr Wort zu sagen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß sie jetzt kämpfen wollen.

Die Kommunistische Partei Schwedens hat die Parole des Generalstreiks herausgegeben, und diese Parole hat in vielen Orten in abgehaltenen Massenversammlungen begeisterte Zustimmung gefunden. Die Sozialdemokraten sind wütend und versuchen in demagogischer Weise die Arbeiter vom Kampf zurückzuhalten. Die Losung der Sozialdemokratie ist trotz der immer mehr zunehmenden Teuerung der bisherige Zustand. Die Syndikalisten und der Renegat Höglund haben keine Parolen und kämpfen gegen die KPS. Die Syndikalisten haben zwar eine Demonstrationsparole: Besetzung der Fabriken, herausgegeben, die aber nicht beachtet wird.

Die Arbeiter wollen jetzt den Kampf aufnehmen, und die Regierung, mit Zustimmung der Gewerkschaftsbonzen, will dem Kampfe ausweichen. Diese objektive und sogar direkte Hilfeleistung für die Kapitalisten und ihren Staat wird die demokratischen Illusionen der Arbeiterschaft zerstören. Jedes Vorgehen der Bourgeoisie wird dazu beitragen, der KP. Schwedens größeren Einfluß auf die Massen zu geben. Die bevorstehenden Kämpfe in Schweden und die jetzige Lage der Arbeiter und Kleinbauern stellt die KP. Schwedens vor große Aufgaben. Die Abspaltung der Höglund-Sekte mit ihrer kleinbürgerlichen und phrasenrevolutionären Ideologie war der erste Schritt zur Bolschewisierung der Partei. Die sich vorbereitenden Kämpfe werden eine Feuerprobe für sie sein. Die Bourgeoisie und ihre Lakaien fürchten das Gespenst des Bolschewismus, aber die Arbeiter werden noch deutlicher erkennen, daß die KP. Schwedens ihre Partei ist und werden für ihre Parole kämpfen.

Das Vollzugsbureau der RGJ. hat an die ausgesperrten Arbeiter nachstehenden Aufruf gesandt

Moskau, 23. März 1925.

„Die Kapitalisten, stark durch ihre Klassensolidarität, durch ihr Klassenbewußtsein, haben Euch den Krieg erklärt. Eine jede Arbeiterorganisation ist verpflichtet, ihren Klassenbrüdern, die dem Angriff des Kapitals ausgesetzt sind, Hilfe zu leisten.

Die RGJ. und der Generalrat der Gewerkschaften der Sowjetunion senden Euch ihre brüderlichen Grüße und sind bereit, Euch nach Kräften und Möglichkeit zu unterstützen. — Wir hoffen, daß es Euch gelingen wird, eine stählerne Einheitsfront zu schaffen und dem Angriff des Kapitals Widerstand zu leisten. Wir hoffen, daß dank keiner Disziplin und seines Willens der Block der skandinavischen Arbeiter den Angriff des Unternehmerblocks zurückschlagen wird.

Hoch die Einheitsfront gegen den Angriff des Kapitals!

Hoch die Einheit der Gewerkschaftsbewegung!

Das Vollzugsbureau der RGJ."

Ein sozialdemokratischer Gewerkschaftsbonze als Polizeispitzel

Das „Ruhr-Echo" in Essen berichtet über den Ausgang eines Prozesses, der einen bekannten sozialdemokratischen Parteifunktionär und

Geschäftsführer des DMV. in Bochum, Emil Ungrade, als Polizeispitzel entlarvt.

Der verantwortliche Redakteur des „Ruhr-Echo", Genosse Georg Hansen, war wegen Beleidigung angeklagt, da er den Geschäftsführer Ungrade in einem „Denunziantenpak" überschriebenen Artikel einen Polizeispitzel genannt hatte. Bei der Verhandlung wurde vom Gericht folgendes festgestellt:

„Der Beklagte hat Beweis dafür angetreten, daß der Ausdruck „Denunziantenpak" und „Polizeispitzel" insofern berechtigt sei, als tatsächlich der Privatkläger den Zeugen, den kommunistischen Landtagsabgeordneten Schubert, während seines Aufenthaltes in Bochum der Polizei, von der er damals gesucht wurde, verraten habe."

Der edle Sozialdemokrat Ungrade hatte den Genossen Hermann Schubert, der ihn in einer Metallarbeiterversammlung heftig angegriffen hatte, unter dem Vorwand, sein Mitgliedsbuch zu prüfen, so lange aufgehalten, bis Genosse Schubert von einem Polizeibeamten verhaftet wurde. **Das Gericht erachtete den Wahrheitsbeweis als erbracht,** daß Genosse Schubert der Auffassung sein mußte, der Geschäftsführer Ungrade habe die Polizei auf ihn aufmerksam gemacht. Deswegen wurde der angeklagte Redakteur wegen formaler Beleidigung zwar zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt, an der Tatsache, daß der famose SPD.-Bonze Gewerkschaftskollegen der Polizei in die Hände spielt, wird dadurch nichts geändert.

Bei dem Ausschlußverfahren gegenüber dem Genossen Höcker bediente sich der Vorstand des DMV. auch eines ausgesprochenen Polizeispitzels. **Die Arbeiter müssen endlich aufräumen mit solchen Subjekten und durch ihre verstärkte Propaganda zum Eintritt in die Gewerkschaften dem Treiben dieser Elemente Einhalt gebieten.** Dem Vorstand des DMV. möchten wir die Frage vorlegen, ob er solche Schädlinge an der Arbeiterbewegung für würdig erachtet, noch länger Mitglied der Organisation zu sein.

Neue Provokationen des DMV.

In wenigen Tagen findet im Leunawerk die Wahl des Betriebsrats statt. Die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft dieses Betriebes hatte eine Liste (Opposition) aufgestellt und diese auch dem Wahlvorstand eingereicht, die allerdings in der Hauptsache als Kandidaten zum Betriebsrat Kommunisten enthielt.

Die Sozialdemokraten haben sich damit nicht abgefunden und irgendwo eine Liste zusammengestoppelt, der sie dann gleichfalls den Namen „freigewerkschaftliche Liste" beigelegt haben. Die von den Sozialdemokraten aufgestellte Liste ist in keiner freigewerkschaftlichen Funktionärkonferenz aufgestellt worden. **Trotzdem die zuerst eingereichte freigewerkschaftliche Liste (Opposition), vom Fabrikarbeiterverband als freigewerkschaftliche Liste anerkannt und unterstempelt wurde, hat nunmehr die Bezirksleitung des DMV., gezeichnet Rößler, an diejenigen Kollegen, die auf dieser Liste als Betriebsrat kandidieren, ein Schreiben gerichtet, worin er diese auffordert, von der Betriebsratsliste zurückzutreten.** Rößler begründet das damit, daß nach den Beschlüssen der Organisationen eine Sonderliste nicht aufgestellt werden darf. **Falls die hier in Frage kommenden Kollegen nicht zurücktreten, haben sie mit einem Ausschluß aus der Organisation zu rechnen.**

Rößler glaubt im Trüben fischen zu können, um die Mitglieder, die wieder zur Organisation zurückgekehrt sind, durch sein provokatorisches Verhalten aus der Organisation zu treiben. Unsere Genossen werden sich aber in ihrem Vorhaben nicht beirren lassen. Rößler weiß, daß seine Parteifreunde in den verschiedensten Betrieben sozialdemokratische Sonderlisten aufgestellt haben, ohne daß die Organisation dagegen eingeschritten ist. Die hier im Leunawerk von der freigewerkschaftlichen Opposition eingereichte Liste ist eine freigewerkschaftliche Liste im wahrsten Sinne des Wortes. Rößler kann sich dieserwegen beim Fabrikarbeiter-Verband erkundigen. **Die Arbeiter werden jedenfalls abwarten, ob Rößler seine geradezu organisationsschädigende Handlung durchführen wird. Unsere Genossen haben jedenfalls keine Ursache, von der Liste zurückzutreten.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250401-10/fragment/page=0005

Die Hochofenarbeiter werden betrogen

Die dreiteilige Schicht soll nicht eingeführt werden

Am 1. April sollte bekanntlich die Verordnung in Kraft treten, wonach die dreigeteilte Schicht für die Hochofenarbeiter eingeführt wird.

Dieser Verordnung lag die Absicht der Unternehmer zugrunde, die Feuerarbeiter von den übrigen Metall- und Bergarbeitern zu trennen und die einzelnen proletarischen Gruppen getrennt zu schlagen. Das ist den Arbeiterfeinden bis jetzt glänzend gelungen. Die Zentrums- und Zentrumskapitalisten denken nicht daran, für die Hochofenarbeiter die versprochene dreiteilige Schicht einzuführen.

Nachstehendes Schreiben haben die arbeitsgemeinschaftlichen Führer der Verbände der Metallarbeiter an das Reichsarbeitsministerium in Berlin, an die Regierung in Düsseldorf und in Duisberg, an den Arbeitgeberverband und an Mehlich gerichtet:

Bei den Verhandlungen mit den Arbeitern der nordwestlichen Gruppe über die Durchführung der Verordnung vom 20. Januar 1925 sind Differenzen aufgetreten über die Arbeitszeit in den Hochofenbetrieben und in den Kokereien.

Die Unternehmer sind der Ansicht, daß die Verordnung vom 20. Januar 1925 auch durchführbar sei, ohne die dreiteilige Schicht anwenden zu müssen.

Die unterzeichneten Vertreter der Metallarbeiter sind der Ansicht, daß die Verordnung vom 20. Januar die dreigeteilte Schicht für die obengenannten Arbeitergruppen vorsieht. Alle Bemühung unserseits, der Verordnung vom 20. Januar gerecht zu werden, waren ergebnislos. Nach uns gewordenen Mitteilungen von maßgebender Stelle des Reichsarbeitsministeriums ist auch dort die Ansicht vertreten, daß für die Durchführung der Verordnung nur die dreigeteilte Schicht in Frage kommen könne. Einzelne Werke des Industriegebietes haben sich zwar mit der Einführung der dreigeteilten Schicht abgefunden, jedoch entspricht die bewirkte Eingruppierung nicht dem Sinne der Verordnung. **Unserem Antrag, die Eingruppierung der Arbeiter mit den Gewerkschaften vorzunehmen, wurde bisher nicht entsprochen. Durch die Haltung der Unternehmer sind nicht nur**

Unruhen unter den Hochofenarbeitern,

sondern auch in den Thomas-Martin-, Walz- und Hammerwerken eingetreten. **In den Hochofenarbeiter-Konferenzen bestand Einmütigkeit darüber, daß gemäß der Verordnung vom 1. April 1925 die dreigeteilte Schicht eingeführt werden müsse.**

Der Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe hat sofort ein Antwortschreiben an die Gewerkschaften gerichtet, in dem die Arbeitgeber ihren ablehnenden Standpunkt aufrechterhalten und sich in ihrer Ablehnung sogar auf das Reichsarbeitsministerium berufen. In dem Antwortschreiben heißt es u. a.:

„Was zunächst die Frage betrifft, ob die Verordnung vom 20. Januar 1925 ohne Anwendung der dreigeteilten Schicht durchgeführt werden kann, so sind wir nach wie vor von der Richtigkeit unserer Ansicht, daß dies durchweg zulässig ist, überzeugt. Wir sind es um so mehr, als wir auch im Reichsarbeitsministerium an maßgebender Stelle feststellen konnten, daß die Rechtslage unserer Auffassung nicht entgegensteht. Es wurde uns deshalb auch dortseits erklärt, daß das Reichsarbeitsministerium ex offizio nicht eingreifen werde, wenn einzelne Betriebe statt der dreigeteilten 56stündigen Arbeitswoche eine zweigeteilte 55stündige, entsprechend dem Vorschlag einführen würden. Wir möchten nicht verfehlen zu bemerken, daß auch einer Besprechung, die unsere Vertreter mit dem für die Durchführung der fraglichen Verordnung zuständigen **preußischen Handelsministerium** hatten, dortseits **die gleiche Auffassung** zum Ausdruck gebracht worden ist."

Das Reichsarbeitsministerium unter Leitung des Zentrumsministers Brauns deckt also den Anschlag der Unternehmer auf die Einführung der dreiteiligen Schicht.

Die arbeitsgemeinschaftlichen Verbandsführer, die das ganze Manöver der Unternehmer voraussahen und durch Verhinderung eines geschlossenen Kampfes unterstützten, unterstützen auch jetzt die Ausbeuter. Sie mobilisieren nicht die Hochofenarbeiter und alle Feuerarbeiter zum Kampf, sie mobilisieren nicht alle Arbeiter in der Metallindustrie und die Eisenbahner zur Unterstützung der Feuerarbeiter, zur Durchkämpfung der eigenen Forderung nach Achtstundenschicht und Lohnerhöhung, sondern sie appellieren an die Regierungsstellen, an Brauns und an Mehlich.

Die Feuerarbeiter werden nicht an ihre Todfeinde appellieren, sondern sofort Stellung nehmen und die Gewerkschaften zwingen, den Kampf für den rechtlichen Achtstundentag und Lohnerhöhung aufzunehmen.

Eisenbahner-Pensionskassen-Wahl

Bei der in Delitzsch erfolgten Wahl zur Pensionskasse wurden abgegeben für den DEV. 232, FEV. 202, AEV. 140 und GDE. 28 Stimmen. 8 Stimmen waren ungültig. Von den 734 Wahlberechtigten haben sich 610 Arbeiter an der Wahl beteiligt. Diese Wahl **zeigt, daß die arbeiterfeindlichen Richtungen auch bei den Eisenbahnern im Absterben begriffen sind.** Für die Eisenbahner der übrigen Werkstätten wird die Wahl ein Ansporn zu weiteren Erfolgen sein.

Die Arbeitszeit in der chemischen Industrie

Das am 31. März d. Js. ablaufende Arbeitszeitabkommen für die gesamte deutsche chemische Industrie, das für die Betriebe eine Verlängerung der Arbeitszeit vorsah, und in vergangener Woche in Berlin zur Verhandlung zwischen den beiderseitigen Organisationen stand, ist bis zur gesetzlichen Regelung verlängert worden. Die ebenfalls stattgehabten Lohnverhandlungen für die Sektion VB (Mitteldeutschland), bei denen von den Arbeitervertretern 15 Prozent Lohnerhöhung gefordert waren, sind ebenfalls ergebnislos verlaufen, so daß in kommender Woche das Zentralschlichtungsamt in Berlin einen Schiedsspruch fällen wird.

Die Arbeiter der chemischen Industrie werden sofort zu diesem Ergebnis Stellung nehmen müssen. Sie müssen schon vor dem Zusammentritt des Zentraltarifamts aus den Betrieben heraus ihren Willen zur Durchsetzung ihrer Forderungen bekunden, damit die Gewerkschaftsbureaukraten merken, daß es den Arbeitern ernst ist, mit den Forderungen die sie aufgestellt haben.

Bergarbeiterstreik in Mährisch-Ostrau

(Eig. Drahtm.) **Prag, 1. April.**

Im Mährisch-Ostrauer Industriegebiet ist heute unter den Bergarbeitern wegen Ablehnung der Lohnerhöhungen der Streik proklamiert worden. Bereits heute früh streiken auf den Kohlengruben 68 Prozent der Belegschaften. Bezeichnend für die sozialdemokratischen Bergarbeiterverbände, die allerdings in der Minderheit sind, ist folgendes: Sie empfehlen ihren Mitgliedern, dort, wo die Stimmung für den Streik vorhanden ist, sich ihm anzuschließen, wo aber die Mehrheit zur Abwürgung des Streikes steht, ihn abzuwürgen.

Wir eröffnen am

Donnerstag, 2. April, mittags 2 Uhr

einen Massen-Schuh-Verkauf

im **Gewerkschaftshause**

42/44 Harz 42/44

919

Zur richtigen Zeit bringen wir eine große Auswahl in einschlägigen Schuhwaren, speziell für den

Oster- und den Konfirmations-Bedarf

Unsere Leistungsfähigkeit beweisen wir mit folgenden Angeboten:

Kinderschuhe	5,90	4,90	3,90	2,90	**1,70**
Damenschuhe	9,90	7,90	5,90	4,90	**3,90**
Herrenschuhe in halb und Stiefel,	10,50	8,90	6,90	5,90	**5,50**

In modernen Schuhwaren reichhaltige Auswahl

Massen-Schuh-Verkauf im Gewerkschaftshause, Harz 42/44

Mittelrheinische Schuhwaren-Handels-Gesellschaft mbH., Filiale Halle

Zum Schulbeginn:

Schulbücher
Schultafeln usw.

empfehlen die:

Volksbuchhandlungen

Merchenfeldstraße 14 Harz 42/44

Gaswerbewoche

Der erste Koch- und Lehrvortrag über

„Das Gas im Haushalt"

findet am Donnerstag, dem 2. April, abends 8 Uhr

im Thaliasaal statt

Von Freitag, den 3. April an, vorm. 10 Uhr u. abends 8 Uhr Wiederholung d. Vorträge

Bett- und Leibwäsche
Anzug- und Kleiderstoffe
fertige Blusen und Röcke
Knaben-Anzüge, Trikotagen
kaufen Sie preiswert bei

Luise Brömme

Petersbergstraße 4 776

— Auch Teilzahlung —

Zeitungsträger

für **Crostitz** per 1. April 1925 gesucht. Meldungen an

P. Müller, Klein-Crostitz

Empfehle allen Genossen und Genossinnen meinen

Herren- u. Damen-Friseursalon 32

Gute und schnelle Bedienung zugesichert.

Rich. Kuhschbauch, Gr. Klausstr. 7

Anton Cichoszewski

Halle a. d. S. Thomasiusstr. 12, Hof III

führt alle Maßarbeiten und Reparaturen in

Schuhwaren

aus und bittet die Genossen um Berücksichtigung bei vorkommenden Fällen.

Die Konsumgenossenschaft ist ein Stück Arbeiterbewegung im proletarischen Befreiungskampf

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250401-10/fragment/page=0006

SPD. und Bürgerblock gegen die Amnestie

Die Kommunisten, die Vertreter der Interessen aller Werktätigen — Das Bürgerparlament für flugzeugfahrende Bourgeois — Bürgermeister Seydel ein Ludwig Wucherer II. — Der Dringlichkeitsantrag der Kommunisten auf Vollamnestie von der bürgerlich-sozialdemokratischen Einheitsfront niedergestimmt

Halle, 23. Juni.

Die gestern nachmittag stattgefundene **Sitzung des hallischen Stadtparlaments** bot das Bild, daß für eine Sitzung **dieser** Stadtverordnetenversammlung als „normal" anzusehen ist. Von dem Schrecken, den die Sprengung der vor acht Tagen abgehaltenen Sitzung durch die Kommunisten bei den Leuten vom Bürgerblock verursachte, hatten sich die Herren Busse-Minner und Cie. im Laufe dieser Woche so leidlich erholt. Mit gestärkten Kräften konnten sie wieder, ohne auch nur das geringste Oppositionchen der SPD. fürchten zu müssen, an ihre Arbeit gegen die hallische Arbeiterschaft gehen. Das Bürgerparlament hat gestern seine alte Linie konsequent fortgesetzt.

Die SPD. tanzte an der Strippe. Kaum je sagte sie gestern wohl auch nur ein Wörtchen, das den Unwillen derer um Busse und Minner hätte erregen können. Und wenn sie das doch zuweilen hier und da tat, so nur, um nach außen zum wenigsten als um ein Haar von den Ansichten des Stahlhelm-Magistrats, der erst in der vorigen Sitzung sich wieder einmal die unverschämtesten Handlungen gegen die städtischen Arbeiter erlaubte, verschieden zu erscheinen. Die SPD. hat gestern wieder einmal ihre Maske vollends fallen lassen. Sie war es, die aufs erbittertste dafür kämpfte, daß den **kleinen Wanderlagerinhabern neue Steuern aufgehalst** werden. Sie war es, die mit dafür stimmte, daß **die hallischen Bourgeois auf Kosten der hallischen Arbeiterschaft in Flugzeugen fahren können.** Und wenn sie auch hin und wieder einmal mit der kommunistischen Fraktion stimmte, so nur, weil sie anders nicht aus noch ein wußte und weil ihr bekannt war, daß der Bürgerblock ja auch ohne ihre Unterstützung mit einer Mehrheit alle kommunistischen, im Interesse der Arbeiterschaft gelegenen Anträge niederstimmen konnte. Aber noch mehr!

Die SPD.-Fraktion im hallischen Stadtparlament erwies sich gestern noch päpstlicher als der Papst selbst!

Nicht etwa der Bürgerblock war es, der Initiative ergreifen mußte zum **Sturm gegen den Dringlichkeitsantrag der Kommunisten auf Vollamnestie für alle politischen Gefangenen des Proletariats.** Dem Stadtverordneten **Wilke** von der SPD. blieb es vorbehalten, als erster gegen die Dringlichkeit des kommunistischen Amnestie-Antrags zu sprechen und das Stadtparlament als **„nicht zuständig"** für die Beratung derartiger Anträge zu erklären, obwohl der Sprecher der SPD.-Fraktion genau weiß, daß z. B. die **Zeitzer** SPD.-Abgeordneten sowie auch mehrere Bürgerblock-Stadtverordnete des Zeitzer Stadtparlaments sich unter dem Druck der Arbeiterschaft gezwungen sahen, nicht nur den Amnestie-Antrag der kommunistischen Fraktion des Zeitzer Stadtparlaments in einer Sitzung zu beraten, sondern sogar einstimmig für den Amnestie-Antrag der Kommunisten zu stimmen. So blieb denn dem Bürgerblock-Sprecher nichts anderes übrig, als zu erklären: **„Wir schließen uns den Ausführungen des SPD.-Redners voll und ganz an."**

Dieser neue schamlose Verrat der SPD.-Fraktion im hallischen Stadtparlament zeigt uns nur wieder einmal, daß die SPD. in Wirklichkeit trotz zeitweise oppositioneller Phrasen, die eben nur Phrasen sind, **Arm in Arm mit dem Bürgerblock gegen die hallische Arbeiterschaft** geht. Dieser **Amnestie-Verrat** der SPD. richtet sich nicht nur gegen die 7000 politischen Gefangenen der deutschen Arbeiterklasse, er ist eine niederträchtige **Verhöhnung** des Proletariats in seiner Gesamtheit.

Das **hallische Proletariat** muß der SPD. schon in den nächsten Tagen die **Antwort auf diesen Amnestie-Verrat** geben. Die hallische Arbeiterschaft kann diese Antwort geben, indem sie gerade jetzt schärfer als bisher den **Kampf für die Vollamnestie** führt, indem sie zu Tausenden und Zehntausenden ihre Unterschrift für die Vollamnestie aller proletarisch-politischen Gefangenen gibt.

Hallische klassenbewußte Arbeiter und Arbeiterinnen! Jetzt heißt es, dem Verrat der SPD.-Führer zum Trotz erst recht für die Vollamnestie zu kämpfen. Klassenbewußte Arbeiter und Arbeiterinnen, ob Ihr noch in der SPD. organisiert, ob Ihr Mitglieder der KPD. oder auch parteilos seid, erkennt, was gespielt wird. Rüstet zum Kampf

gegen den Amnestie-Betrug der Hindenburg-Regierung,

gegen die offiziellen und inoffiziellen Verteidiger dieses Amnestie-Betruges,

für die Vollamnestie!

Sitzungsbericht

Die gestrige Sitzung des hallischen Stadtparlaments erledigte zunächst die in der Sitzung am 15. Juni nicht erledigten Punkte. Abramowik (SPD.) trat für eine **Besteuerung des Wanderlagerbetriebes** ein.

Den kommunistischen Standpunkt zu dieser Frage legte Genosse Kilian in längeren Ausführungen klar: Wir Kommunisten sehen in dieser neuen Besteuerung eine **Sondersteuerzulage**, die wir, da es sich um **proletarische Elemente** handelt, auf die die Lasten entfallen werden, **grundsätzlich ablehnen.** Wenn die Vorlage des Magistrats mit dem „Schutz des hiesigen Gewerbes" begründet wird, so erklären **wir Kommunisten**, daß es sich in diesem Falle nur um die

planmäßige Erdrosselung einer Gruppe von Gewerbetreibenden

handelt. Diese Kleingewerbetreibenden sind Proletarier. Eine Sonderbesteuerung würde sich auch in einer **Erhöhung der Preise** auswirken. Wenn die SPD. jetzt so warm für die Sondersteuer eintritt, so **proletarisch** sie damit, daß sie eine **Feindin der Gewerbefreiheit** ist, was wir seit jeher behauptet haben, aber niemals offen zugegeben wurde. Im übrigen würde diese Steuer weniger einbringen, als ein bureaukratischer Apparat zur Eintreibung der Steuern an Kosten verursachte. Wir stimmen gegen diese Steuer.

In seinem Schlußwort verteidigte Müller trotzdem weiter die Magistrats-Vorlage „im Namen der Gerechtigkeit" (!). Die Vorlage wird darauf **gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.** Die Kleingewerbetreibenden können aus dieser Tatsache ersehen, daß auch ihre Interessen **nur von den Kommunisten vertreten werden.**

Die Verteidigung der **Verpachtung des öffentlichen Anschlagwesens** für 25 000 Mark übernimmt der Bürgerblock-Mann Koennecke.

Nach einigen Ausführungen eines SPD.-Mannes spricht für die Kommunisten Genosse Ilgenstein: Wir Kommunisten fordern

Kommunalisierung des öffentlichen Anschlagwesens

Auch der Magistrat stand einmal — im Jahre 1920 — auf diesem Standpunkt. Diesen seinen Standpunkt hat er im Laufe der Jahre grundlegend geändert, so daß er heute bei dem Vorschlag auf Verpachtung gelandet ist. Wir verlangen **Uebernahme** in **eigene Regie** durch die Stadt.

Minner (Dem.) entpuppte sich in der Aussprache zu diesem Punkte wieder einmal als grundsätzlicher Gegner aller Kommunalisierungsbestrebungen. Ein Antrag des Bürgerblocks auf Schluß der Debatte wird gegen KPD. und SPD. angenommen. Die Abstimmung ergibt Annahme der Magistratsvorlage. — Ein Vertreter des Bürgerblocks spricht zum

Magistratsbeschluß über den Haushaltplan

Von der Stadtverordnetenversammlung war seinerzeit ein Antrag angenommen worden, für **zahnärztliche Behandlung mittelloser** Schulkinder einen Beitrag von 5000 Mk. bereitzustellen. Diese Summe ist um 2000 Mk. **eigenmächtig** vom Magistrat gekürzt **worden.**

Genosse Kölz protestiert dagegen. Der Magistrat sagt: „Ihr Stadtverordneten könnt beschließen, wir führen doch nichts durch." Dagegen legen wir Kommunisten entschieden Verwahrung ein. **Wir beantragen Wiedereinsetzung der gestrichenen 2000 Mark.**

Bürgermeister Seydel wagt es, zu behaupten, daß diese Summe von 5000 Mk. — zu hoch (!!) sei. Auf Klagen über die Behandlung im zahnärztlichen Institut der Universitätsklinik verspricht er Kontrolle. — Genosse Kilian schildert die wahnsinnigen Zustände in dem erwähnten Institut. Schlechte bauliche und instrumentelle Einrichtungen machen eine sachgemäße Behandlung nahezu unmöglich. Die Stadt muß daher endlich zum **Bau einer eigenen Zahnklinik** schreiten. Des weiteren beantragte er: **Der Magistrat wird ersucht, Verhandlungen mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse aufzunehmen, zwecks zahnärztlicher Behandlung der von der Stadt zu betreuenden Kinder im zahnärztlichen Institut der Allgemeinen Ortskrankenkasse.**

Der Antrag Kölz auf Wiedereinführung der gestrichenen 2000 Mk. im Etat wird ebenso wie der Antrag Kilian vom Bürgerblock **abgelehnt.** Der Antrag Kilian (betr. Ortskrankenkasse) wurde mit Stimmengleichheit **durch die Schuld eines Mitgliedes des Vorstandes der Allgemeinen Ortskrankenkasse, des bürgerlichen Stadtverordneten Zwanzig,** der sich der Stimme enthielt, abgelehnt.

Zum Erlaß einer **Wegebeitragssteuer** führt einer unserer Genossen aus: Wir sind im allgemeinen gegen Wegesteuern, weil sie ein Hindernis des Verkehrs sind. Die Verkehrssteuern sind im Grunde genommen Unfug. Eine zentrale Leitung (Ausbesserung der Straßen usw.) des Verkehrswesens ist indessen heute noch nicht möglich. Daher **beantragen wir Kommunisten: 1. Die Fuhrwerke der Arbeiter-Konsumvereine von der Steuer frei zu lassen; 2. Die Steuersätze für Personenkraftwagen auf das Fünffache des vorgesehenen Satzes zu erhöhen.**

Für diese kommunistischen Anträge stimmten KPD. und SPD. Die Anträge waren somit abgelehnt. Wie ernst es aber die SPD.-Fraktion mit ihren Eintreten für die kommunistischen Anträge nahm, geht daraus hervor, daß sie — nach Ablehnung der Anträge, für die auch sie gestimmt hatte — ebenfalls für die unveränderte Magistratsvorlage Stellung nahm. Die Vorlage fand Annahme **gegen die Stimmen der kommunistischen Vertreter.**

Einigen anderen unwesentlichen Beratungen folgte die Besprechung über den

Abschluß von Flugverträgen

Der Antrag lautet auf Bewilligung von 40 000 Mark für die Fluglinie Leipzig—Halle—Dortmund und 53 000 Mark für die Linie Berlin—Halle—Frankfurt a. M.—Mannheim. Zu diesem Punkt sprach für unsere Fraktion Genosse Finkelmeier. Er führte aus: Wenn die Kommunistische Fraktion Gelder für dringende Angelegenheiten fordert, ist niemals Geld da. Nunmehr scheint plötzlich die Stadt Halle in Geld zu schwimmen. **93 000 Mark sollen zum Ausbau eines Privatunternehmens weggeworfen werden, nur, um einer bestimmten Gesellschaftsgruppe Vorteile zu verschaffen;** denn Arbeiter können bei den hohen Tarifen nicht im Flugzeug reisen. Wir lehnen es ab, **einer Privatgesellschaft städtische Gelder zur Durchführung ihrer Geschäfte zu überliefern.** Wir werden jeden technischen Fortschritt unterstützen; dieser „Fortschritt" aber soll für Arbeitergroschen nur für die Bourgeoisie bestehen. Unser dritter Ablehnungsgrund ist die Tatsache, daß die **Entente** sichtlich erfreut ist über das **Flugwesen in Deutschland.** Man will es im gegebenen Moment **zum Krieg gegen Sowjet-Rußland** gebrauchen. Es wird weiterhin auch nicht bei den geforderten 93 000 Mark bleiben. Weitere Beträge sollen in Kürze für eine dritte Flugzeuglinie bewilligt werden. Die **hallischen Arbeiter müssen für die Vergnügen der Bourgeoisie Steuern aufbringen.**

Nachdem noch Wilke (SPD.) und Minner (Dem.) in wütendster Weise über die Kommunisten, die stets die Interessen der Arbeiterschaft im Auge haben, hergefallen waren, sprach Bürgermeister Seydel, der die **Vertreter der Vorlage mit dem Vorkämpfer für die — Anlegung der Eisenbahnlinien in Halle, Ludwig Wucherer,** verglich. Die Genossen Günther und Kilian wiesen die Angriffe der SPD.-Bürgerblock-Einheitsfront gegen die KPD. zurück. Die Abstimmung ergab, daß nur die Kommunisten gegen die Vorlage stimmten.

Nach Erledigung mehrerer unwesentlicher Vorlagen, teils zur Tagesordnung der Sitzung vom 15. Juni, teils zu der neuen Sitzung gehörig, begründete Genosse Richter die Dringlichkeit folgenden Amnestieantrages der Kommunistischen Fraktion:

Dringlichkeitsantrag

Auf Grund des dem Reichstag vorliegenden Amnestiegesetzentwurfes, wonach nur die politischen Gefangenen amnestiert werden sollen, die vor dem 1. Oktober 1923 verurteilt wurden, muß festgestellt werden, daß die überwältigende Anzahl der proletarisch-politischen Gefangenen nicht unter diese Amnestie fallen würde. Dieser Amnestiegesetzentwurf bedeutet deshalb eine ungeheure Ungerechtigkeit. Allein aus der Stadt Halle sind sechs proletarische politische Gefangene inhaftiert, die zusammen zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt wurden und die nach dem Amnestiegesetzentwurf nicht amnestiert würden. Trotzdem die Familien der Inhaftierten die Stadtfürsorge in Anspruch nehmen müssen, leiden sie bitterste Not.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen, von Reichsregierung, Reichstag und der preußischen Regierung eine umfassende Vollamnestie aller politischen Gefangenen, auch für nach dem 1. Oktober 1923 abgeurteilte politische Straftaten, ganz gleich ob dieselben zu Zuchthaus, Festung oder Gefängnis verurteilt wurden, zu fordern.

Kommunistische Stadtverordnetenfraktion.

Gegen die Dringlichkeit spricht in einer geradezu unverschämten Weise der Sozialdemokrat Wilke. Das Stadtparlament soll angeblich für derartige Anträge „nicht zuständig" sein. Seinen Ausführungen schließt sich der Sprecher des Bürgerblockes an. **Die Einheitsfront der Stahlhelm-Leute mit der SPD.-Stadtverordneten-Fraktion ist wieder einmal fertig.** Die Dringlichkeit des kommunistischen Amnestieantrages wird **nicht anerkannt.** Damit ist die öffentliche Sitzung geschlossen.

Taschkent, die brotreiche Stadt

36 Von **Alexander Newerow.**

Kondratjew quälte ihn mit Fragen, und Mischka dachte betrübt:

„Ich lüge Dich an. Merkst Du's denn nicht?"

Auf der Station in der Stadt sah er zum letzten Male Genossen Kondratjew an, verbeugte sich tief vor ihm, zwinkerte mit den Augen, aus denen plötzlich Tränen flossen, sagte herzlich:

„Nun, Onkelchen, ich danke auch ergebenst."

„Laß nur das Danken sein, Mischka. Laß es Dir gut gehn!"

„Kommen Sie wieder hierher?"

„Ich fahre immer auf dieser Strecke . . ."

„Also leben Sie wohl, vielleicht sehn wir uns nicht mehr."

„Leb wohl, Mischka. Ich wünsche Dir viel Glück."

Mischka sprang aus der Lokomotive, warf sich die **Strümpfe über die** Schulter, sah sich noch einmal um, verbeugte sich nach einmal vor Kondratjew. Er sah sonnendurchwärmte Gebäude aus Stein, hohe, staubbedeckte Bäume und mengte sich, ein kleiner Tropfen, in die dichte Menschenmasse. Er steckte die Hand in die Tasche. Da lag sein Messer! Da!

„Wie kommt denn das?"

Zuerst war Mischka erstaunt, wollte zurück zur Lokomotive, dachte dann aber erleichtert:

„Wird denn so ein Mensch etwas nehmen wollen?"

Auf der Station lagen Bauern, Frauen herum, nackte, halbnackte, von der Taschkenter Sonne geschwärzte, kranke, sterbende. Mischka sah sie von weitem, trat an sie heran, stand eine Weile da, dachte:

„Sollte auch hier Mangel an Brot sein?"

Er ging hinaus.

Lenkte schüchtern seine Schritte in eine grüne Straße mit hohen Bäumen, blieb stehen.

Warf den Kopf zurück, betrachtete einen Baum voller Aeste, starrte einen schwarzbärtigen Bauern an, der auf seinem Fohlen ritt, erschrak plötzlich: Eine Gestalt kam ihm entgegen, — war das ein Mensch oder nicht? Die Füße sind zu sehen, der Kopf ist hinten, vorne aber statt eines Gesichts ein kleiner schwarzer Vorhang! Das war eine Sartin mit verhülltem Gesicht! Mischka sprang auf die Seite vor diesem Ungeheuer, verzog das Gesicht, streckte die Lippen vor und setzte dann langsam seinen Weg fort, die schmale, grüne Straße entlang, die in die staubige, trockene, heiße Stadt führte. Lange waren der schwarze Kopf in der großen, väterlichen Mütze, die weißen Strümpfe über der Schulter in dieser Straße zu sehen. Dann blieb er stehen, besah einen schmutzigen, staubigen Wassergraben, ging weiter, bog um eine Ecke und verschwand . . .

32.

Im Spätherbst, an einem warmen, klaren Tage hielt der Taschkenter Zug auf einer kleinen Station zwischen Busuluk und Samara. Aus den Wagen, von den Plattformen sprangen Bauern auf dem Perron. Der Zug hielt hier nicht lange. Als die Wagen mit geschäftigem Rädergeratter davoneilten, lagen auf dem festen, gefrorenen Sand neben den Schienen übereinander geschichtete Säcke voll Brot, die mit Kreuzen, Stäbchen, mit schiefen, unsicher geschriebenen Buchstaben gezeichnet waren.

Auf zwei Säcken, von denen jeder über einen Zentner faßte, stand mit Kopierstift geschrieben: „Mich. Doden".

An die Säcke trat ein untersetzter, sonnverbrannter Junge heran mit einer großen, zerrissenen Mütze, prüfte aufmerksam die Knoten, betastete die Säcke mit den Fingern und blies selbstzufrieden die schwarzen, ungewaschenen Backen auf.

Eine leichte, blaue Wolke lief über den hohen, klaren Himmel, verdeckte auf einer Seite die Sonne, warf einen leichten Schatten.

Der untersetzte sonnenverbrannte Junge stand wie ein Bauer mit weit gespreizten, in Lappen gewickelten Füßen da, sah bedächtig und würdevoll auf zwei Säcke, die mit zwei Knoten fest zugebunden waren, zog die kräftige Herbstluft durch die Nase, hüftelte, schüttelte den Kopf:

„Bei uns hier ist's kalt! Nachts sind sicher Fröste!"

Das war Mischka.

In Taschkent war er lange über die Märkte gezirkt, hatte unter Zäunen genächtigt, neben schmutzigen Wassergräben herumgelegen. Eine Darmkrankheit befiel ihn. Tagelang ward er von Durchfall gequält. Seine Gedärme wollten sich fast nach außen umdrehen. Die Folge der verkalkten Aepfel und Pfirsiche, die er vor der Erde aufhob und aß! Doch er ging in diesen schlimmen Tagen nicht zugrunde, überstand alles, ertrug alles, auch Läuse, auch Schmutz, auch die Darmkrankheit . . . Er mußte sein Messer verkaufen, um sich Essen zu verschaffen, sammelte vom Boden verfaulte Aepfel auf, streckte seine Hand nach Almosen aus. Dann bekam er das alles satt, wollte es nicht länger mehr so betreiben. Auf diese Art würde er nicht zu Samen kommen! Mischka aber brauchte Samen, um den Boden zu bestellen, um die Wirtschaft zu retten . . .

Er verdang sich als Arbeiter in den Gärten eines reichen Sarten, traf dann Bauern aus Busuluk und ging mit ihnen zusammen in die Steppe zur Arbeit. Er drosch Weizen, schnitt Schilf, verdiente zwei Säcke Brot, im ganzen über drei Zentner, gab einen Teil davon für die Rückreise her, aß vom eigenen Brot unterwegs, da er nicht mehr um Almosen betteln wollte, und kam mit anderen Bauern zusammen in die Heimat zurück.

Niemand aus Lopatino war auf der Station zu sehen.

Als zwei Wagen aus einem Nachbardorf an die Säcke heranfuhren und die Bauern ihr Brot aufluden, sagte Mischka zu den Fuhrleuten:

„Ladet auch meine Säcke auf! Ich bezahl es Euch!"

„Wird zu schwer werden", weigerten sich die Fuhrleute.

Mischka erwiderte:

„Ist doch nicht viel. Nicht mehr als zwei Zentner. Fahrt nur langsam! Wir haben keine Eile. Ihr fahrt doch an unserem Dorfe vorbei . . ."

Die Pferde zogen an, ihre knochigen Rücken krümmten sich vor Anstrengung, das traute Räderknirschen erklang, der aus Lindenbast geflochtene Wagen ächzte, und die mit schwerem, gelbem Saatkorn gefüllten Säcke zogen auf dem schmalen Fußweg langsam dahin, in die durchsichtige Stille der leeren Felder hinein.

Mischka schritt neben den Bauern hinter dem Wagen her, blickte gierig auf die kleinen Hügel, Täler, auf die Kaninchenlöcher, dachte an seine Mutter:

„Lebt sie oder ist sie tot?"

Seine aufgeregten Augen streiften über die toten, nackten Felder. Er hob von der unbestellten Erde ein kleines, hartes Stückchen, hielt es in der Hand, seufzte:

„Was kostet wohl bei uns ein Pferd, wenn man es kaufen will?"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250401-10/fragment/page=0007

Die „gerechte" Steuerverteilung in der Republik

Hand- und Kopfarbeiter, beherzigt die aufreizenden Lehren folgender Zahlenreihen:

1. Verhältnis zwischen Besitz und Nichtbesitz bei den sogenannten Besitzsteuern

	1. Bei der Einkommensteuer: Jahr 1924/25	Prozent	April 1925	Prozent	Voranschlag 1925/26	Prozent
Gesamtaufkommen	2 210,6 =	100,0	235,9 =	100,0	1 900,0 =	100,0
Davon ist:						
1. Lohnsteuer	1 329,1 =	60,1	126,1 =	53,5	1 300,0 =	68,4
2. Veranl. Eink.-Steuer	862,4 =	39,0	99,0 =	40,6	550,0 =	29,0
3. Kapitalsteuerabzug	19,1 =	0,9	13,9 =	5,9	50,0 =	2,6
Besitzanteil 2 u. 3 zus.:	881,5 =	39,9	109,8 =	46,0	600,0 =	31,6

	2. Bei der Einkommen- und Körperschaftssteuer	Prozent		Prozent		Prozent
Gesamtaufkommen	2 524,4 =	100,0	258,9 =	100,0	21 200,0 =	100,0
Davon ist:						
1. Lohnsteuer	1 329,1 =	52,6	126,1 =	48,9	1 300,0 =	59,1
2. Veranl. Eink.-Steuer	862,4 =	34,2	95,9 =	37,0	550,0 =	25,0
3. Kapitalsteuerabzug	19,1 =	0,8	13,9 =	5,4	50,0 =	2,2
4. Körperschaftssteuer	313,8 =	12,4	23,0 =	8,8	300,0 =	13,7
Besitzanteil 2 bis 4 zus.:	1 195,3 =	47,4	123,8 =	51,2	900,0 =	40,9

	3. Bei sämtlichen wirklichen Besitzsteuern (Einkommen-, Körperschafts-, Vermögens- und Erbschaftssteuer)	Prozent		Prozent		Prozent
Gesamtaufkommen	3 049,4 =	100,0	282,2 =	100,0	2 736,0 =	100,0
Davon ist:						
1. Lohnsteuer	1 329,1 =	43,6	126,1 =	44,7	1 300,0 =	47,5
2. Veranl. Eink.-Steuer	862,4 =	28,3	95,9 =	34,0	550,0 =	20,1
3. Kapitalsteuerabzug	19,1 =	0,6	13,9 =	4,9	50,0 =	1,8
4. Körperschaftssteuer	313,8 =	10,3	23,0 =	8,2	300,0 =	11,0
5. Vermögenssteuer	499,0 =	16,4	20,0 =	7,1	500,0 =	18,3
6. Erbschaftssteuer	28,0 =	0,8	3,3 =	1,1	36,0 =	1,0
Besitzanteile 2 u. 6 zus.:	1 720,3 =	56,4	156,1 =	55,3	1 436,0 =	52,5

Die erste Uebersicht, wo die Einkommensteuer der Lohnsteuerpflichtigen der Einkommensteuer der veranlagten Steuerpflichtigen und dem Steuerabzug vom Kapitalertrag unmittelbar gegenübergestellt ist, zeigt daß selbst ohne Berücksichtigung der seßtsehenden Tatsache, daß sowohl von der veranlagten Einkommensteuer wie vom Kapitalsteuerabzug ganz erhebliche Teile auf Nichtbesitzende und kleine Leute entfallen, die Lohnsteuer immer noch reichlich drei Fünftel des Gesamtaufkommens an Einkommensteuer hat erbringen müssen.

Die zweite Uebersicht, wo die Körperschaftssteuer, die auf die Einkommensteuer der juristischen Personen (Aktiengesellschaften, G. m. b. H. usw.) gelten kann, dem Besitz ebenfalls restlos zugute gerechnet ist, läßt erkennen, daß selbst unter dieser Voraussetzung die Lohnsteuer immer noch elf Zwanzigtel des Gesamtaufkommens aus den angeführten Steuern ausmacht.

Die dritte Uebersicht endlich stellt die für das Kapital überhaupt günstigste Aufrechnung dar. In ihr sind der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftssteuer noch sämtliche weiteren Steuern zugerechnet, die man mit einigem Recht als Besitzsteuern ansprechen kann. Aber selbst dessen ungeachtet beläuft sich der Anteil der Lohnsteuer am Gesamtaufkommen der angeführten sechs sogenannten Besitzsteuern immer noch auf gut 45 v. H.

Aus dieser Uebersicht wird der schamlose Steuerbetrug am deutschen Hand- und Kopfproletariat am krassesten offenbar. Sie enthüllt einen selbst in der kapitalistischen Welt wohl einzig dastehenden Steuerskandal, der um so aufreizender ist, als die deutsche Arbeiterschaft in der Entlohnung weit hinter den Arbeitern der anderen großen Industrieländer, wie der Vereinigten Staaten von Amerika, England und Frankreich zurückbleibt und in diesen Ländern das Arbeitseinkommen eine starke steuerliche Schonung erfährt.

Diese Feststellungen zwingen die deutschen Lohn- und Gehaltsempfänger geradezu zum schärfsten Kampf gegen ihre Lohnsteuerschmach. Es ist wahrlich höchste Zeit, daß die deutsche Arbeiterklasse damit energisch Schluß macht. Sie vermag es, sofern sie nur ernstlich will. Sie braucht nur in einheitlicher und geschlossener Front zum Angriff gegen die kapitalistischen Steuerausplünderer vorzugehen.

Hand- und Kopfarbeiter, mobilisiert diese Einheitsfront! Zwingt die sozialdemokratischen Verherrlicher des Lohnsteuerausnahmegesetzes nieder! Organisiert den Kampf gegen die wucherischen Massensteuern, die Euch das Stück Brot vom Munde wegnehmen! In allen Werkstätten und Betrieben, auf allen Werkplätzen muß jetzt die Losung sein:

Nieder mit der Lohnsteuerschmach und der Massenausplünderung!

Auf zum Kampf für eine scharfe Steuerbelastung der kapitalistischen Fronvögte!

Her mit der unentgeltlichen Geburtshilfe!

Die unentgeltliche Geburtshilfe ist eine alte Forderung der proletarischen Frauenmassen. Die elende wirtschaftliche Lage des Proletariats, die ungenügende Unterstützung durch die Wochenhilfe macht diese Forderung immer dringender. Dazu kommt, daß die mangelnde Versorgung mit Hebammen dazu führt, daß besonders auf dem Lande eine große Anzahl von Frauen in ihrer schwachen Stunde **ohne den Beistand einer Hebamme** sind. Die bisherige Regelung in den Ländern hat die Mißstände nicht beseitigt. Besonders das neue **Preußische Hebammengesetz**, das gegen die Stimmen der Kommunisten zustande gekommen ist, hat **die Zustände noch verschlechtert.**

Die Hebammenorganisationen **fordern deshalb mit Recht die Aufhebung des Gesetzes.**

Die Zunahme der **Todesfälle an Kindbettfieber**, die das Reichsgesundheitsamt meldet, zeigt die großen Gefahren für die Mütter und erfordert eine **durchgreifende reichsgesetzliche Regelung.**

Die **Kommunistische Reichstagsfraktion** hat deshalb folgenden Antrag eingebracht:

Antrag

Arendsee, Eichhorn und Genossen

Der Reichstag wolle beschließen:

Die Reichsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf zur Durchführung der unentgeltlichen Geburtshilfe nach folgenden Gesichtspunkten vorzulegen:

1. **Die Gemeinden oder Gemeindeverbände sind verpflichtet, eine planmäßige Geburtshilfe für die gesamte Bevölkerung zu organisieren.**
2. **Entsprechend der Bevölkerungszahl, Bevölkerungsdichte und unter Berücksichtigung der Entfernungen, Wege und Verkehrsverhältnisse sind die nötige Zahl von Entbindungsanstalten oder -stationen zu errichten. Diese haben gleichzeitig als Geburtshilfezentralen zu wirken. Bereits bestehende private Anstalten dieser Art werden von den Gemeinden oder Gemeindeverbänden übernommen.**
3. **Aufgaben der Geburtshilfezentralen sind:**
   a) **Fachmännische Beratung und Behandlung der Schwangeren durch Aerzte und Hebammen vor, während und nach der Geburt.**
   b) **Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge.**
   c) **Aufnahme aller Schwangeren, die es wünschen oder wo die Zustände es erfordern, zur Entbindung.**
   d) **Vermittlung von Hebammen und Aerzten bei Hausgeburten; in solchen Fällen, wo Unterbringung in eine Entbindungsanstalt oder -station zwar dringend geboten aber nicht möglich ist, sind bei Hausgeburten neben Hebammen- und Arztbilfe auch notwendige Dienstlien und Wäsche zu liefern, sowie wenn nötig, Hauspflegerinnen zu stellen.**
   e) **Fürsorge für Kinder der Wöchnerinnen durch Ueberweisung an das Jugendamt.**
   f) **Ausbildung und Fortbildung der Hebammen.**
4. **Sämtliche Angestellte der Geburtshilfezentrale, wie Aerzte, Hebammen, Pflegerinnen werden unter Sicherung der achtstündigen Arbeitszeit auf Dienstvertrag angestellt. Die Dienstverträge müssen im Einvernehmen mit den Berufsorganisationen abgeschlossen werden.**
5. **Die Kosten für die Durchführung des Gesetzes übernimmt das Reich.**

Berlin, den 15. Juni 1925.

Beamtenfragen im Hauptausschuß des Reichstags

In der Donnerstag-Sitzung des Hauptausschusses wurden Beamtenfragen behandelt. Die schon hundertmal gestellten Forderungen auf Gehaltsaufbesserung für die unteren Beamtengruppen, auf Einstellung des Personalabbaus, vierteljährliche Gehaltszahlung, gerechte Schlüsselung, die den unteren Beamten gleiches Recht gibt wie den oberen Beamten, die für sich längst eine günstige Schlüsselung durchgesetzt haben — alle diese Forderungen wurden im Hauptausschuß erneut vom kommunistischen Redner, von den Sozialdemokraten und vom demokratischen Redner erhoben. Die Regierung drückte sich wie üblich mit Vertröstungen, nur in einer Frage kam eine bestimmte, glatte Absage: **es gibt keine Gehaltsaufbesserung.** Geld für die hungernden unteren Beamten ist nicht vorhanden. Außerdem fühlt sich die Regierung auch in diesem Falle als treuer Geschäftsführer der Kapitalisten, d. h. sie hält mit Absicht die Gehälter der unteren Beamten nieder, **damit die Unternehmer in ihrer Lohndrückerei nicht behindert werden.**

Im Namen der deutschnationalen Fraktion erklärte einer ihrer Abgeordneten, daß die Deutschnationalen **gegen jede Gehaltserhöhung** an die unteren Beamten seien. Die Erklärung wurde für den ganzen Regierungsblock abgegeben. **Damit ist der Schwindel der Regierungsparteien entlarvt, die vor den Wahlen mit tausend Versprechungen die Stimmen der Beamten für sich eingefangen haben.**

Die Debatte im Reichstag über das Gesundheitswesen

Rede der Genossin Arendsee

Bei der Debatte über das Gesundheitswesen hielt die Genossin Arendsee am Sonnabend im Reichstag ein längere Rede, aus der wir den nachstehenden Auszug bringen. Genossin Arendsee führte aus:

Es ist ein Widersinn zu glauben, daß bei diesen Beratungen irgend etwas herauskommt, das eine wirkliche Verbesserung der Gesundheit der werktätigen Massen bringt. Die Etatberatungen haben gezeigt, daß die Interessen des Kapitalismus gerade die Wahrung der Volksgesundheit ausschließen. Die Summe, die für diesen Zweck in dem Etat eingesetzt ist, beweist das am besten.

Eineinhalb Millionen Mark sind es.

Nun wird darauf hingewiesen wird, daß die Gesundheitsfragen besonders in den Händen der Länder liegen, so zeigen die Beträge, die von den Ländern für das Gesundheitswesen eingesetzt sind, wie auch dort diese Fragen aufgefaßt werden.

Bayern hat eine halbe Million eingesetzt, Preußen ganze dreiviertel Millionen, ebensoviel, wie man für die Unterstützung von Pferderennen ausgibt. Danach sind 200 000 Mark für Tuberkulosebekämpfung, 50 000 Mark für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und 300 000 Mark zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit vorgesehen.

Diese nackten Zahlen zeigen am besten, wie Sie die Gesundheitsaufgaben einschätzen. Darum werden auch derartige heuchlerische Schönredereien losgelassen.

Eine Organisation zur wirklichen Förderung der Volksgesundheit existiert nicht. Das Reichsinnenministerium hat keine zentrale Gesundheitsbehörde. Die Hauptaufgaben liegen heute vielmehr **beim Reichsarbeitsministerium**, und hier wird die soziale Versicherung immer mehr zum Träger der gesundheitlichen Aufgaben gemacht.

Also auch zur Behebung der gesundheitlichen Schäden muß die Arbeiterschaft durch die sozialen Versicherungsabzüge die Kosten tragen.

Das hat der Vertreter des Arbeitsministeriums im Ausschuß zugegeben als er erklärte: wenn Sie zu hohe soziale Forderungen stellen, dann erschweren Sie damit die Lohnkämpfe; **denn soziale Ausgaben sind ein Teil des Lohnes.** Und die Bestrebungen dieser Regierung gehen auch darauf hinaus, immer mehr Lasten auf die Sozialversicherung und damit auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Es ist heute schon so, daß die **Sozialversicherung für den Wohnungsbau mehr tut, als irgendeine andere Seite. Die Invalidenversicherung, die Angestelltenversicherung stellen große Summen für den Wohnungsbau zur Verfügung.** Ja, Gelder der Angestelltenversicherung werden sogar zu Krediten an die Landwirtschaft benutzt. Die Bekämpfung der Tuberkulose wird **fast ausschließlich** von der sozialen Versicherung bestritten. Durch das neue Gesetz über die Wochenhilfe sollen auch die Wochengelder auf die Sozialversicherung abgewälzt werden.

Das Wochengeld soll beschränkt, das Stillgeld als laufende Zahlung beseitigt und außerdem sollen die 20 Millionen Mark, die im Etat für die Wochenhilfe vorgesehen sind, gestrichen werden.

Wenn sich hier insbesondere die Rechte als Beschützer der Volksgesundheit aufgespielt hat, so wollen wir diese Herren fragen: Was planen sie, die nicht genug von der Hungerblockade Englands reden können?

Sie wollen durch die Einführung der Lebensmittelzölle eine Hungerblockade durchführen, die ganz verheerend wirken muß!

Schon jetzt ist durch die tägliche Preissteigerung von Fleisch, Obst und Gemüse die Ernährung der Kinder ungeheuer bedroht. Aber die Bourgeoisie will nicht nur neue Wucherzölle und erhöhte Verbrauchssteuern, **sondern dazu sollen noch die Löhne abgebaut werden.** Das furchtbare Elend, in dem die werktätigen Massen leben, hat dazu geführt, wie die Heimarbeiterausstellung in Berlin zeigte, daß die **Kinder- und Frauenarbeit einen furchtbaren Umfang angenommen hat.** Dazu kommen die elenden Wohnverhältnisse. Die Agrarier und die Industriekapitäne aber wollen durch weitere Herabsetzung der Löhne noch mehr Frauen und Kinder in die Erwerbsarbeit zwingen.

Genossin Arendsee bringt dann ein umfangreiches Material über die **Erwerbstätigkeit der Schulkinder**, über das **Umsichgreifen der Tuberkulose unter den Kindern** und über ihre Unterernährung zum Vortrag. Sie erwähnte u. a., Dr. Schwert hat darüber **aus Berlin** folgende Angaben gemacht:

33,6 Prozent der Tuberkulosekranken haben kein eigenes Bett, 73,4 Prozent haben kein eigenes Schlafzimmer. Im Geschäftsbericht der Krankenkasse in Hamburg heißt es, daß von den Tuberkulosekranken 21,8 Prozent mit anderen Personen in einem Zimmer schliefen, 15 Prozent mußten mit anderen ihr Bett teilen. Von Lungenleidenden mußten 33 Prozent, von Geschlechtsleidenden 39,4 Prozent, von Grippekranken 33,9 Prozent mit anderen das Bett teilen. So sehen die Verhältnisse tatsächlich aus!

Deshalb ist es auch ganz erklärlich, daß die Zahl der geschlechtskranken Kinder, diesen unschuldigen Wesen, ins ungeheuerliche wächst. Ein Fall: eine Familie, Vater arbeitslos, fünf Kinder, Familie bewohnt eine Stube, Mutter hat sich vor zwei Jahren angesteckt, vier Kinder, die in einem Bett schlafen, sind infiziert. Und was tut das Reichsgesundheitsamt? Es gibt ein Merkblatt heraus, in dem es so schön heißt: Jeder Mensch, auch der schlechteste und ärmste, kann wesentlich dazu beitragen, sich vor Erkrankung zu schützen, wenn er sich der Gefahr bewußt ist und sein Verhalten danach einrichtet . . . Sobald es durchführbar ist, soll ein solcher Kranker wenigstens ein eigenes Schlafzimmer haben. In keinem Falle darf er sein Bett oder seine sonstige Lagerstelle mit anderen Personen oder gar mit Kindern teilen. Wir fragen: Hat das Reichsgesundheitsamt irgend etwas getan, um Bereitstellung von Mitteln für den Wohnungsbau durchzusetzen? 110 Millionen hat man für die Schupo in Preußen und 106 Millionen für die Reichswehr übrig. Aber für den Wohnungsbau und die Seuchenbekämpfung ist nichts da.

Angesichts dieser traurigen Verhältnisse tragen Sie (nach rechts) durch die Herabsetzung der Löhne bewußt zur Vergrößerung des Elendes bei. Sie wollen durch den Hunger die Arbeiterschaft zwingen, für Bettelpfennige zwölf Stunden zu schuften. Diesem Zweck dienen auch die Massenentlassungen, wie wir das jetzt wieder bei den Holzarbeitern sehen. In einer Zeit, wo die Besitzenden in Kurorte fahren, wirft man die Arbeiter in Massen auf die Straße.

Das sind die Ferien für die Werktätigen.

Schauen wir nach Rußland! Da gehören die Kurorte den Werktätigen, da sind die Kurorte dazu da, daß die, die das ganze Jahr hindurch schwer arbeiten müssen, im Sommer ihre Erholung finden. Das bestätigt der Oberregierungsrat **Dr. Roesle** in seinen Artikeln in der Zeitschrift „Das neue Rußland" und **in der Berliner Aerztekorrespondenz.** Bei der Verlesung aus diesen Artikeln ruft die Sozialdemokratin **Pfüß:** Wir wollen über die deutschen Verhältnisse reden. Genossin Arendsee antwortet ihr, daß sie dieses schon zur Genüge getan habe, daß aber dieser Zuruf beweise, daß es den Antibolschewisten aus der Sozialdemokratie unangenehm sei, eine ernste wissenschaftliche Stimme über die wirklichen Zustände in Rußland zu hören. Ueber die Verhältnisse in Rußland aber reden wir hier, **um den deutschen Proletariern zu zeigen, daß sie sich die Macht erobern müssen, um auch solche Ergebnisse wie in Rußland zu erzielen.**

Genossin Arendsee bringt dann noch weiteres eingehendes Material, insbesondere über die Tuberkulose.

Schon jetzt wird die Zahl der Tuberkulosekranken auf eine bis eineinhalb Millionen geschätzt.

Insbesondere nimmt ihre Verbreitung unter den Kindern immer mehr zu. Wenn ein Antrag angenommen worden ist, der die Regierung auffordert, ein Reichsgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose einzubringen, so erwarten wir davon nach den Erfahrungen mit Preußen und Mecklenburg nicht viel. Um hier endlich Wandel zu schaffen, haben wir Kommunisten hierzu Anträge eingebracht, worin die **Tuberkulosebekämpfung insbesondere zur Staatsaufgabe gemacht wird.** Die Organisationen, denen man sie heute überläßt, haben keine Mittel und keine Autorität. Weiter fordern wir eine **wirkliche Inangriffnahme von Wohnungsfürsorge sowie Schaffung von Krankenhäusern und Heimen für die Tuberkulosen.** So fehlen heute 60 000 Betten für Tuberkulosekranke und Krankenhäuser. Dasselbe trifft für die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu. Bis heute hat die Regierung noch keine Antwort auf unsere Frage gegeben, wie sie die immer wachsende Steigerung des Kindbettfiebers beseitigen will. Sie selbst gibt zu, daß es auf die Zunahme der Aborte zurückzuführen ist.

Für die Regierung gibt es nur die §§ 218/19. Trotzdem jährlich 15 000 Frauen durch Abtreibung sterben und Hunderttausende zu Krüppeln werden.

In einer Eingabe des Textilarbeiterverbandes wird festgestellt, daß **90 000 schwangere Frauen im Erwerbsleben in furchtbar schwerer Arbeit stehen.** Ich frage die nationalen Herren, die sich vorhin so sittlich entrüsteten, wo bleibt da die **Ehrfurcht vor der Mutterschaft?** Und wenn der deutschnationale Dr. Heedenkamp sagte: Mütter, stillt Eure Kinder selbst, so ist das eine Verhöhnung der Frauen des arbeitenden Volkes, die wir uns hier im Namen der Arbeiterschaft aus dem Munde eines deutschnationalen Abgeordneten verbitten. Die Mörder der Kinder und Mütter hähnen hier ihre Opfer. In diesem Zusammenhang fordern wir gemäß unserem Antrage **eine unentgeltliche Geburtenhilfe.**

Indem wir das Proletariat aufrufen, mit aller Kraft den Kampf gegen das Elend aufzunehmen, führen wir gleichzeitig den entschiedensten **Kampf gegen den Alkohol.** Wir fordern, daß der Verbrauch von Lebensmitteln zu alkoholischen Getränken verboten wird. Die Arbeiterschaft muß sich vom Alkohol losmachen, um sich nicht über das Elend des täglichen Lebens durch betäubende Getränke hinwegzutäuschen.

Zur Rückkehr Amundsens

(TU.) **Amsterdam**, 21. Juni. Nach einem Sonderberichterstatter erzählte Amundsen nach seiner Ankunft in Kingsbay, die um 1 Uhr vormittags erfolgte: Am 15. Juni machten wir, ohne den Versuch gemacht zu haben, die Fahrtfläche zu erweitern, mit sehr verminderter Last Fahrversuche. Fast die gesamte Ausrüstung wurde abgeworfen. Nur einige wenige Vorräte und ein Mindestquantum von Brennstoff wurde behalten, um den Rückweg zu ermöglichen. Nach einem aufregenden Flug, teilweise durch Nebel, erreichten wir das Nordkap nach einem Flug noch 8 Stunden 35 Minuten. Dort landeten wir, erwarteten günstigen Wind zur Fortsetzung des Fluges mit den restlichen 120 Litern Benzin um nach einem Punkt innerhalb des von Hobby beobachteten Gebietes zu gelangen. Infolge Nebels schätzten wir das auf der Rückfahrt beobachtete Gelände nur auf 60 000 Quadratkilometer. Sofort nach der Landung passierte der norwegische Robbenfänger Sjoelio aus Harresfjord in westlicher Richtung. Wir begaben uns sofort dorthin und wurden an Bord fröhlich empfangen. Unsere Flugzeuge wurden in Schlepptau genommen. Gegen Abend, nachdem der Wind an Stärke zunahm, waren wir genötigt, Schutz an Land zu suchen und zwar auf der westlichen Seite der Lady Franklins Bay, wo wir während der Nacht blieben. Nachdem sich das Wetter am 16. Juni gebessert hatte, wurden die Flugzeuge auf dem Lande, etwas über der Bucht, gesichert und die Mitglieder der Expedition fuhren nach Kingsbay, um Benzin zu holen. Kein anderes Flugzeug hätte die Beanspruchung überdauert. Seine besondere Konstruktion, unähnlich jeder anderen, machte es unseren Zwecken brauchbar. Die Rolls-Royssmaschinen erwarben sich in den ersten Stunden schon unser Vertrauen. Wir haben uns ihretwegen auch während des ganzen Fluges ohne die Möglichkeit zu landen, keinerlei Sorgen gemacht. Bei der Ankunft Amundsens in Kingsbay spielte sich eine dramatische Szene ab. Eine große Menge hatte sich auf dem Kay versammelt, um die Abfahrt der Haimdal zu beobachten, als plötzlich durch den Nebel der norwegische Robbenfänger langsam in den Hafen einfuhr. An Deck wurden viele Menschen beobachtet. Plötzlich rief jemand an Bord der „Hobby": „Da ist Amundsen!" Der Forscher wurde mit lautem „Hurra" an Bord begrüßt. Amundsen erzählte, daß die Besatzung der beiden Flugzeuge lange voneinander getrennt waren. Während dieser Zeit hat Ellesworth Dietrichsen und Omdal vom Tode des Ertrinkens gerettet, während Amundsen und sein Begleiter, die auf der anderen Seite der Straße im Eise waren, zwar Hilferufe hörten, doch nicht mit dem Faltboot hinüber gelangen konnten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250401-10/fragment/page=0008

Aus den Betrieben

Leuna-Arbeiter wollen die rote Front

(Von unserem Betriebsberichterstatter)

Im Leunawerk werden die Proleten von den Spitzeln bis auf den Abort verfolgt. Die sogenannten „Blauen Pförtner" kommen herein, um zu kontrollieren, und wenn irgend möglich, einen Arbeiter, der sich gegen die Zuchthausordnung vergeht, aufs Straßenpflaster zu schmeißen. Die Türen werden aufgerissen, geschnüffelt und gebrüllt. Es könnte vielleicht jemand rauchen oder die Werkszeitung, den „Leuna-Proleten" lesen. Bei einer Tür bleibt er stehen. Da sitzt ein Kollege mit verschränkten Armen und geballten Fäusten. Im Militärton schnauzt er den Kollegen an: „Machen Sie Ihre Hände auf!" Er wollte sehen, was drin ist. Der Kollege gab ihm eine quittierende Antwort, aber es half alles nichts, er befahls nochmal, schließlich kam der Kollege der Aufforderung nach und machte die Hand auf. Mit rotem Kopfe mußte der Blaue abziehen, er hatte nichts erreichen können. So geht es Tag für Tag in diesem Zuchthaus, man erlebt immer etwas anderes.

Nun, Leuna-Arbeiter, wollen wir uns das noch länger gefallen lassen? Oder wollen wir mal diese „Blauen Portiers" unsere Fäuste zu spüren geben?

Leuna-Arbeiter, Kollegen, schließt Euch zusammen!
Hinein in die freien Gewerkschaften!
Hinein in die Kommunistische Partei!
Hinein in den „Roten Frontkämpfer-Bund!

Gebt die richtige Antwort zur kommenden Betriebsrätewahl, wählt rote Betriebsräte, die Liste der Opposition. Laßt Euch nicht irreführen und handelt, denn so können wir nur zum Siege gelangen.

Am 2. April gehört jede Stimme der Vorschlagsliste 1 der Liste der freien Gewerkschaften (Opposition) beginnend mit dem Namen

Hermann Bittner

Die Leuna-Protzen freuen sich schon auf ihre April-Gratifikation!

Noch wenige Tage und das erste Vierteljahr von 1925 geht zur Neige und der von den oberen Zehntausend schon längst ersehnte Tag naht, wo dieser Kategorie aus dem Riesenreingewinn wieder die **vierteljährlichen Gratifikationsgelder in den Rachen geworfen werden.** Schon mehrere Tage bearbeitet der „dicke Krause" von der Personalabteilung mit seinem „Geheimkanzlist" Schmid-Dankward die Akten, **um die Summen festzusetzen, welche jeder einzelne erhält.** Die üblichen Begleitschreiben, welche vom Ammoniakkönig Oster und Krause unterzeichnet sind, liegen auch bereit. Die Hauptkasse überliefert der Personalabteilung den enormen Betrag, der dann einkuvertiert wird.

Mit tausend Mark wird von unten herauf begonnen, und für die Herren, wie: Dehnel, Oster, Schneider, auch der „allerliebste" Boller, verschwindet der fünf- bis zehnfache Betrag im grünblauen Kuvert. Von all diesem Treiben hat natürlich der weitaus größte Teil der Lohnsklaven keine Ahnung. Die Wanderung nach Bau 24 zum Abholen der Briefe beginnt, und einer gibt dem anderen die Türklinke in die Pfoten. Nun kommt aber außerdem extra noch das Märzgehalt hinzu, das selbst bei dem jüngsten Akademiker an 500 Mark beträgt. **Diese Gesellschaft ist dann in der Lage, fröhliche Ostern zu feiern.** Zu diesen Auserlesenen kommen außerdem noch verschiedene Günstlinge, voran der bereits bekannte **Ammoniakspediteur und Bibelforscher Heinrich Reuß, Bauführer Christian Walther und Bauführer Gottfried Schmit, ein sehr vertrauter Freund und Spitzel des Oster.** Letzterer wird es nicht versäumen, seiner angebeteten L. R. aus der Fabrikwäscherei auch einen Osterhasen zu bescheren. Daß es aber ja nicht die Alte erfährt! Gottfried.

Mögen nun die Arbeiter und unteren Angestellten mit ihrer „wandelbaren Gehaltszulage" bei der am 2. April stattfindenden Betriebs- und Angestelltenratswahl von ihrem Wahlrecht energisch Gebrauch machen und Männer wählen, die durchgreifen. **Kann man von solch Riesenreingewinnen nicht auch der übrigen Belegschaft eine Extrazulage zukommen lassen?** Aber die Leuna-Protzen gönnen niemanden als sich, **selber fressen macht fett.** Arbeiter und Angestellte! Was nützen Euch Elemente, wie Daniel, Mödersheim und Konsorten als Eure Vertreter? Verschwinden sollen sie. Mödersheim im Angestelltenrat für die Meister ist außerdem jetzt Ortsvorsteher vom Dorf und der Kolonie Neu-Rössen, was ihm extra 800 Mark pro Jahr einbringt durch den Zweckverband; was liegt dem an Euch in Euren Explosionsbuden. Ja, er versteht es ausgezeichnet, jedem den Brei ums Maul zu schmieren, aber so, daß er nach oben nicht aneckt. Man hat durch Rundschreiben aufgefordert, Beiträge für die Hinterbliebenen der bei dem letzten Explosionsunglück in Reinsdorf Verunglückten zu zeichnen, welche vom Lohn- bzw. Gehalt abgezogen werden sollen. Warum dies Betteln, möge doch jeder der Gratifikationsverschlucker sich 50 Mk. abziehen lassen, das gibt dann eine namhafte Summe, aber das wollen die Brüder nicht, dafür leisten sie sich lieber zwei Flaschen Sekt. Das ist ein Armutszeugnis der Leuna-Könige.

Am 2. April muß die Quittung gegeben werden durch Abgabe der freigewerkschaftlichen Liste 1 (Opposition).

Linke-Hofmann-Lauchhammer A.-G. Abteilung Gröditz

(Von unserem Betriebsberichterstatter)

Es ist wohl kaum ein Jahr her, wo die hiesige Belegschaft, zirka 1800 Mann, vor einer großen Enttäuschung stand, als der Achtstundentag geraubt wurde. Wir erinnern an die große Betriebsversammlung in Richters Garten, wo der Bezirksleiter Liebe aus Dresden vom Deutschen Metallarbeiterverband der kampfmutig dastehenden Masse zurief: „Auf dem Posten sein, Kollegen! Es geht ums Wohl Eurer Interessen, und der entscheidende Wurf um die Arbeitszeit wird gewagt, aber nur mit dem Bezirk Rheinland-Westfalen." Ja, was war der große Wurf? Die Arbeiter wurden verkauft, das war das Resultat. So ward denn die erste Zeit so geschluckt, aber die Früchte dieser Schändlichkeit war die Flucht aus dem Metallarbeiterverband. Da sehr viele Kollegen doch noch hofften, die achtstündige Arbeitszeit wieder zu bekommen, gingen sie wieder zur Organisation zurück; andere Kollegen wurden durch Hausagitation der Organisation wieder zugeführt. Was nun? Es näherte sich der 28. Februar 1925, wo die zehnstündige Arbeitszeit ablief. Noch nie war eine so kämpfende Stimmung im Betrieb, wie jetzt. Ein jeder war bereit, seinen Mann zu stehen. Alles wartete auf das Losschlagen der Gewerkschaften, aber auch diesmal sind wir dem schändlichsten Verrat zum Opfer gefallen.

In einer Betriebsversammlung, die am 27. März stattfand, wurde der Schiedsspruch für die Hüttenindustrie, zu der auch Werk Gröditz gehört, bekanntgegeben. Verzerrte Gesichter, schüttelnde Köpfe, als das Wort fiel: Der Tarif ist bis 31. August verlängert. Die Wirkung war, als hätte alle der Blitz getroffen, aber es änderte an der Tatsache nichts. Das Schändlichste aber dabei war nämlich das falsche Kartenspiel des Hauptvorstandes des DMV. Bekanntlich fand die internationale Hüttenkonferenz in Köln statt, wo auch von hier ein Kollege delegiert war. Auch dieser Kollege sah sich veranlaßt, Dißmann das Mißtrauen auszusprechen für sein Treiben.

In unserem Betriebe **begann ein Sturmlaufen gegen den Hauptvorstand des DMV. Herunter mit ihm, waren Rufe von vielen Bravos begleitet.** Die hiesige Ortsverwaltung wird eine anständige Rüge an diesen Helden geben, aber wir sind gewiß, daß er sich wegen eines Briefes nicht aufregt, sondern ihn schließlich nur als Ar—wisch benutzt.

Die Belegschaft fordert Rechenschaft von solchen Helden. Die Zeit kommt, wo Abrechnung erfolgt mit allen diesen Typen der Gewerkschaftsbureaukraten. Jetzt heißt es, die Front der KPD. zu stärken, um das Treiben solcher Führer unmöglich zu machen. Unser Betrieb, der eine Hochburg der SPD. war, muß zu einer Festung der KPD. umgestaltet werden. Deshalb: Heran an die Arbeit!

Arbeiter- und Betriebskorrespondenten

Die rege Mitarbeit der Arbeiter in den Betrieben ermöglichte uns, täglich Berichte über Vorgänge aus den Betrieben zu veröffentlichen. Mancherlei Mißstände konnten wir an den Pranger stellen und so manchen Kapitalsknecht entlarven.

Wollen wir unseren täglich erscheinenden Betriebsteil wirklich aktiv gestalten, soll eine wirkliche, innige Verbindung zwischen der Zeitung und der Arbeiterschaft hergestellt werden, dann müssen wir auch Berichte über die in den Betrieben stattgefundenen Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten oder Parteilosen, zwischen gewerkschaftlich organisierten und unorganisierten Arbeitern erhalten. Solche Diskussionen ergeben sich über Lohn- und Arbeitszeitfragen, über gewerkschaftliche und politische Fragen oder über die Stellungnahme zur Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei. Berichtet auch über die Erfolge Eurer Agitation und Propaganda. **Berichtet, wieviel Arbeiter als Abonnenten des „Klassenkampfes" gewonnen wurden, berichtet, wieviel Kollegen der Partei und der Gewerkschaft zugeführt** wurden.

Ganz selbstverständlich darf die Berichterstattung über die Vorgänge in den Betrieben, soweit das Antreibesystem und die Ausbeutung der Arbeiter in Frage kommt, nicht vernachlässigt werden.

Die Leiter der Betriebszellen müssen uns selbstverständlich gleichfalls regelmäßig je ein Exemplar der Zellenzeitung übersenden.

Vom Abraumbetrieb Hermine Henriette I.

Ein kapitalistischer Musterbetrieb ist der Abraumbetrieb Hermine Henriette I. Dort herrscht der allgewaltige, sehr gut genährte Herr Hoffmann. Vom Arbeiten ist er gewiß nicht so dick geworden, denn sonst könnten wir Kumpels alle vor Fett nicht mehr arbeiten. Dieser wohlgenährte Mann geht durch den Betrieb, die Hände phlegmatisch in die Taschen der Windjacke versenkt. Ist Sturm im Verzuge, dann gebrauchen die Kumpels immer den Ausdruck: „Hindenburg hat Falten im Gesicht, heute ist was los." Diese verdächtigen Falten im Gesicht kommen zum Vorschein, wenn nicht alles nach dem Schnürchen des Herrn geht, und das ist sechs Tage in der Woche. So groß und wohlgenährt wie dieser Mann müßte auch seine Tapferkeit sein. Aber weit gefehlt. Um die Leute nach seinem Muster anzutreiben, hat er seine besonderen Wölfe. Diese sind die Schachtmeister. Der Schachtmeister Hinze hat besonderes Talent, nach dem Muster Hoffmanns zu verfahren. Drohungen, Schmähungen und Antreibereien sind an der Tagesordnung. Diesem Mann kommt es auch nicht darauf an, das, was er um 7 Uhr sagt, fünf Minuten nach 7 Uhr wieder abzuleugnen. Ein Beispiel sei hier ganz kurz angeführt. Als wir vor einigen Tagen an die Arbeitsstätte kamen, setzte kurz vor Schichtanfang ein heftiger Schneesturm ein, so daß es uns unmöglich war, zu arbeiten. Hinze kam zu uns in die Bude und sagte: „Na, wollt Ihr nicht arbeiten?" Worauf wir ihm erklärten, daß das bei dem Wetter unmöglich wäre. Da sagte dieser Herr Hinze selbst: **„Ich sehe ein, daß Ihr bei einem solchen Wetter nichts machen könnt, Ihr konntet schon längst nach Hause gehen."** Eine Stunde später sagte dieser Mensch zu dem Betriebsleiter, als das Wetter sich etwas aufgeklärt hatte und der Betriebsführer fragte, ob wir nun noch nicht arbeiten wollten: **„Ich habe die Leute aufgefordert, zu arbeiten, doch sie sind nicht aus der Bude herausgekommen."** Als die Kumpels ihn darob zur Rede stellten, meinte er: „Wenn Ihr nicht wollt, braucht Ihr's nur zu sagen, zehn andere warten darauf, arbeiten zu können." Ja, er besaß sogar die Frechheit, zu sagen: **„Zum Frühstück eßt Ihr etwas schnell, dann wird weiter gekippt, sonst bekommt Ihr nur acht Stunden bezahlt."** Die Kipper machten aber trotz der Drohungen ihre halbe Stunde Frühstück.

Kameraden, schließt Euch zu einer eisernen Roten Front zusammen! Hinein in die Gewerkschaften! Wählt Euch revolutionäre Betriebsräte, die die Mißstände in diesem kapitalistischen Musterbetriebe beseitigen! Stärkt ihnen, den revolutionären Betriebsräten, die Euer Vertrauen haben, das Rückgrat, damit sie Eure Interessen vertreten können!

Kameraden! Der Reichspräsident Ebert ist dahingegangen. Er war ein Handlanger der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, ein Verräter am revolutionären Proletariat. Die Reichspräsidentenwahl steht in Kürze bevor. **Nur die einzige Arbeiterpartei, die Kommunistische Partei, präsentiert den für uns in Frage kommenden Kandidaten, den Kandidaten der Roten Front, den Werftarbeiter Thälmann.** Wenn wir zur Wahl gehen, wählen wir ihn geschlossen.

An unsere Betriebsberichterstatter!

In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß einige Genossen Berichte einsandten, ohne ihren Namen und Adresse anzugeben. Solche Schreiben werden von uns nicht berücksichtigt, sondern gehen in den Papierkorb. Wir wollen ausdrücklichst betonen, daß die Namen der Einsender von uns nur mit der ausdrücklichen Genehmigung der Schreiber genannt werden. In der Regel bleibt es Redaktionsgeheimnis, daß von uns auf das allerstrengste beachtet wird.

Betriebsrätewahlen im Ruhrbergbau

Im Ruhrbergbau finden in diesen Tagen die **Betriebsrätewahlen** statt. Unionisten und Kommunisten haben zum Teil als sichtbaren Ausdruck ihres Willens zur Gewerkschaftseinheit ihre Listen unter dem Namen „Gewerkschaftseinheit" aufgestellt; zum Teil haben aber auch die Kommunisten die BAV.-Listen besetzt. Die letztere Tatsache besonders gibt die Erklärung zu einer am 28. März von der Telunion verbreiteten, absolut irreführenden Meldung, wonach bei den vorliegenden Resultaten von etwa 100 Zechen mit einem Stimmengewinn des BAV. von 25 Prozent und einem Stimmenverlust der Kommunisten und Unionisten von 50 Prozent zu rechnen sei. Es kann also von einem nennenswerten Rückgang der Kommunisten und Unionisten nicht gesprochen werden. Außerdem ist es natürlich heute noch verfrüht, über den Ausgang der Betriebsrätewahlen im Ruhrgebiet ein abschließendes Urteil zu fällen. Immerhin steht eines schon fest: auf den BAV.-Listen befinden sich viele Kommunisten und da, wo Unionisten und Kommunisten geschlossen gegen eine sozialdemokratische BAV.-Liste auftraten, ist in der Regel von keinem Rückgang, sondern viel häufiger von einer Zunahme der unionistischen und kommunistischen Stimmen zu sprechen. Wenn man hierzu die Resultate derjenigen Zechen und Schächte nimmt, in denen Kommunisten und Unionisten auf einer Liste „Gewerkschaftseinheit" kandidierten, so kann man immerhin sagen: **Schon heute ist im Ruhrbergbau die rote Front ungeheuer stark, wenn nicht die stärkste!** Die noch ausstehenden Ergebnisse werden ohne Zweifel diese Tatsache in weitestem Maße bestätigen.

Nachfolgend die ersten Wahlergebnisse. Die Vergleichszahlen des Jahres 1924 sind, soweit bekannt, in Klammern gesetzt.

Rotthausen, Zeche Dahlbusch 2/5. Liste Gewerkschaftseinheit 618 Stimmen, 5 Mandate (547 Stimmen), Christen 416 Stimmen, 4 Mandate (325), BAV. 196 Stimmen, 2 Mandate (105), FFF. 162 Stimmen, 1 Mandat (215).

Bottrop, Zeche Rheinbaben. Gew.-E. 1174 Stimmen, 7 Mandate, 1 Ersatzmann, Christlicher Gewerkverein 497 Stimmen, 3 Mandate, BAV. 405 Stimmen, 2 Mandate, 1 Ersatzmann, Polen 105 Stimmen, 0 Mandate, Christl. Metallarbeiter 151 Stimmen, 1 Mandat, Hirsch-Duncker 110 Stimmen, 0 Mandat.

Recklinghausen 2. Gew.-E. 707 Stimmen, 7 Mandate, 1 Ersatz (542), BAV. 134 Stimmen, 1 Mandat (150), Christen 120 Stimmen, 1 Mandat (102), Polen 83 Stimmen, 0 Mandate (123).

Essen, Zeche Katharina. Gew.-E. 282 Stimmen, 5 Mandate (256:5), BAV. 125 Stimmen, 2 Mandate (151:2), Christen 249 Stimmen, 3 Mandate (193:3).

Rhein 1. Gew.-E. 1098 Stimmen, 9 Mandate, 1 Ersatz, BAV. 318 Stimmen, 2 Mandate, 1 Ers., Christen 230 Stimmen, 2 Mand.

Katernberg, Zeche Zollverein 1/2. Gew.-E. 597 Stimmen, 4 Mandate, 1 Ersatz, BAV. 603 Stimmen, 4 Mandate, 1 Ersatz, Christen 499 Stimmen, 4 Mandate, Arbeiterbund (Gelbe) 62 Stimmen, 0 Mandate. Ungültig 9 Stimmen, wahlberechtigt 2324, abgegeben 1717 Stimmen.

Altenessen, Zeche Heinrich. Gew.-E. 252 Stimmen, 2 Mandate, 1 Ersatz, BAV. 454 Stimmen, 5 Mandate, 1 Ersatz, Christen 283 Stimmen 3 Mandate, Wahlberechtigt 1323, abgegeben 992.

Dortmund, Schacht Preußen 1. Gew.-E. 416 Stimmen, 5 Mandate, BAV. 314 Stimmen, 3 Mandate, 1 Ersatz, Christen 142 Stimmen, 1 Mandat, 1 Ersatz. Ungültig 16, wahlberechtigt 1049, abgegeben 888 Stimmen.

Hamborn, Zeche Lohberg 1/2. Auf der von Kommunisten sorgfältig gesäuberten Zeche hatte die Liste der Opposition, auf der nur Kommunisten kandidierten, einen glänzenden Erfolg. Gew.-E. 1404 Stimmen, 10 Mandate, BAV. 290 Stimmen, 2 Mandate, Hirsch-Duncker 125 Stimmen, 0 Mandate, Christen 237 Stimmen, 1 Mandat.

Der Betriebsausschuß setzt sich nur aus Kommunisten zusammen. Trotzdem erst vor einiger Zeit die drei Spitzenkandidaten der Liste Gewerkschaftseinheit fristlos entlassen wurden, dieser gute Erfolg.

Schweinereien bei Günther Liebmann, Merseburg

Bei obiger Firma sind 50 bis 60 Mann beschäftigt. Auf einem Abort sollen Männer und Frauen gemeinsam ihre Notdurft verrichten. Es ist tief bedauerlich, denn einer wartet auf den anderen. Der Abort ist in einem saumäßigen Zustand, das einem das Schaudern ankommt, wenn man in diesen Saustall hinein muß. **Am Sonnabend nach Schluß der Arbeit wurde ich aufgefordert, den Stall auszumisten, was ich aus Gesundheitsrücksichten verweigerte. Da ich mich weigerte, Ueberstunden zu machen, bot mir der Gernegroß Müller** (Meister der Firma) **ein paar in die Fresse an** und zu gleicher Zeit soll ich Montag meine Papiere holen. Ich richte an Euch Kollegen den Ruf: **Hinein in die Organisation, damit diese Schweinereien aufhören. Wählt einen roten Betriebsrat.**

Eine Kasernenhofblüte im Leunazuchthaus!

Ein Leunaarbeiter schreibt uns:

Im Transportbetrieb Bau 27, wo bekanntlich auf 80 Arbeiter 23 Meister kommen, ist schon immer der Teufel losgewesen. Von den 23 Meistern tut jeder wichtig, jeder denkt, wenn er fehlt, bleibt die „mitteldeutsche Knochenmühle" stehen. Jeder will am besten kommandieren können, jeder will, daß seine Leute die meiste Arbeit schaffen. Wir sind schon allerlei gewöhnt in dieser Beziehung. Einer unter diesen verdient es, einmal besonders unter die Lupe genommen zu werden, weil es diesem Herrn **auf ein paar Tote mehr oder weniger nicht ankommt,** wenn nur „etwas geschafft" wird. Dieser Herr ist der Hilfsmeister Holliger, ein früherer Sergeant, von dem böse Zungen behaupten, daß er sich im Kriege durch „Dämlichkeit vor dem Feinde" ausgezeichnet haben soll. Dasselbe will er wahrscheinlich auch in Leuna tun, denn er läßt bei allen Arbeiten die Unfallverhütungsvorschriften außer acht. Des öfteren wurde er von Arbeitern auf seine vorschriftwidrige Handlungsweise aufmerksam gemacht. Das letzte mal geschah es am Sonnabend, als er mit seinen Leuten eine schwere Maschinenwelle im Bau 104 zu transportieren hatte. Zum Laufen hatte er schwache Bretter untergelegt, die sich beim Betreten erheblich durchbogen. Ein Kollege erklärte ihm, er solle stärkere Bohlen besorgen lassen, die Sache sei sträflicher Leichtsinn. Diese Ermahnung hat den immer zur Eile antreibenden Meistersergeanten Holliger nicht gepaßt und er sorgte dafür, daß der betreffende Kollege sofort nach einer anderen Abteilung versetzt wurde. Holliger ist ein warmer Befürworter der völkischen Betriebsratsspitzelliste, die in ihrem Flugwisch schreiben, daß sie für **„gerechte menschliche Behandlung"** eintreten. Unter gerechter Behandlung verstehen diese Leute **bedingungslosen Kadavergehorsam, sie dulden kein Wort der Widerrede.** Kollegen, solchen Leuten, denen es auf Arbeiterknochen nicht ankommt, müssen wir das Handwerk legen. Deshalb keine Stimme für die völkische Spitzelliste, stimmt geschlossen für die Liste 1, Liste der freien Gewerkschaften (Opposition), für die Liste **Hermann Bittner,** Weißenfels, Arbeiter im Bau 138a.

Leuna-Proleten wählen am 2. April Liste 1

beginnend mit dem Namen Hermann Bittner, Bau 138

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250401-10/fragment/page=0009

Halle und Saalkreis

Schupo droht, die Produktiv-Genossenschaft in die Luft zu sprengen

Die Schupoleute, die gerade von Herrn Grützner, dem sozialdemokratischen Regierungspräsidenten so warm in Schutz genommen werden gegen „Anfeindungen“ von seiten der Arbeiterschaft, stehen nicht nur zu ihren Morden, als ob sie eine Heldentat vollbracht hätten, sondern verhehlen nicht im entferntesten ihre Absicht, noch weitere und schlimmere Terrormaßnahmen gegen das Proletariat auszuüben.

Der Schupowachtmeister Thilo Haase hat am 16. März in der Rohproduktenhandlung Graßmeyer erklärt, er wäre an jenem Freitag auch im „Volkspark“ gewesen. Wörtlich sagte er:

„Wenn wir nicht soviel an die Decke geschossen hätten, wären es noch mehr Tote gewesen. Wir haben es denen aber doch tüchtig besorgt, wir haben sie nicht zur Besinnung kommen lassen. Wenn jemand wagen würde, einen von uns anzugreifen oder verschwinden zu lassen, dann würden wir die ganze Produktiv-Genossenschaft in die Luft sprengen.

Was sagt Herr Grützner, was sagt der neue Polizeipräsident Oexle zu diesem famosen Schützer des Staates?

Seine Verhaftung wegen Vorsätzlichkeit zu einem Sprengstoffverbrechen muß sofort erfolgen!

Die Grütznersche Amtlichkeit

Wir haben gestern bereits darauf hingewiesen, daß der „Klassenkampf“ die amtlichen Mitteilungen des Herrn Doktor Grützner nicht zugestellt erhalten hat. Jetzt stellt sich heraus, daß er diese Art von „Objektivität“ sogar auf Zeitungen ausdehnt, die nicht kommunistisch sind. In der gestrigen Nummer des „Mitteldeutschen Echo“ wird geschrieben:

Bisher war es immer üblich, daß irgendwelche amtlichen Mitteilungen an die gesamte Presse zur Veröffentlichung gegeben wurden. Wir haben bis heute die oben abgedruckte Warnung noch nicht erhalten und müssen darum annehmen, daß man uns mit voller Absicht übergeht. Gegen diese Methoden müssen wir aufs schärfste protestieren.

Hieraus ist klar und deutlich zu erkennen, daß in dieser Handlung Methode liegt. Herr Grützner will die proletarischen Zeitungen von dem Abdruck fernhalten, obgleich diese „Warnung“ besonders an die Arbeiter gerichtet ist, und obgleich diese allein die Schärfe der angekündigten Strafe zu fühlen bekommen werden.

Offener Brief an den Herrn Staatsanwalt Friedrich Parey, Mozartstr. 20 III.

In dem vorige Woche stattgefundenen Prozeß gegen die Arbeiter Hermann Langewaldt, Stephan Thaler, Gustav Eggers und Gustav Denkewitz hat nach dem Prozeßbericht der Kriminalbeamte Eul einen Meineid geleistet. Das ist um so schwerwiegender darum, weil in der gegenwärtigen Zeit Methode darin zu liegen scheint, Arbeiter an Leben und Gesundheit zu schädigen.

Eul hat beschworen, daß Eggers in der in Frage kommenden Versammlung gewesen sei und ihn tätlich angegriffen habe und hat damit einen wissentlichen Meineid geleistet.

Ich ersuche hiermit, sofort den Kriminalbeamten Eul in Haft zu nehmen und Anzeige gegen ihn zu erstatten:

1. **wegen wissentlich falscher Anschuldigung,**
2. **wegen Leistung eines Meineids.**

Otto Schaaf, Halle, Zietenstraße 38.

Fahrkartenverkauf bei Benutzung des Eingangs Thielenstraße

Der Vorstand des Eisenbahn-Verkehrsamtes gibt bekannt:

Ab 1. April 1925 ist versuchsweise auch den Reisenden, die den Eingang „Thielenstraße“ zum Bahnhof benutzen und die Reise sofort antreten wollen, die Lösung von Fahrkarten für einfache Fahrt ermöglicht.

Zunächst dem Automaten im Eingang Thielenstraße eine Bahnsteigkarte entnehmen und Sperre durchschreiten. Dann die Fahrkarte lösen

a) entweder am Nachlöseschalter R innerhalb der Sperre, dem Wartesaal 1. bis 2. Klasse gegenüber, oder

b) am Hauptschalter in der Bahnhofsvorhalle.

Am Nachlöseschalter R (zu a) sind nur Karten nach Reichsbahnstationen zu haben. Die Bahnsteigkarte wird am Schalter abgegeben und mit 10 Pf. auf das Fahrgeld angerechnet. Die Fahrkarte locht der Schalterbeamte.

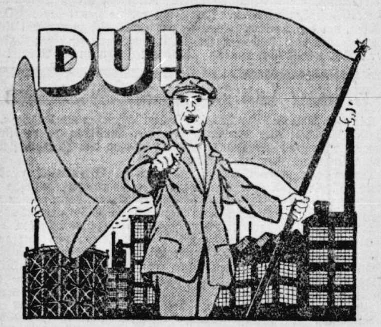
Alle übrigen Fahrkarten und auch, wenn Nachlöseschalter geschlossen, Fahrkarten nach Reichsbahnstationen am Hauptschalter in der Vorhalle (zu b) lösen. Deshalb auch Hauptsperre durchschreiten, unter Angabe des Grundes. Bahnsteigkarte wird nochmals gelocht, als Ausweis für die Fahrkartenlösung belassen, dann am Schalter abgenommen und mit 10 Pfennig auf das Fahrgeld angerechnet.

Zeitkarten aller Art, Arbeiterrückfahrkarten und Sonntagsrückfahrkarten sind von dieser Regelung ganz ausgeschlossen.

Pietzker ist noch immer nicht verhaftet!

Schulze läuft noch frei herum!

Auch die grabschändenden Schupobeamten, die vom Grab rote Kranzschleifen gestohlen haben, werden nicht bestraft!



Prolet, denke an Deinen Racheschwur!

April-Miete erhöht

Eine Segnung des Luther-Systems

Nach Mitteilung des Magistrats beträgt die gesetzliche Miete im April 76 Prozent der reinen Friedensmiete. Im übrigen behält die vom Magistrat erlassene Bekanntmachung, betreffend die gesetzliche Miete vom 28. Juni 1924, auch für April Gültigkeit.

Diese Bekanntmachung sowie die vom Magistrat unter dem 27. Mai 1924 erlassene Bekanntmachung, betreffend das Reichsmietengesetz, sind vom 31. März an auf acht Tage im Wagegebäude, Marktplatz 24, am schwarzen Brett angeschlagen.

* **Achtung, jugendliche Metallarbeiter. Am Donnerstag, dem 2. April, abends ½8 Uhr, findet im „Volkspark“ eine öffentliche Metallarbeiter-Jugendversammlung statt. Es wird dringend erwartet, daß alle Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter erscheinen.**

* **„Proletarische Tribüne“.** Heute abend 8 Uhr im Restaurant „Goldene Kette“: Probe zur Aufführung in Weißenfels. Sämtliche Mitglieder der Vereinigung haben sich pünktlich einzufinden.

* **Die Einlösung der Billionenscheine.** Die Einlösungspflicht der Reichsbank für die am 7. März 1924 aufgerufenen Reichsbanknoten zu 5 Billionen Mark vom 1. November 1923 (1. Ausgabe) und vom 7. November 1923 (2. Ausgabe) läuft am 5. April 1925 ab. Die Einlösungspflicht der Reichsbank für die am 22. März 1924 aufgerufenen Reichsbanknoten zu 100 Billionen Mark vom 26. Oktober 1923 (1. Ausgabe) und zu 10 Billionen Mark vom 1. November 1923 (1. und 2. Ausgabe) läuft am 20. April 1925 ab. Da eine Verlängerung der Einlösungspflicht für die genannten Noten nicht erfolgen kann, werden die Besitzer daran erinnert, ihre Noten so rechtzeitig an die Reichsbankhauptkasse in Berlin einzusenden, daß sie spätestens am 5. bzw. 20 April d. J. dort eintreffen.

Diemitz

Gemeindevertretersitzung vom 30. März. Die Sitzung stand gleich von Anfang an in hoher Spannung, die sich auch des öfteren auslöste. Acht Punkte standen auf der Tagesordnung, einige davon brauchen aber nur, wegen ihrer Wichtigkeit, unter die Lupe genommen zu werden. Erstens: Neuwahl des Gemeindevorstehers. Es wurde schon vor einigen Tagen mitgeteilt, daß der damals gewählte Vorsteher nicht bestätigt werde, weil zwei Punkte mit einem Male erledigt wurden, was nicht angängig ist. Deshalb nun noch einmal Neuwahl. Schulze, der Gemeindesekretär, wurde wieder mit acht Stimmen gewählt. Dann kam der Punkt zur Sprache: Lohnsummen- oder Kapitalsteuer. Die Vertreter der Arbeiter stellten sich auf den Standpunkt, daß durch die Lohnsummensteuer die Kapitalisten nicht soviel Steuern bezahlen als es durch die Kapitalsteuer der Fall wäre. Die bürgerlichen Vertreter, einschließlich des Aucharbeiters Niemann, stellten sich auf den Standpunkt: die Lohnsummensteuer bringt für die Gemeinde mehr ein als die Kapitalsteuer. Lohnsummensteuern werden berechnet nach der Lohnsumme, die ausgezahlt wird. Nehmen wir einmal an: Fabrikbesitzer März arbeitet mit Lehrlingen, was er ja auch macht; diese bekommen wenig Lohn, also bezahlt er auch nur wenig Steuern, obgleich die Lehrlinge weit viel mehr Profit einbringen als durch die Lohnsummensteuer versteuert wird. Kapitalsteuer ist die, daß die Steuern nach dem jeweiligen Kapital berechnet und bezahlt werden müssen. Also was ist richtig, wenn der Kapitalist seine Steuern nach dem Kapital bezahlen muß oder nach der Lohnsumme, wo er eben mit billigen und wenigen Arbeitern bei langer Arbeitszeit wenig Lohn zu zahlen braucht? Die Abstimmung ergab 10 : 4 die Annahme der Lohnsummensteuer. Eine weitere Debatte gab es über das schamlose Verhalten des Landgruben-Dezernenten März, der am Beerdigungstage der Volkspark-Opfer seinen Arbeitern nicht frei gab, sondern sie zum arbeiten zwang und einge, die doch gefeiert haben, entlassen hat. Herr März gab zur Rechtfertigung seines Verhaltens folgende Antwort: **„Die sind auch ohne meine Arbeiter verbuddelt wurden. Das Geld, was sie da verspaziert hätten, haben sie für ihre Familie besser angewendet. Spazieren gehen können sie alle Tage bei dieser kurzen Arbeitszeit.“** Die Arbeitervertreter beschwerten sich absolut gegen dieses Verhalten und stellten dem gegenüber den Rummel zur Gefallenentafel. Herr März sagte: **„Das sind wir den Gefallenen schuldig: denn wir haben hier gelebt wie die Götter, während sich die armen Soldaten haben totschießen lassen!“** Wahrlich, eine wahres Bekenntnis!

Die Arbeiterschaft sieht hieran wieder einmal, was sie für den Kapitalisten „wert“ ist, nämlich gar nichts, und das sollte sich die Arbeiterschaft hinter die Ohren schreiben. Wir sind überhaupt gespannt, wie lange dieses Diemitzer Affentheater noch gehen wird! Hoffentlich nur noch solange, bis die Arbeiterschaft einmal den Knüppel nimmt und die ganze Gesellschaft, einschließlich der Aucharbeiter und der Schulzenzustimmer, zum Teufel jagt, daß ihnen das Wiederkommen vergeht.

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Athleten-Bund, 5. Kreis, Bezirk Halle. Die Mannschaftskämpfe haben ihren Abschluß gefunden. Es gingen als Bezirksmeister folgende Organisationen hervor: Bezirksmeister im Ringkampf: Sportvereinigung Achilles von 1890; im Gewichtheben: Sportklub Adler von 1895; im Boxen: Boxklub International. Im Entscheidungskampf um die Bezirksmeisterschaft im Ringkampf standen sich Achilles und Germania-Felsenfest gegenüber. Der Kampf endete mit 7 : 7 Punkten unentschieden. Durch kürzere Zeit der Siege, Achilles 8 Minuten 50 Sekunden und Germania-Felsenfest in 11 Minuten 10 Sekunden, mußte laut Bundesstatut Achilles der Sieg zugesprochen werden. Achilles wurde somit Bezirksmeister. Die Kämpfe um die Kreismeisterschaften kommen in nächster Zeit zur Austragung.

Fichte Halle (Handball). Fichte-Sportplatz. Sonntag, den 5. April, nachmittags ½3 Uhr, stehen sich Fichte 1. Jugend und Ammendorf 1. Jugend im Freundschaftsspiel gegenüber. Fichte 1. Jugend trifft sich pünktlich ½2 Uhr in der Baracke. Nach diesem Spiel findet ein Trainingsspiel statt. Im rotweißen Dreß spielen: Haase, Teller, Schultz, F. Böhme, Kohne, Löther, F. Rosenberg, Stolze, Melde, Nickau, E. Meinhardt. Im schwarzen Dreß: R. Rosenberg, Schubert, W. Meinhardt, K. Albig, P. Koch, Hennicke, Löchner, Schanze, Schellenbeck, G. Gall, Schubert. Beide Mannschaften treffen sich um 3 Uhr in der Baracke. — Im letzten Serienspiel am 29. März Fichte 1. gegen Wörmlitz 1. übergab W. der Fichte-Mannschaft kampflos die Punkte. — Am 10. April treffen sich sämtliche Spieler früh 7 Uhr auf dem Platze zum Platzwalzen.

Junge Proletarier und Proletarierinnen! Schulentlassene!

Morgen, Donnerstag, abend 8 Uhr, im kleinen „Volkspark“-Saal

Schulentlassungsfeier

Alle Schulentlassenen werden aufgefordert, restlos zu erscheinen, sich in die rote Front des Proletariats mit einzureihen.

KJD., Halle.

Das „Tscheka“-Kaninchen

Das „Tscheka“-Kaninchen fraß mit großem Behagen seine Kohlblätter mit kommunistischen Cholerabazillen und sagte: „Dieses Futter bekommt mir ausgezeichnet. Es lebe die „Tscheka“! Felix Neumann sagt: „Ich werde 100 Jahre alt“. Was Felix Neumann sagt, ist alles wahr. Es lebe die „Tscheka“! Meine Mitkaninchen werden nur vier bis fünf Jahr alt, wenn die Menschen sie nicht vorher auffressen. Aber ich glückseliges Tier werde tausend Jahre alt. In diesen Jahren kann ich eine große Entwicklung durchmachen. Warum nicht? Der Mensch hat sich doch auch aus dem Tier entwickelt und in manchen Zeiten (ich will solche Zeiten nicht nennen, die Zeitgenossen könnten sich beleidigt fühlen), in manchen Zeiten züchtet der Staat wieder aus Menschen Bestien, um seine „Ruhe und Ordnung“ aufrechtzuerhalten.

Sterben tut man von kommunistischen Cholerabazillen nicht, aber man wird durch sie aufgeklärt. Von mir kann ich das behaupten. Seitdem ich mit diesen Bazillen gefüttert werde, hat sich eine wunderbare Helligkeit in meinem armen dunklen Tiergehirn verbreitet. Ich denke viel über meine Ernährer, die Kommunisten, nach. Es muß eine ganz besondere Sorte von Menschen sein. Sie morden unaufhörlich mit Messer, Gift und Dynamit und die von ihnen gemordeten Menschen leben unaufhörlich ganz vergnügt weiter. Man scheint aber sehr böse darauf zu sein, daß die von den Kommunisten Ermordeten immer noch leben, denn man steckt die Kommunisten dafür ins Zuchthaus. Darüber denke ich viel nach. Wie geht das zu? In dem Fall General Seeckt ist es ja sehr verständlich. Durch die Inflation bereicherten sich die Großindustriellen und das ganze deutsche Volk war in Gefahr zu verhungern. General Seeckt wurde beauftragt, die Hungernden zu erschießen. Hungern war ein Staatsverbrechen. Das ganze Volk war also in Gefahr, von General Seeckt erschossen zu werden. Da verbreitet sich das Gericht, der Spieß soll umgedreht werden und General Seeckt sollte erschossen werden. General Seeckt wurde nicht erschossen. Nun klagt man die Kommunisten an, weil sie den General Seeckt nicht erschossen haben. Ich bin der Ansicht, daß man sie dafür zum Tode verurteilen könnte. Ueberhaupt handeln diese Leute gegen alle Gewohnheiten, die in unserem Lande üblich sind. Das wird natürlich bestraft. Wer richtig mordet, wie sichs gehört, der wird belohnt, wie sichs gehört. Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogisches usw. sind richtig ermordet worden, wie sichs in einem anständigen Staat gehört. Die Mörder hat man belohnt, wie sichs gehört. In München nach der Räterepublik hat man ein paar tausend revolutionäre Arbeiter erschlagen und ein paar hundert Leute, die nichts damit zu tun haben; aber sie waren wirklich alle tot. Dafür wurden die Mörder belohnt. Nach dem Kapp-Putsch hat man zehntausend Arbeiter durch die deutsche Republik erschlagen lassen, weil sie die deutsche Republik zu retten versuchten. Sie wurden wirklich erschlagen, wie sichs gehört. Dafür hat man die Mörder belohnt, wie sichs gehört. So gings immer weiter in der deutschen Republik: Mord — Belohnung. Kein Mord — Zuchthausstrafe. Siehe Erzberger, Rathenau. Wer zählt die Namen?

Das Kaninchen fraß nachdenklich ein zweites Kohlblatt mit kommunistischen Cholerabazillen und sagte dann: „Jetzt hab ichs. Die Kommunisten stören die Mordordnung des kapitalistischen Ordnungsstaates. Dafür werden sie bestraft. Sie begehen das Verbrechen, nicht im geheimen zu morden, sondern offen, ehrlich, kühn, bei Gefahr der Arbeitslosigkeit, bei Gefahr des Verhungerns, mit Einsetzung ihres Lebens, hingebend und opferbereit bis zum äußersten für ein menschenwürdiges Leben aller Schaffenden zu kämpfen. Dieser Kampf wird den kapitalistischen Staat zerstören. Er ist das große Staatsverbrechen, das mit Zuchthaus und Mord bestraft wird. Der Meuchelmord ist staatserhaltend, darum will man die Kommunisten auf diesen Weg drängen. Aber, macht nur weiter „Tscheka“-Prozesse. Wenn das deutsche Volk, wenn wir harmloses Kaninchenvolk noch viele Kohlblätter mit kommunistischen Cholerabazillen zu fressen kriegen, so werden immer mehr Köpfe erhellt werden, so wie meiner, obwohl ich nur ein einfaches Kaninchen bin. Ein Kaninchen, das kommunistische Cholerabazillen fraß, kann tausend Jahr alt werden. Ein Volk, das von wirklichen kommunistischen Bazillen frißt, wird ein Jahrtausend blühendes Leben vor sich haben.“

Dies ist die Geschichte vom „Tscheka“-Kaninchen.

Berta Last.

Die Uniform

Von Alfred Leidig

Der Schupowachtmeister Freudenreich torkelte, besoffen wie eine Haubitze, die ganze Breite des Bürgersteigs und darüber hinaus einen Teil des Straßendamms in Anspruch nehmend, seiner Wohnung zu.

Alles, was ihm in den Weg kam, wurde angerempelt, in der gemeinsten Weise beschimpft oder einfach über den Haufen gerannt.

Die Angerempelten, Beleidigten oder Umgerannten gingen ausnahmslos, wenn auch heftig protestierend, weiter ihrer Wege, weil sie einstimmig feststellten: Delirium tremens.

In Anbetracht seiner Siege hätte Freudenreich alle Ursache gehabt, brustgeschwollen seine Flohkiste aufzusuchen, wenn ihm nicht — ja, wenn ihm nicht ein „Leidensgenosse“ begegnet wäre.

Es war Freudenreich nur möglich, zu brüllen: „Aus dem Weg, Du Schwein!“ Da klebte er auch schon an der Hauswand, wurde wieder abgekratzt, kam dann in unangenehme Berührung mit einem Laternenpfahl und machte zum Schluß, sozusagen als Zugabe, die Bekanntschaft eines Stiefelpaares Größe 48.

Während der Sieger grölend davonstolperte, blieb Freudenreich wie ein Bündel Unglück im Rinnstein liegen und konstatierte, nüchtern werdend:

Also: er, der Schupowachtmeister Freudenreich, der bei Demonstrationen und Ansammlungen gummiknüppelbewaffnet Hunderte vor sich her trieb, er hatte von einem einzigen Menschen nach Strich und Faden Keile bekommen! War das auszudenken?

Voller Wut wollte Freudenreich nach seinem Koppel fassen, an eine bestimmte Stelle . . . da gewahrte er, daß er in Zivil war.

Richtig! Um sich besser amüsieren zu können, hatte er die Uniform mit dem Zivilrock vertauscht. Das war ihm vollkommen entfallen! — Hatte er die Tracht Prügel nun bekommen, weil ihn die Uniform nicht schützte?

Es schien so . . .

Diese Erkenntnis rief Gefühle wach, die ihm bisher fremd waren. Was geschah beispielsweise, wenn die halbverhungerten Massen die Scheu vor der Uniform verloren, wenn die Arbeiter begriffen, daß in der Uniform auch nur ein Mensch mit Fehlern und Schwächen steckte?

Freudenreich hatte eine Vision:

Hunderttausende stürmten mit dem Ruf: „Alle Macht den Werktätigen!“ die Paläste der Besitzenden und holten ihre gefangenen Brüder aus den Zuchthäusern. Er, der Schupowachtmeister Freudenreich, und noch tausend andere Schupowachtmeister stellten sich diesen Hunderttausenden entgegen. Und erbarmungslos wurden sie, die Lakaien der Besitzenden, von den Massen zertreten, weil diese die Ehrfurch vor der Uniform verloren hatten.

In dieser Minute gelobte Freudenreich, sich in vorkommenden Fällen entwaffnen zu lassen.

Theater und Konzert.

Volksbühne. Zu der Aufführung der Matthaeuspassion von J. S. Bach am Mittwoch, dem 8. April, abends 7½ Uhr, im Dom durch die Robert-Franz-Singakademie unter Leitung von Prof. Dr. Rahlwes sind Karten zu 1,10 Mark und 2,10 Mark in der Geschäftsstelle, Brüderstraße 14, zu haben.

* **Stadttheater.** Paul Wegener wird am kommenden Montag mit seinem Berliner Ensemble in Sudermanns „Die Raschoff“ auf Einladung der Intendanz ein einmaliges Gastspiel geben. Karten zu einfachen Opernpreisen an der Kasse des Stadttheaters. Der Spielplan des Stadttheaters umfaßt für diese Woche folgende Werke: Mittwoch und Freitag Hauptmanns „Und Pippa tanzt“. Donnerstag „Rigoletto“ mit Kammersängerin Margarethe Heyne-Franke von der Staatsoper in Dresden als „Gilda“ a. G. Sonnabend 7½ Uhr Gastspiel Eva Graf in „Orpheus in der Unterwelt“ (Eurydice). Sonntag in neuer Einstudierung „Tiefland“.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250401-10/fragment/page=0010

Die Kommunistin

Nr. 6 | April 1925 | Jahrg. 7

Arbeitskämpfe und die arbeitenden Frauen.

Hinter dem bunten Vorhang des politischen Tageskampfes mit seinem vielstimmigen Wahlgeschrei und seinen verwirrenden Schlagworten geht der zähe Kampf der Arbeiterklasse um das Stückchen Brot und das bißchen Bewegungsfreiheit weiter.

Auf dem heißen Boden des Betriebs, im ständigen Kleinkampf um jeden Pfennig Lohn und jede Minute Pause, da zerflattern den Arbeitern und Arbeiterinnen die verheißungsvollen Programme parlamentarischer Schönredner.

Beim Gemüsekrämer, wo der Kohl wieder teurer wird, wie in jedem Frühjahr, und die wenigen Groschen der Arbeiterfrauen bei allem Drehen und Wenden nicht reichen wollen, zerfließen die sozialdemokratischen Versprechungen auf den Segen der Dollarmillionen.

Nach sieben Jahren „Weltfrieden", trotz aller „Sicherheitsverträge" und „Garantiepakte", trotz aller Dawes-Anleihen und allem „Wirtschaftsaufschwung" will die Arbeiterschaft nicht zur Ruhe kommen — weder in Deutschland noch anderswo. Denn sie hat überall die Kriegskosten zu tragen, wie sie die Blutopfer bringen mußte:

Vor kurzem Massenstreik der Textilarbeiter in Polen, und jetzt drohender Landarbeiterstreik. In Italien Metallarbeitergeneralstreik, der selbst faschistische Gewerkschaften in die Bewegung riß. In Griechenland ein Eisenbahnergeneralstreik von riesigem Ausmaß mit folgendem Buchdruckerstreik. In Kanada Bergarbeiterstreik, in England Vorbereitungen der Bergarbeiter zum Kampf.

Auch in Deutschland drohen schwere Kämpfe: die vielen Metallarbeiterstreiks schienen zu geschlossenem Vorgehen zu drängen. Unter den Bergarbeitern, die von Luthers Versprechungen schwer enttäuscht wurden, gärte es stark. In Oberschlesien demonstrierten die Eisenbahner. Eine Berliner Betriebsrätevollversammlung rief zum Kampf des Dreibundes Metallarbeiter, Bergarbeiter, Eisenbahner auf.

Aber die zunächst kampfentschlossenste Gruppe, die Bergarbeiter, wich zurück. Die eben noch befriedigende Geschäftslage der Zechen schlug in eine offene Krise um. Die Zahl der Feierschichten stieg, große Zechen wurden stillgelegt, die Kohlenberge auf den Halden häuften sich. Unter diesen Umständen hatten die Zechengewaltigen halbgewonnenes Spiel. Ein Streik war ihnen in diesem Moment eher lieb als leid. Deshalb zögerten die Bergarbeiter.

Der Eisenbahnerstreik.

Die Eisenbahner aber, in großen Teilen schlechter entlohnt als die schlechtestbezahlten Arbeiter der Privatindustrie, durch die Dienstanweisungsvorschriften bis zur 16stündigen Fron verurteilt, durch das mörderische Gedingesystem ausgesogen, waren nicht zu halten. Kleine Gruppen von Güterbodenarbeitern traten zuerst in Dresden und Leipzig in den Streik. Ueber Chemnitz, Halle, Berlin dehnte er sich dann aus bis Eydtkuhnen, Königsberg und Breslau im Osten, bis Hannover, Bremen und Hamburg im Norden, bis Münster und Hof im Süden.

Ihre Forderungen waren 25prozentige Lohnerhöhung, Beseitigung des Schicht- und Gedingesystems, Wiedereinführung des Achtstundentages. Ueberall kam in mächtigen Eisenbahnerversammlungen ein starker Kampfeswille zum Durchbruch. Ueberall wurde einstimmig die Vorbereitung, in Berlin der Generalstreik verlangt. Und doch blieb der Streik in den kleinen Anfängen stecken. Und doch brach er auf Kommando der Gewerkschaftsbürokratie geräuschlos ab, trotzdem die übermenschliche Arbeitszeit bis zum Oktober unkündbar festgelegt, das Gedingesystem beibehalten und nur eine lächerliche Lohnerhöhung von 3 Pfennigen bewilligt worden war.

Hier lag es nicht, wie im Bergbau, an einer ungünstigen Konjunkturlage, die einen Kampf aussichtslos erscheinen ließ. Es war nicht ein Abbruch nach langem, ermattendem Kampf. Es war ein Sieg des Verrats und der Halbheit.

Die Niederlage des Verrats.

Die Gewerkschaftsbürokratie verriet den Streik. Wie Ebert die Munitionsarbeiter 1918 verriet, um das Vaterland der Geldsäcke zu retten, so verriet die Gewerkschaftsbürokratie die Eisenbahner, um den Dollarkönigen in Newyork ihre Dawes-Tribute zu retten. Sie hatten ja selbst geholfen, die Reichsbahn an die Ententeräuber auszuliefern. Wie konnten sie jetzt dagegen rebellieren?

Die Niederlage der Halbheit.

Die Eisenbahner hatten den Schritt gewagt: sie traten in den Streik. Sie rissen nicht bloß die Eisenbahnarbeiter mit sich, selbst die schwerbewegbaren Beamten erklärten ihre Solidarität, stimmten für Eintritt in den Streik. Die Post- und Telegraphenarbeiter gaben Sympathieerklärungen ab und versprachen in den Kampf zu treten, wenn ihre Forderungen unerfüllt blieben. Die Christen mußten den Streik sanktionieren. Trotz aller Quertreibereien wurde die Einheitsfront aller kämpfenden Eisenbahner hergestellt. Und doch hatten die Eisenbahner nicht die Kraft, ihre Bürokratie zu zwingen, den Kampf zu führen, den Eisenbahnergeneralstreik zu proklamieren.

Fügten sie sich dem Zwangsschiedsspruch, um auf dem „Boden des Rechts" zu bleiben, der eben in Halle und Neukölln so blutig von Polizeibestien durchlöchert wurde? Von dem die 7000 proletarischen Kämpfer in den Gefängnissen zeugen? Nein! Aber die gesamte bewaffnete Staatsmacht vor sich, ein in großen Teilen noch schweigendes und schlafendes Proletariat um sich, eine verschlagene und verräterische Bürokratie, die noch den ganzen Apparat in Händen hielt, im Rücken — der Kampf war schwer, und die Eisenbahner allein wagten ihn nicht, konnten ihn nicht wagen.

Es war — das fühlten sie — nicht bloß der Kampf gegen einen beliebigen rassigierigen Unternehmer, sondern gegen das konzentrierte Weltkapital, das sich hier in der Reichsbahn ein erstes Faustpfand zur Ausplünderung Deutschlands geschaffen hatte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250401-10/fragment/page=0011

Sollten die Eisenbahner kämpfen, so hätten wir alle, Arbeiter und Arbeiterinnen, Arbeiterfrauen, an ihrer Seite stehen müssen.

Was konnten die arbeitenden Frauen dazu tun?

Die Arbeiterinnen in den Betrieben mußten die Arbeitskollegen, besonders die Metallarbeiter, zu Solidaritätserklärungen auffordern. Die Eisenbahner sind ja die Blutadern der Wirtschaft. Stockt der Eisenbahnverkehr, so geht die Wirtschaft aus den Fugen. Deshalb haben die Eisenbahner die Faust an der Gurgel des Kapitals und seines Staates. Die Faust sogar an der Kehle der erpressenden Dawes-Gewaltigen. Ihr einmütiger Kampf hätte auch uns, hätte auch den murrenden Bergarbeitern den Rücken gestreift, uns aus unserer Isolierung herausgerissen und uns zum Siege verholfen. Noch gehen viele Metallarbeiterinnen (so bei Osram!) mit 11 Mark die Woche nach Hause! Konnten wir uns einen stärkeren Bundesgenossen wünschen?

Die Arbeiterfrauen mußten auf allen Märkten, in allen Häusern den Schwindel aufdecken, mit dem uns die Reichsbahn und die ganze bürgerliche Presse überschütten.

Wie? Jede Arbeitszeitverkürzung sollte untragbar sein? Wie? Jede Lohnerhöhung sollte eine Tariferhöhung zur Folge haben, sollte uns die Waren noch mehr verteuern, sollte uns die Fahrpreise um 10 Prozent erhöhen? Die Einnahmen der Reichsbahn sind doch, wie die kapitalistische Presse berichtet, um 13,7 Prozent gegenüber 1913 gestiegen, trotz der stark gestiegenen Materialkosten, trotz dem für die höheren Beamten und Dawes-Vögte (von denen zehn ebenso viel Gehalt bekommen wie 4000 Eisenbahnhandwerker zusammen!) ungeheure Summen aufgewendet werden müssen!

Nein! Nicht die Interessen der Verbraucher und die Interessen der Eisenbahner stehen einander feindlich gegenüber. Feinde sind uns Arbeitern und Arbeiterfrauen nicht die ausgesogenen Eisenbahner mit ihren bescheidenen Forderungen, sondern die Blutsauger, deren Profite wachsen trotz der Dawes-Lasten!

Der Kampf ist nur aufgeschoben.

Mit dem trotzigen Gesang der Internationale sind die Eisenbahner geschlossen wieder zur Arbeit marschiert. Noch während sie kämpften, sahen Berlin und Halle zu Ehren der in Halle Ermordeten die gewaltigsten Massendemonstrationen der letzten Zeit. Das Proletariat sammelt sich, rüstet zu kräftigen Schlägen.

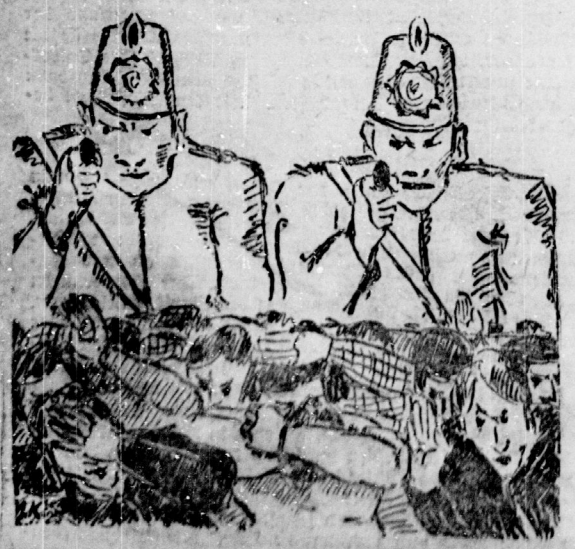
Wenn all die einzelnen Flammen der überall auflodernden Teilstreiks und Demonstrationen zu einer mächtigen Flamme zusammenschlagen, dann reckt sich die rote Faust des Proletariats gegen seine nationalen Blutsauger und internationalen Erpresser. Dann werden wir die Dawes-Kette zerreißen, die uns der Bürgerblock und die sozialdemokratischen „Republikaner" schmiedeten. Dann werden wir, Arbeiter und Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen, uns selbst und unser proletarisches Vaterland befreien.

Der Arbeitermord in Halle.

„Es haben sich schon bei einer oberflächlichen Betrachtung der Dinge Widersprüche herausgestellt, sodaß ein erschöpfendes Bild nicht gegeben werden kann; ich muß mir vorbehalten, weitere Aufklärung durch eine von mir entsandte Ministerialkommission zu veranlassen".

Das hat der sozialdemokratische preußische Innenminister Severing bei der Besprechung der Vorgänge in Halle im preußischen Landtag gesagt.

Wir Arbeiterfrauen brauchen diese „Aufklärung" durch die „Ministerialkommission" nicht. Wir erwarten auch nicht von diesem Minister Severing ein „erschöpfendes Bild" über die Ereignisse. Was war in Halle?



Die Kommunisten berufen eine Wahlversammlung ein, in der neben dem Kandidaten der Kommunistischen Partei zur Präsidentenwahl auch ausländische Redner sprechen sollen. Die Versammlung so überfüllt, daß Parallelversammlungen abgehalten werden müssen. Die Versammlung im großen Saal des „Volkspark" nimmt einen geordneten Verlauf, bis plötzlich ein junger Polizeileutnant provozierend auf die Bühne springt und kurz darauf in die geschlossene Versammlung Schüsse abgibt. Seinem Beispiel folgend die übrigen Beamten, so daß etwa 50 Schüsse auf die wehrlosen Massen abgegeben werden.

Viele Tote sind das Opfer dieser wahnsinnigen Schießerei. Darunter eine ganze Zahl Arbeiterfrauen. Zu den Toten zählen bis jetzt die Arbeiterfrauen Elfriede Klett, Mitglied der „Roten Hilfe", und Agnes Poppe, langjähriges Mitglied der Kommunistischen Partei.

Warum wurde geschossen? Die bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen melden, daß „Schüsse aus der Menge" auf die Beamten abgegeben worden sind.

Wir erinnern uns noch, wie nach der Ermordung Rosa Luxemburgs dieselben Zeitungen schrieben, Rosa Luxemburg sei „von der Menge" ermordet worden.

Wir kennen auch diese „Schüsse aus der Menge" nur allzu gut. Und wir wissen jetzt auch, was man heute in Deutschland unter „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit" zu verstehen hat.

Der Mord von Halle muß der letzten Arbeiterfrau die Augen öffnen über den Charakter unserer ordnungshütenden „demokratischen Republik". Die Reichspräsidentenwahl wird dadurch nur eine umso wuchtigere Demonstration gegen die Zustände in diesem „Ordnungsstaat" werden!

Kundgebungen zum Internationalen Frauentag.

Düsseldorf.

In Düsseldorf fand im „Apollo" die Kundgebung zum Internationalen Frauentag statt, zu der über 1000 Personen erschienen waren. Das Referat hielt die Genossin Rosi Wolfstein. Die Veranstaltung war durch revolutionäre Darstellungen gut ausgestaltet.

Stuttgart.

Hier fand in Dinkelackers Saal die Versammlung statt, die von etwa 900 Personen besucht war, darunter mindestens 600 Frauen. Es waren besonders viele Arbeiterinnen aus den Betrieben erschienen. Am Schluß der Versammlung wurde eine Resolution für die Befreiung der politischen Gefangenen angenommen und ferner ein Gruß an die russischen Arbeiterinnen und Bäuerinnen gesandt.

Danzig.

In Danzig fand eine der besten Kundgebungen statt. Der Saal im Werftspeisehaus war überfüllt, etwa 1500 Personen waren erschienen darunter ein großer Prozentsatz Frauen und Mädchen aus den Betrieben. Die Jugend hatte einen Sprechchor zur Verfügung gestellt. Außerdem wurden nach dem Referat noch revolutionäre Szenen aufgeführt. Nach Schluß der Versammlung wurden die Frauen von einem stattlichen Aufgebot Schupo empfangen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250401-10/fragment/page=0012

Brief der Arbeiterinnen des Siemens-Konzerns (Berlin) an die russische Zelle der ehemaligen Siemens-Arbeiterinnen in Petersburg.

Berlin, den 10. März 1925.

An unsere russischen Schwestern.

Liebe Genossinnen!

Die deutschen Arbeiterinnen des Siemens-Konzerns senden euch schwesterliche Grüße und geloben heute in unserer Versammlung, mit euch Seite an Seite für ein menschliches Dasein zu kämpfen. Wir schicken euch einen Bericht über unser Sklavenjoch im Siemens-Konzern, hoffen aber, daß dies Elend bald durch angestrengten Kampf beseitigt wird.

Bei uns herrscht ein starkes Antreibersystem. Es wird meistens in Akkord gearbeitet. Die Löhne werden vom Unternehmer immer mehr herabgedrückt. Neun und zehn Stunden Arbeit sind an der Tagesordnung. Wir haben einen Verdienst von 10 bis 15 Mark pro Woche. Es gehen auch sehr viele Kolleginnen mit 5 Mark in der Woche nach Hause.

Die Teuerung ist in Berlin sehr groß, so daß wir bald alle verhungern müssen. Fordern wir eine Lohnerhöhung, so wird uns diese verweigert. Wir bekommen oft zur Antwort: „Wenn Ihnen das zu wenig Geld ist, können Sie ja gehen. Sie können sich ja Ihr Geld abends auf der Straße verdienen."

Unsere revolutionären Kolleginnen werden entlassen und meistens für die Metallindustrie gesperrt. Das kann der Unternehmer tun, weil die meisten Arbeiterinnen abseits stehen und sich auf jede Weise ducken und ausbeuten lassen. Es werden auch viele Arbeiten, die früher von Männern ausgeführt worden sind, jetzt von Frauen gemacht, denn der Unternehmer weiß ganz gut, daß sich die Frauen als Lohndrücker hergeben und sie dadurch mehr Profit haben. Auch die Schutzvorrichtungen sind sehr schlecht. Unfälle sind an der Tagesordnung. Und wer trägt die Schuld? Nicht etwa der Unternehmer, sondern der verunglückte Arbeiter selbst. Meldet sich ein Arbeiter krank, so wird er gleich zum Vertrauensarzt geschickt. Dieser weiß natürlich gleich beim Ansehen des Kranken, daß der Patient gesund ist, und gleich wird er arbeitsfähig geschrieben.

Trotzdem wir jedes Jahr Betriebsräte wählen, ist unsere Lage noch nicht gebessert. Das liegt aber daran, daß wir immer nur sozialdemokratische Betriebsräte wählen, die nicht für unsere Interessen eintreten. Wir geloben heute, Schluß damit zu machen und bei der jetzigen Wahl nur rote Betriebsräte zu wählen und diese bei ihrer Arbeit zu unterstützen, um mit ihnen Seite an Seite zu kämpfen. Wir werden auch in die freien Gewerkschaften eintreten und diese zu Kampforganisationen machen.

Die Gothaer Forderungen sind auch die unseren: Gleicher Lohn für Arbeiter und Arbeiterinnen, Wiederherstellung des Achtstundentages, Erhöhung der Löhne, Beseitigung der Lohnsteuer, Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß.

Auch wir haben erkannt, daß wir dafür kämpfen müssen, und werden von nun ab im Betrieb unsere Kolleginnen wachrütteln.

Liebe Arbeitsschwestern! Unsere Bitte ist, mit euch in ständiger Verbindung zu bleiben. Wir möchten von euch einen Bericht über euren Betrieb haben.

Mit kommunistischem Gruß!

Die deutschen Arbeiterinnen des Siemens-Konzerns,
Berlin.

Aus Sowjetrußland.

Die Befreiung der Bäuerin.

Wie tief der Gedanke der wirklichen Befreiung der Frau in Sowjetrußland Wurzel gefaßt hat und bereits in die Tat umgesetzt worden ist, beweist die Arbeit der Bolschewiki unter der rückständigen weiblichen Landbevölkerung der Union. Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften stellen ihre Kräfte zur Verfügung, aus der unterdrückten Bäuerin eine bewußte Mithelferin am sozialistischen Aufbau zu machen.

In den von Partei und Genossenschaften gegründeten Dorf-Lese-Hütten (Isba-Tschitalnja) werden regelmäßig mit den Frauen und Mädchen des Dorfes Besprechungen abgehalten über Kinderpflege, Mutterschaft, Bedeutung der Genossenschaften u. a. Lesehütte und Parteizelle führen den Kampf zur Liquidierung des Analphabetismus unter den Bäuerinnen. Die Zeitschrift „Die Bäuerin", die in über 40 000 Exemplaren erscheint und viele hundert Dorfkorrespondentinnen besitzt, klärt die weibliche Dorfbevölkerung, anknüpfend an ihr tägliches Leben über alle politischen und wirtschaftlichen Fragen auf, zeigt ihr den Weg zu ihrer Befreiung. Eine fruchtbare Arbeit leistet auf dem Lande das in einem riesigen Umfange bis zum nördlichsten Sibirien und Fernsten Osten ausgebreitete Genossenschaftsnetz. Kommissionen zur Versorgung der arbeitenden Mütter und Kinder durch die Dorf-Konsumgenossenschaften richten sogenannte „Ecken für Mutter und Kind" ein, in denen den arbeitenden Müttern und Kindern auf dem Lande kostenlose ärztliche Behandlung, sanitäre Mittel und Medikamente und Auskunft über alle mit Mutterschaft und Kinderpflege zusammenhängende Fragen vermittelt werden. Durch Unterstützung der Genossenschaften und Initiative der Bäuerinnen werden Kinderkrippen und -gärten auf dem Dorfe gegründet. So wurden z. B. 1923 in der Ukraine 200 Sommerdorfkrippen organisiert, die über 10 000 Kinder erfaßten. Das Ziel dieser Arbeit ist, die Bäuerin von der sie versklavenden Hausarbeit zu befreien, ihr Zeit zu geben für ihre eigene geistige Entwicklung und sie aktiv ins öffentliche Leben der Sowjetunion zu stellen. So werden Praktikantinnenkurse für die Bäuerinnen eingerichtet zur Erlernung der Genossenschaftsaufgaben. Bäuerinnen aus der armen Dorfbevölkerung werden zur Arbeit in der Genossenschaft kommandiert, damit sie durch die praktische Erlernung des Genossenschaftshandels ausgebildet werden können zu Leiterinnen der Läden, Lagerhalterinnen usw. In Verbindung mit dieser Arbeit wählt man dann die Bäuerinnen zu Verwaltungs- und Kontrollmitgliedern der Genossenschaften. Die russischen Genossenschaften zeigen damit, daß sie nicht von dem kapitalistisch-krämerischen Geiste der westeuropäischen Genossenschafter beherrscht werden, sondern ein wichtiges Kulturorgan in Händen der Sowjetmacht sind.

So wie die Bäuerinnen zur Genossenschaftsarbeit herangezogen werden, versucht man sie für alle Arbeiten der Dorfsowjetinstitutionen zu gewinnen. Ein erfolgreiches Mittel hierzu sind die Dorf-Delegiertenversammlungen, deren Teilnehmerzahl im letzten Jahre 120 000 zählte und im steten Wachsen begriffen ist. Auf diesen Versammlungen werden alle politisch-wirtschaftlichen Fragen im Interesse der armen Bäuerinnen behandelt. Aus den Reihen dieser Delegiertinnen werden Bäuerinnen in Entbindungsanstalten, Krankenhäuser, Kinderkrippen usw. geschickt, damit sie später ihre auf diesem Gebiete erworbenen Kenntnisse praktisch auf den entlegenen Dörfern des riesigen Rußlands anwenden.

Nur in Sowjet-Rußland haben die Arbeiterinnen und Bäuerinnen wirkliche Gleichberechtigung!

Noch besser aber demonstriert den Erfolg der Arbeit unter den Bäuerinnen die ungewöhnlich hoch angestiegene Zahl der bei den Dezemberwahlen 1924 in die Dorfsowjets gewählten Bäuerinnen. Einige Ziffern seien zur Veranschaulichung hier angegeben:

In den fernen Gebieten Rußlands wurden in den Dorfsowjets Bäuerinnen gewählt:

	letzte Wahl	vorletzte Wahl
Eniseskaja Gouvernement (Sibirien)	756	98
Irkutskaja Gouvernement (Sibirien)	813	27
Semipalatinskaja Gouvernement	311	45

Auch in den zentralrussischen Gebieten, in denen die Zahl der weiblichen Dorfsowjetmitglieder schon immer bedeutend höher war, erhöhten sich z. B. im Kaluschskoi Gouvernement die in den Dorfsowjets gewählten Mitglieder um 120 Prozent, im Orlowskoi Gouvernement ebenfalls um über 100 Prozent.

Die Leistungen der Sowjetmacht zur Befreiung der Bäuerin kann man erst voll würdigen, wenn man dabei die Folgen einer viele Jahrhunderte alten zaristischen Bluthherrschaft, die sich gerade durch die künstlich erhaltene geistige Finsternis (Analphabetismus, religiöser Aberglaube) auf dem Dorfe am sichersten halten konnte, in Betracht zieht. Denken wir dann noch daran, mit welch verleumderischen Mitteln die Herren Sozialdemokraten im Bunde mit der herrschenden Klasse in allen kapitalistischen Ländern Sowjetrußlands Aufbauarbeit zu verhindern suchen, so kann jede Arbeiterin verstehen, wie riesig die auf diesem Gebiete zu leistende Arbeit der Sowjetmacht ist.

Die Sowjetmacht beweist durch ihre Arbeit unter den Bäuerinnen, daß die wahre Gleichberechtigung der Frau nur durch die proletarische Diktatur ernsthaft durchgeführt werden kann. Alles andere sentimentale Gerede über die Befreiung der Frauen, womit z. B. die Sozialdemokraten so freigebig sind, kann nur Gerede bleiben, da nicht der Wille dahinter steht, die Vorbedingung dafür, die Diktatur des Proletariats zu erkämpfen.

Rosi. M. (Moskau).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250401-10/fragment/page=0013

Die Heimarbeit

ist eine der dunkelsten Seiten in der Not der arbeitenden Frauen. Durch Arbeitslosigkeit oder zu geringe Löhne der Männer getrieben, müssen die Arbeiterfrauen zu diesem letzten Mittel greifen — so jammervoll die Löhne, so mörderisch die Arbeit auch ist. Die Internationale Arbeiterhilfe berichtet aus ihren Erfahrungen:

Anfertigung künstlicher Blumen.

1. Eine Familie, in der die Mutter und drei von vier Kindern im Alter von 13, 11 und 7 Jahren künstliche Blumen anfertigen, verdient bei einer Arbeitszeit: die Mutter 10 bis 12 Stunden täglich, die Kinder 6 bis 8 Stunden täglich wöchentlich 3 bis 4 Mark.
2. Eine andere Familie, wo ebenfalls die Mutter und zwei Kinder im Alter von 10 und 9 Jahren künstliche Blumen herstellen, verdient, wenn die Mutter 10 bis 12 Stunden täglich und die Kinder 6 bis 8 Stunden täglich mitarbeiten, 3,50 Mark wöchentlich.

Spankorbflechten.

1. Eine Familie, in welcher 5 Kinder mitarbeiten, verdient bei anstrengender Arbeit pro Woche 22 Mark. In dieser Familie müssen die Kinder schon früh, ehe sie zur Schule gehen, einige Stunden arbeiten.
2. In einem Fall arbeiten 7 Menschen und verdienen wöchentlich 25 bis 27 Mark.

Posamenten- und Perlenindustrie.

1. Eine Familie, in der die Frau und 3 Kinder im Alter von 14, 13 und 11 Jahren in der Heimindustrie beschäftigt sind, verdient 5 bis 6 Mark wöchentlich. Insgesamt besteht die Familie aus 11 Köpfen. Der Mann war längere Zeit erwerbslos und bekam nur eine sehr geringe Unterstützung.
2. Eine andere Familie mit 8 Köpfen, wovon die Mutter und 3 Kinder im Alter von 13, 12 und 10 Jahren mit Klöppeln beschäftigt sind, verdient 3 Mark die Woche.

Wie durch das Elend, die unmenschlich ausgedehnte Arbeitszeit, den Stumpfsinn des nie aufhörenden Schuftens schließlich jedes Gefühl des Menschseins ertötet wird, zeigen am besten die von der „Sozialistischen Politik und Wirtschaft" berichteten Fälle:

1. Für die Dauer der Arbeitszeit ein Beispiel: Eine alleinstehende Frau, die zwei kleine Kinder und eine alte Mutter zu versorgen hat, trägt morgens von 4 bis 8 Uhr Zeitungen aus. Um 8 Uhr fängt sie mit der Heimarbeit an: Herrenkragen kanteln. Wenn sie sehr fleißig ist, schafft sie am Tag 20 Dutzend, das Dutzend zu 5 Pfennigen. Tagesverdienst 1 Mark. Sie sitzt von 8 bis 4 Uhr bei der Heimarbeit, trägt von 4 bis 8 Uhr abermals Zeitungen und macht dann nochmals Heimarbeit bis 11 Uhr, oft noch länger. Für das Zeitungstragen erhält sie wöchentlich 8 Mark. Ihr Tagesverdienst beträgt rund 2 bis 2,15 Mark. Sie arbeitet dafür durchschnittlich 18 bis 19 Stunden. Ihr Durchschnittsstundenlohn ist 10 bis 11,5 Pfennig.
2. Eine andere Familie besteht aus einer Witwe mit 4 Kindern. Drei davon sind schulpflichtig. Die Frau und die älteste Tochter nähen Schürzen. Für das Dutzend erhalten sie 2 Mark. Die Mutter, schwer herzkrank, wie sie ist, näht täglich 9 bis 10 Stunden. Die Tochter 13 bis 15 Stdn. Außerdem müssen noch Wirtschaft und Kinder besorgt werden. Der Wochenverdienst beider Frauen beträgt 10 Mark. Sie waschen und kämmen sich nur einmal in der Woche.
3. In dem Asyl für Obdachlose zeigte mir vor einigen Tagen die Bademeisterin das Haupthaar einer Frau, das man ihr abschneiden mußte, weil es so vollkommen verlaust, verfilzt und mit Nissen bedeckt war, daß es nicht mehr gesäubert werden konnte. Die Frau war eine Heimarbeiterin. Laut Schilderung der Bademeisterin war der Körper der Betreffenden von Kleiderläusen und Krätze förmlich zerfressen. Sie erzählte weiter, daß der größte Teil der sich zur Säuberung von Kopf- und Kleiderläusen einfindenden oder eingelieferten Frauen sich rekrutiert aus Dienstmädchen und — Heimarbeiterinnen.

In den kleinen Gebirgsdörfern des Erzgebirge-Vogtlands, in den Hinterhäusern der großen Städte verkommen so Tausende und aber Tausende von Frauen und Kindern in Elend, Schmutz und Hunger.

Während die Dividenden im Dawes-Deutschland wachsen. Während die Schiebergewinne in die Millionen und die Milliarden gehen. Noch gibt es ja genug geduldiges Arbeitsvieh, aus dessen Blut und Schweiß goldene Gewinne gemünzt werden.

Die arbeitenden Frauen müssen sich ihrer verelendetsten Schwestern annehmen — heran an die Heimarbeiterinnen! Weg mit dem Elend der Heimarbeit! Zusammenschluß in den Gewerkschaften und Kampf um ein menschenwürdiges Dasein — um die Arbeiterrepublik!

Ein Tagesfest der Frauen in Astrachan (Rußland).

In Rußland, wo die Arbeiter und Bauern bereits die Macht erobert haben, könnten sie den Internationalen Frauentag tatsächlich „feiern". Sie haben im ganzen Reiche große Kundgebungen und Feste veranstaltet, die von vielen Tausenden von Frauen besucht waren. Heute liegt uns ein Bericht aus Astrachan vor, aus dem wir ersehen, wie die Arbeiterinnen Rußlands immer wieder an ihre armen, unterdrückten Schwestern der westlichen Länder denken und gern bereit sind, uns in unserm schweren Kampf zu unterstützen.

„Zwei Wochen vor dem 8. März begannen die Frauen mit den Vorbereitungen für ihr Tagesfest. In allen Betrieben kamen die Frauen nach der Arbeit zusammen und hörten den verschiedenen Vorträgen zu (über internationale Lage, innere Lage, Aufgaben der Komintern (Kommunistische Internationale) und KPD. usw.). Frauen, die nicht in Betrieben beschäftigt sind, kamen in den Klublokalen zusammen, deren in unserer Stadt sehr viele sind. Die Klublokale befinden sich in Palästen, die den Kapitalisten weggenommen wurden.

Als Beispiel für die planmäßige Arbeit der russischen Frauen kann ich eine mir bekannte Resolution zitieren. Dieselbe wurde von den Frauen, welche in der Gouvernements-Finanzabteilung (Gubsinotdel) Dienst tun, angenommen. Frauen anderer Betriebe haben ähnliche Resolutionen angenommen.

Die Resolution ist folgende:

„Nach Anhörung eines Berichts über die internationale Lage, über die Lage der arbeitenden Frauen in bürgerlichen Ländern und über die Aufgaben der Komintern stellen die weiblichen Angestellten der Gouvernements-Finanzabteilung fest, daß sich der Klassenkampf in verschärfter Form zeigt, daß sich der Angriff der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse immer mehr verdichtet, was zur Folge hat eine erhöhte Ausbeutung. Die Bourgeoisie versucht auf diese Art die zerrüttete Wirtschaft wieder aufzubauen. Als eines der Beispiele kann genannt werden der sogenannte Dawes-Plan.

Unter Beachtung dessen, daß die Befreiung der Arbeiterklasse ihre ureigenste Sache ist, daß die Befreiung nur gelingen wird durch einen Kampf unter Leitung der Komintern und der kommunistischen Parteien, welche durch die Komintern vereinigt sind — die sogenannten Sozialdemokraten, welche in der Zweiten Internationale zusammengeschlossen sind und zur Regierungsgewalt gelangten (Macdonald in England, Ebert in Deutschland), haben bewiesen, daß sie und mit ihnen die gesamte Zweite Internationale die Interessen der Bourgeoisie verteidigen, aber nicht die des Proletariats — deswegen rufen wir weiblichen Angestellten der Gouvernements-Finanzabteilung unter Beachtung der angeführten Tatsachen die arbeitenden Frauen der ganzen Welt auf, daß sie sich zusammenschließen und Schulter und Schulter mit den männlichen Arbeitern kämpfen für die Befreiung der Arbeiterklasse, für ihre Befreiung unter Leitung der Komintern und der kommunistischen Parteien.

Wir unserseits versprechen euch größtmöglichste moralische und materielle Hilfe für die Freiheitsbewegung.

Nieder mit den Kapitalisten und Ausbeutern!

Es lebe die Komintern!"

Am 8. März veranstalteten die Frauen Astrachans im städtischen „Sowjet-Theater" und in allen Klublokalen große Versammlungen. — Dies nur ein kleines Bild, wie sich unsere Frauen in Astrachan betätigen, wie sie ihr Leben gestalten.

B. Dzelovecki.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250401-10/fragment/page=0014